



Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 5 – 1. Februar 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Mit 44 Millionen Dollar im Gepäck
Chinas Außenminister hat Burkina Faso besucht 2

Deutschland

Mehr Termine für Kassenpatienten
Jens Spahn plant seine erste große Reform 3

Hintergrund

Keine Science-Fiction
Selbstlernende Programme und Computersysteme sind längst Realität 4

Preußen / Berlin

»Die Leute sind pappsatt«
Berlin: Ärger über maroden ÖPNV wird zum ersten Problem für Rot-Rot-Grün 5

Ausland

Ein Schritt Richtung NATO
Das Kosovo will eine eigene Armee aufbauen 6

Kultur

Auf Rettungskurs
Erhalt der »Vasa« erscheint vorerst gesichert 9

Geschichte

Die letzten Todesschüsse an der Berliner Mauer
Das Opfer: Chris Gueffroy 10



Politik lässt sich von infantilen Parolen treiben: Kinder-Demo vor dem Berliner Wirtschaftsministerium

Bild: Imago

Soziale Brandsätze

Kohleausstieg, Diesel: Die Zumutungen für Normalbürger nehmen kein Ende

Eliten feiern den Kohleausstieg und den Tod des Diesel. Den Normalbürgern aber wird eine astronomische Rechnung aufgedrückt.

FDP-Chef Christian Lindner ahnt die Gefahr. Mehrfach, zuletzt am Rande des Europa-Parteitags der Liberalen, warnte er vor der „Latte-Macchiato-Denke“ der Großstadt-Eliten, welche die Belange der gewöhnlichen Bürger aus dem Blick verloren hätten.

Was er meint, füllt derzeit die Schlagzeilen: Der „Kohle-Kompromiss“ oder die Kampagne gegen den Diesel geben Paradebeispiele ab für ein Ausmaß von Abgehobenheit, das sich zuvor schon anhand der Asylkrise gezeigt hatte. In einer trüben Mixtur aus Machtarroganz und ideologischer Verbohrtheit werden den deutschen Normalbürgern immer neue Lasten aufgebürdet. Mal sind sie vor allem

kultureller und sozialer Art (Multi-kulti), mal betreffen sie die innere Sicherheit. Nun indes geht es direkt ans Geld von Millionen deutscher Haushalte. Lindner scheint zu dämmern, dass hier womöglich eine rote Linie überschritten wird, hinter welcher die gelben Westen

s c h i m m e r n . Schließlich tragen die Deutschen schon heute die höchste Steuer- und Abgabenlast aller großen Industrienationen und dazu die beinahe höchsten Strompreise in der EU. Aber das reicht wohl noch nicht.

Die vermeintlich rationalen Gründe für die Kampagne gegen den Diesel wie für den beschlossenen, schnelleren Kohleausstieg stehen auf tönernen Füßen. Beides entpuppt sich bei näherem Hinse-

hen als das Werk von Ideologen und Bürokraten, die ihre Sicht auf Biegen und Brechen durchsetzen wollen, zumal sie selbst besser gestellten Schichten angehören, welche die zusätzlichen Belastungen leicht tragen können.

Der „Kohlekompromiss“ ist unnötig, denn der Ausstieg aus der Kohle schreitet ohnehin längst voran. Niemand baut mehr neue Kohlekraftwerke. Hier werden laut

Schätzungen bis zu 78 Milliarden Euro einfach verschleudert. Industrie und Politik halten sich schadlos, zahlen wird der Bürger, ob als Steuerzahler oder Stromkunde.

Die Argumente gegen den Diesel, wie die angebliche Gefährlichkeit des Stickoxid-Ausstoßes, sind widerlegt oder werden in schnellen

Zügen behoben (Manipulationen der Hersteller). Für den Vernichtungsfeldzug gegen die Dieselaautos fehlt also jede sachliche Rechtfertigung. Dennoch wird er eisern weitergeführt.

Verkehrsminister Andreas Scheuer will nun „korrigieren“. Seine CSU ist ebenso aufgeschreckt wie die FDP. Doch die Einsicht kommt spät. Eingeklemmt zwischen einer Gesetzeslage, die sämtliche etablierten Parteien gemeinsam zu verantworten haben, und der Unbelehrbarkeit von Rot-Grün liegt der Spielraum für Korrekturen bei nahe Null.

Es ist beschlossen: Millionen Deutsche werden in ihrer Mobilität eingeschränkt, weil E-Mobile für sie nachzeitigem Stand zu teuer sind. Die zusätzliche Milliardenlast durch den Kohleausstieg wirkt da wie ein sozialer Brandbeschleuniger.

Hans Heckel

JAN HEITMANN:

Unwürdig

Damit, ausgerechnet von anderen Juden scharf verbal attackiert zu werden, dürfte Charlotte Knobloch, die frühere Präsidentin des Zentralrats der Juden, gewiss nicht gerechnet haben. Doch sie hat bei einem Auftritt im Rahmen einer Gedenkveranstaltung für die NS-Opfer im bayerischen Landtag gleich eine ganze Fraktion des hohen Hauses auf das Größte beleidigt. Jede Contenance verlierend, missbrauchte sie die Veranstaltung, um ihrem zügellosen Hass auf die AfD freien Lauf zu lassen. So bezeichnete sie „die Partei und deren Anhänger“ als „Gefahr“ für die „freiheitliche Demokratie“ und nicht auf dem Boden der demokratischen Verfassung stehend. War das allein schon der Verbalinjurien genug, stellte sie im Hinblick auf die NS-Verbrechen fest: „Es ist unser aller Verantwortung, dass das Unvorstellbare sich nicht wiederholen darf.“ Wie groß diese Aufgabe sei, sehe man heute mit Blick auf den Einzug der AfD in die Landtage und den Bundestag. Damit unterstellt sie der AfD und somit auch deren anwesenden Parlamentariern nicht weniger, als dass diese eine Wiederholung des Holocaust anstrebten. Kein Wunder, dass die Geschmähten noch während Knoblochs Rede unter Protest den Plenarsaal verließen.

Die heftigste und zugleich emotionalste Replik auf Knoblochs Ausfälle kam von der Bundesvereinigung „Juden in der AfD“. Jeglicher Billigung der Verbrechen des NS-Regimes, das ihre Familienangehörigen ins Gas geschickt hat, gewiss unverdächtig, erwiderten sie, die Aussage, durch die AfD werde die Gefahr eines neuen Holocausts entstehen, sei „eine lächerliche Lüge“. Mit ihrem „enorm skrupellosen Verhalten“ trampele Knobloch „auf den unzähligen Gräbern der toten Juden im Namen der heutigen Mainstream Agenda“ herum. Ihr „schäbiges Schmierentheater“ habe die jüdischen AfDler „nicht nur erschüttert, es hat uns zu Tränen gebracht, wie es sonst nichts kann“.

Man muss Charlotte Knobloch zugutehalten, dass sie als Tochter eines jüdischen Vaters und einer nichtjüdischen Mutter unter der Herrschaft der Nationalsozialisten in jungen Jahren Schlimmes erlebt hat. Man mag auch nachvollziehen können, dass sie deshalb auf vermeintlich „rechte“ Tendenzen übersensibel reagiert. Aber weder ihre Kindheits- und Jugenderlebnisse noch ihr mittlerweile hohes Alter entschuldigen jede Entgleisung. Knoblochs Auftritt war der Würde einer parlamentarischen Opfergedenkenveranstaltung in keiner Weise angemessen. Auch hat sie damit den Juden in Deutschland, die angesichts des von muslimischen Zuwanderern ins Land getragenen Antisemitismus' wieder in Angst leben, keinen Gefallen getan.

Michael Link

Zwischen den Achsen Europas

Österreichische Regierungskoalition scheut offiziell eine Positionierung, tendiert aber nach Osten

Salvini, Strache und Orbán sind die Retter Europas, sie weisen den Weg in die Zukunft“, jubelte der EU-Abgeordnete Harald Vilimsky beim Neujahrstreffen der Freiheitlichen Partei (FPÖ) in Wien. Der FPÖ-Spitzenkandidat für die EU-Wahl im Mai sowie der FPÖ-Chef und Vizekanzler Heinz-Christian Strache sparten nicht mit Kritik am Kurs Merckels und Macrons, die wenige Tage zuvor in Aachen die Achse Berlin-Paris besiegelt und die Fortsetzung des Élysée-Vertrags gelobt hatten. In gefühlter Einigkeit erinnerten sie dabei an das erste Abkommen von 1963, welches als Beginn der deutsch-französischen Freundschaft und entscheidender Impulsgeber der europäischen Eini-

gung gilt. Allerdings seien heute Juncker, Macron und Merkel die „Zerstörer Europas“, warnte Strache.

Lobende Worte waren für Italien, Ungarn und Polen zu hören. Am 26. Mai, dem EU-Wahltag, müsse ein Signal von Österreich ausgehen, „dass die Reform, die wir in Österreich vorzeigen, die in Italien, Ungarn und Polen zu sehen ist, durch ganz Europa gehen muss“, sagte Vilimsky.

Italiens Innenminister Matteo Salvini, Parteivorsitzender der euroskeptischen Lega, hatte in der Woche zuvor – wohl als Antwort auf den deutsch-französischen Solidaritätsakt – eine Achse Rom-Warschau gebildet. Dabei wurde Salvini in Warschau mit höchsten Ehren emp-

fangen. Neben Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und Innenminister Joachim Brudziński traf er Jarosław Kaczyński, den Chef der Regierungspartei PiS.

Dass die FPÖ unter Strache der neuen Achse Rom-Warschau etwas abgewinnen kann, legt auch dessen Treffen mit Salvini im vergangenen Herbst in Wien nahe. Dabei hatte Strache sich gemeinsam mit Salvini demonstrativ hinter den ungarischen Regierungschef Viktor Orbán und dessen ablehnende Position zur Einwanderungspolitik von Deutschland und Frankreich gestellt. „Ich bin überzeugt, dass wir in einigen Monaten gemeinsam mit Orbán regieren werden“, zeigte sich Salvini betont optimistisch.

Die österreichische Regierungskoalition aus Volkspartei (ÖVP) und FPÖ hat sich in Bezug auf die beiden Achsen innerhalb der EU allerdings offiziell noch nicht positioniert. Die neue Achse Rom-Warschau scheint jedenfalls zugleich, auch angesichts der bevorstehenden EU-Wahl, durchaus eine Herausforderung für die österreichische Bundesregierung zu sein.

Denn während Strache nach wie vor keinen Hehl aus seinen Sympathien für die Visegrád-Staaten wie Polen sowie Salvini und dessen strikte Haltung in der Flüchtlingsfrage macht, steht der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) der italienischen Regierung und deren Rolle innerhalb der Euro-

päischen Union deutlich skeptischer gegenüber.

Im vergangenen November hatte Kurz bei einem Treffen der Europäischen Volkspartei (EVP) betont, diese wolle „wie Merkel“ in Europa eine „Kraft der Mitte“ darstellen und sich von „reißerischem Populismus“ abgrenzen. Zudem kritisierte der Kanzler die italienische Schuldenpolitik und indirekt die Lega heftig: „Wir werden sicherlich nicht für die Schulden und populistische Wahlversprechen anderer bezahlen“, twitterte Kurz. „Wir erwarten uns daher von der italienischen Regierung, dass die bestehenden Regeln eingehalten werden. Die Maastricht-Kriterien gelten für alle“, so Kurz.

Michael Link

MELDUNGEN

Weißrussland
nicht in die EU

Minsk/Moskau – Das seit Langem zwischen Russland und dem Westen jonglierende Weißrussland gab bei der Eröffnung des international besetzten Minsker Forums bekannt, dass es keine Mitgliedschaft in der EU oder irgendeinen Zwischenstatus auf diesem Wege anstrebe. Die USA hatten in der letzten Zeit nach einem erfolglosen Putschversuch eine Zuckerbrot- und-Peitsche-Politik gegenüber Minsk eingeschlagen, auf die der weißrussische Führer Alexander Lukaschenko recht geschickt zu seinem Nutzen eingegangen war. Zuletzt betonte er allerdings die Verankerung seines Landes in den eurasischen Bündnisstrukturen sowie dessen Sonderbeziehungen zu

Moskau wertet seinen
Botschafter auf

Moskau. Unterdessen hat Moskau nach wiederholt verschärften Auseinandersetzungen seinen neuen Botschafter in Minsk zugleich zum Sonderbeauftragten des russischen Präsidenten für den Handel mit dem Nachbarland ernannt. Zuvor war es in Minsk mehrfach zur Festsetzung von Leitern missliebiger russischer Bundesbehörden gekommen, die erst nach längerer Haft wieder freigelassen wurden. Die Doppelbesetzung verleiht dem Handelsvertreter des Kreml nun höhere diplomatische Immunität. Weißrussland umgeht in großem Umfang das russische Lebensmittel-Gegenembargo, indem es ausländische Produkte als weißrussische deklariert und als solche nach Russland exportiert. Dabei wurden offenbar nach Ansicht russischer Stellen heimliche Absprachen zwischen beiden Staaten umgangen und angesetzte Lieferverpflichtungen vor allem von Qualitätsprodukten nicht erfüllt. *T.W.W.*

PAZ: Neue
Preise

Drei Jahre lang hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* den Preis ihres Abonnements stabil gehalten. Nun zwingen uns steigende Kosten trotz strikter Ausgabendisziplin leider zur Anpassung der Bezugspreise. Zudem wird die PAZ im Abonnement im sogenannten Schnellläufernetz der Post befördert und befindet sich bereits ab Donnerstag in der Zustellung. Das ist zwar mit zusätzlichen Kosten verbunden, gewährleistet aber, dass die Abonnenten ihre Zeitung stets pünktlich erhalten. Unser Inlands-Abopreis ist ab 1. Januar 2019 von elf auf zwölf Euro im Monat, also 144 Euro im Jahr gestiegen. Der Bezugspreis im Ausland beträgt jetzt 14,50 Euro monatlich (18,50 Euro bei Versand per Luftpost). Am Kiosk kostet die *Preußische Allgemeine Zeitung* jetzt 2,90 Euro. Der Preis für das Online-Abo beträgt 8,25 Euro, als E-Paper kostet die PAZ 1,20 Euro im Monat. Soweit keine Einzugsermächtigung besteht, bitten wir unsere Abonnenten um rechtzeitige Anpassung von Daueraufträgen. Auch nach dieser moderaten Preisanpassung bleibt die *Preußische Allgemeine Zeitung* die mit Abstand günstigste Wochenzeitung mit vergleichbarem journalistischen Angebot.

Mit 44 Millionen Dollar im Gepäck

Burkina Faso: China dringt mit seiner Finanzkraft in die afrikanische Einflusszone Frankreichs vor

Anfang dieses Jahres besuchte der chinesische Außenminister Wang Yi mit 44 Millionen US-Dollar für die regionale Eingreiftruppe G5 Sahel Joint Force im Gepäck Burkina Faso, nachdem das ehemalige Obervolta im Mai vergangenen Jahres überraschend die seit 1994 bestehenden diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abgebrochen hatte.

Auf den ersten Blick erschien dies lediglich als ein weiterer Erfolg der Scheckbuchdiplomatie Chinas und vorletzter Schritt zur vollständigen Verdrängung des von der Peking Führung als „abtrünnige Provinz“ betrachteten Inselstaates vom Schwarzen Kontinent. Zwar bestehen in Nigeria und Südafrika nach wie vor taiwanesischen Vertretungen, aber nur noch das ehemalige Swasiland, anlässlich des 50. Jahrestages der Unabhängigkeit von Großbritannien im April letzten Jahres in „Eswatini“ umbenannt, hält Taipeh offiziell die Treue.

Doch ist der Schwenk auch das Ergebnis des von den Nachbarstaaten erfolgten Drucks auf den burkinischen Präsidenten Roch Marc Christian Kaboré. Der Tschad, Mali, Mauretanien und Niger, sprich die anderen Mitglieder der G5 Sahel, einer 2014 in der mauretanischen Hauptstadt Nouakchott gegründeten Institution zur Zusammenarbeit in Sicherheits- und

Der Hilfe aus der Volksrepublik war der
Abbruch der diplomatischen Beziehungen
Burkina Fasos zu Taiwan vorausgegangen

Entwicklungsfragen in Westafrika, haben seit Längerem mit separatistischen Bestrebungen der auf ihre Staatsgebiete verteilten Tuaregs, is-



Am 4. Januar auf einer Pressekonferenz in Wagadugu: Die Außenminister Chinas und Burkina Fasos, Wang Yi und Alpha Barry (v.l.)

lamischem Terrorismus sowie damit oft verknüpfter organisierter grenzübergreifender Kriminalität zu kämpfen. Burkina Faso blieb zu-

gadugu mehrmals Ziel größerer Angriffe durch Terroristen, die sich in Mali, Niger und auch im Norden des Landes eingenistet haben.

Die als Reaktion darauf 2017 in der malischen Hauptstadt Bamako ins Leben gerufene, von der Afrikanischen Union befürwortete und vom UN-Sicherheitsrat anerkannte 5000 Mann starke G5 Sahel Joint Force kam das erste Mal sechs Monate später zum Einsatz. Doch nicht nur mangelnde Ausbildung und bürokratische Hindernisse, sondern vor allem fehlende Geldmittel erwiesen sich als Hindernis

– trotz der auf einer internationalen Konferenz in Brüssel im Februar 2018 zugesagten 440 Millionen Euro und Unterstützung der ehemaligen französischen Kolonialmacht, die seit 2014 von N'Djamena aus im Rahmen der Operation Barkhane mit 3000 eigenen Soldaten in der Region präsent ist.

Peking hatte unmissverständlich klargemacht, dass solange Burkina Faso Taiwan anerkenne, man G5 Sahel als Ganzes keinerlei finanzielle Hilfe zukommen lassen würde, sondern nur den anderen vier Mitgliedern. Inzwischen hat China

sein Ziel erreicht. Seine in Aussicht gestellte wirtschaftliche Unterstützung wirkte für Burkina Faso umso attraktiver, als chinesische Hilfe in der Regel grundsätzlich an keinerlei Bedingungen geknüpft ist, was die Einleitung politischer Reformen oder die Einhaltung von Menschenrechten angeht.

Der Deal zwischen Peking und Wagadugu stärkt die Position der Volksrepublik in diesem Teil Afrikas, wo mit den seit 2003 genutzten tschadischen Ölreserven wichtige Rohstoffe locken.

Markus Matthes

Spanien hilft bei illegaler Weiterreise

Das sozialistisch regierte Königreich nimmt großzügig Asylsucher auf und reicht sie Richtung Norden weiter

Über 2100 Immigranten sind in den beiden ersten Wochen des Jahres bereits über die Westmittellmeerroute nach Spanien gekommen, viele versuchen ihr Glück auch in den beiden spanischen Enklaven in Nordafrika, Ceuta und Melilla. Das sind mehr als im ganzen Dezember, der bereits ein neues Allzeithoch brachte. Für 2018 hatte das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR in Spanien insgesamt fast 60 000 Immigranten gemeldet, dreimal so viele wie im Vorjahr. 2019 könnten es wiederum dreimal so viele, also 180 000, werden.

In Spanien bleiben jedoch nach Recherchen einer deutschen Zeitung und nach Feststellungen französischer Grenzwächter im letzten Jahr nur die wenigsten. Die meisten von ihnen reisen gleich weiter nach Mitteleuropa. Und spanische Behörden helfen ihnen sogar dabei, indem Bus-transfers von Andalusien bis in den Norden des Landes organisiert und bezahlt werden. Dort stehen weitere Busse bereit, um bei Nacht und Nebel nach Frankreich zu fahren. Das Ziel fast aller: Deutschland. Linda Teuteberg, migrationspolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, spricht von einem „klaren Verstoß gegen europäisches Recht“. Teuteberg forderte daher strengere Kontrollen an der deutschen Grenze.

Bundeschkanzlerin Angela Merkel hatte im Herbst letzten Jahres zwar mit dem sozialistischen spanischen Regierungschef Pedro

Sanchez in Andalusien einen bilateralen Immigrantenrücknahmevertrag unterzeichnet, aber der ist nicht das Papier wert war, auf dem er geschrieben steht. Dieser Vertrag gilt nämlich nur für die Fälle, in denen ein Asylsucher in Spanien registriert wird und ei-

lateralen Vertrag seinerzeit als großen Wurf vorgestellt hatte, reagierte zurückhaltend auf die Vorwürfe der FDP. Bundespolizisten im Frontex-Einsatz würden vor Ort in Spanien weitere Erkenntnisse sammeln, hieß es aus seinem Ministerium.

analysieren sind“, heißt es in der aktuellsten Risikoanalyse von Frontex. Auch die deutsche Ausländerbehörde weiß nichts Genaues. Sie fragt zwar in ihren Fragebögen für Asylsucher nach der Einreisroute, aber die wenigsten der Befragten machen exakte Angaben.

granten, welche die neue Pyrenäenroute bevorzugen, kommen zusätzlich immer noch viele, welche die alte Balkanroute wählen.

Frankreich hat wegen des Durchwinkens der Spanier bereits seine Kontrollen an der gemeinsamen Grenze stark ausgeweitet und dadurch viele Belege der Komplizenschaft der spanischen Behörden in der Hand. Auch die deutschen Sicherheitsbehörden erheben schwere Vorwürfe gegen Spanien. Aus ihren Kreisen heißt es, dass der Registrierungsprozess für Immigranten nur bedingt die Anforderungen an die Qualität erfülle. So würden beispielsweise Angaben zur Nationalität der Asylsucher trotz begründeter Zweifel nicht weiter überprüft, da die Mehrheit ja sowieso nicht in Spanien bleiben werde. Die Attraktivität Deutschlands, das hat sich anscheinend bis ins letzte Dorf Afrikas herumgesprochen, beruht auf den überdurchschnittlichen Sozialleistungen, der großzügigen Gewährung langjähriger Bleiberechte und der laschen Abschiebepaxis.

Nichtsdestotrotz sieht die Bundesrepublik an ihrer westlichen Grenze laut Sicherheitsbehörden „keinen Anlass“ für verstärkte Kontrollen. An Deutschlands Grenzen zu Frankreich und Luxemburg pendeln täglich Hunderttausende von Berufstätigen in beiden Richtungen, für die Grenzkontrollen gegen die illegale Sekundärmigration aus Spanien wie an der bayerisch-österreichischen Grenze lästig wären. *Bodo Bost*



Frankreich hat im Gegensatz zu Deutschland reagiert: Kontrolle an der Grenze zu Spanien Bild: pa

nen Umweg über Italien und Österreich auf sich nimmt, um über die österreichisch-bayerische Grenze einzureisen, und sich dann auch noch dort erwischen lässt. Dies war jedoch 2018 kein einziges Mal der Fall.

Das Bundesinnenministerium unter Horst Seehofer, das den bi-

Über die Sekundärmigration, also die Migration von Immigranten in den Schengenraum innerhalb des Schengenraumes, in dem es eigentlich keine Grenzkontrollen geben soll, gibt es bislang kaum genaue Zahlen. „Sekundärbewegungen bleiben einer der Migrationsbereiche, die am schwierigsten zu

Deutschland scheint jedoch von der Sekundärmigration in besonderer Weise betroffen. Denn obwohl nur wenige Asylsucher direkt per Flugzeug nach Deutschland kommen, stellen monatlich weiterhin zwischen 10 000 und 15 000 Eingereiste einen Asylantrag. Zu den immer mehr Immi-

Mehr Termine für Kassenpatienten

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn plant neues Terminservice- und Versorgungsgesetz

Gesundheitsminister Jens Spahn plant seine erste große Reform. Das sogenannte Ärztegesetz soll für mehr Gerechtigkeit sorgen. Doch die Mediziner laufen Sturm.

Auslöser für den Streit ist ein Gesetz, das „TSVG“ abgekürzt wird und selbst laut Spahn „ein bisschen wie ein Sportverein“ klingt. Dabei hat das Terminservice- und Versorgungsgesetz einen einfachen Kern. Gesetzlich versicherte Patienten sollen schneller und einfacher Arzttermine bekommen. Die Ärzte sollen längere Sprechstunden anbieten und sich besser über das Land verteilen. Als Ausgleich sollen sie mehr verdienen können. Seit der ursprünglichen Fassung des Gesetzes, das im Dezember erstmals im Bundestag diskutiert wurde, sind viele Änderungsanträge hinzugekommen.

Der aktuelle Gesetzentwurf sieht vor, dass Praxisärzte künftig mindestens 25 statt 20 Stunden pro Woche für Kassenpatienten anbieten müssen. Augenärzte, Frauenärzte und Hals-Nasen-Ohrenärzte sollen fünf Stunden offene Sprechzeiten ohne feste Termine einrichten. Ärzte sollen Zuschläge bekommen, wenn sie neue Patienten aufnehmen. Die bisher nach Ländern unterschiedlich organisierten Telefon-Servicestellen für Termine sollen bundesweit zu Rund-um-die-Uhr-Angeboten ausgebaut werden.

Doch Experten und Oppositionspolitiker sind skeptisch. „Ich habe große Zweifel, dass das Gesetz, wenn es so kommt, die gewünschte Wirkung entfaltet“, sagte der Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Andreas Gassen, der Deutschen Presse-Agentur (DPA). Die in Magdeburg erscheinende „Volkstimme“ berichtet in einem Beitrag über einen „weitverbreiteten Zorn“ regionaler Ärzte. Der Gesundheitsminister wolle zu viel regeln – und am liebsten alles auf einmal.

Dieser Vorwurf klinge in vielen Kommentaren durch, die in Berlin von den Medizинern zu hören

seien. Viele der niedergelassenen Ärzte würden Einschnitte in ihre individuellen Arbeitsabläufe und die Organisation ihrer Praxen befürchten. „Das ist so, als wenn Sie gesagt hätten: Ab morgen müssen die Ärzte täglich ihre Unterwäsche wechseln“, zitiert das Blatt einen Hausarzt.

Spahn selbst signalisierte während eines Medizinerkongresses zwar Diskussionsbereitschaft,

bindlich zu schnelleren Terminvergaben kommen.“

KBV-Vorsitzender Gassen hält dagegen und ließ seinem Ärger in einem Gespräch mit der DPA freien Lauf. „Niedergelassene Ärzte arbeiten schon jetzt weit mehr als 20 Stunden in der Woche. Aber es gibt viel mehr als Sprechstunden in der Praxis – Hausbesuche, Terminieren von Untersuchungen, Bereitschafts-

Hausärzte und HNO-Ärzte haben auch schon offene Sprechstunden“, sagte der KBV-Chef, „es ist ja nicht üblich, dass Patienten sagen, in vier Wochen kriege ich eine Grippe, ich melde mich schon mal an.“ Jetzt fünf offene Stunden einfach vorzugeben, sei nicht zielführend. „Die Stunde hat 60 Minuten – ob ich die mit offenen Sprechstunden oder bestellten Terminen zubringe, davon krieg

Unterstützung erhielt Spahn allerdings von Patientenvertretern. Krankenversicherte sollen nach dem Willen eines führenden Patientenvertreters einen raschen Zugang zu Diagnose- und Behandlungsmöglichkeiten erhalten. „Wir brauchen hier Reformen“, sagte der Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe, Martin Danner, der DPA: „Spahn ist im Grundsatz auf



Geht es nach Spahn, brauchen es Kassenpatienten zukünftig weniger: Warten auf eine ärztliche Behandlung

Bild: Imago

kündigte aber eher eine harte Linie an. „Ich bin ein großer Freund von Subsidiarität und Selbstverwaltung. Aber manchmal muss Politik eingreifen.“ Es werde etwa bei den 25 Stunden bleiben, die Ärzte gesetzlich Versicherten pro Woche zur Verfügung stellen sollen. Dieser Punkt stehe im Koalitionsvertrag. „Wir schauen jetzt zusammen mit der Ärzteschaft, ob wir gegebenenfalls zu besseren Regelungen kommen, als im Gesetzentwurf vorgesehen“, sagte Spahn, „aber entscheidend ist das Ziel: Ich möchte, dass wir ver-

dienste“, sagte er. Mögliche zusätzliche Vergütungen von 600 Millionen Euro im Jahr für die Ärzte klangen toll. „Aber wenn man es auf die einzelne Praxis herunterbricht, reden wir über 4000 Euro brutto mehr Umsatz im Jahr. Dafür die Praxisstruktur ändern zu müssen und möglicherweise eine zusätzliche Arzthelferin einzustellen, die das organisiert, da sagen viele: Das ist eine Unverschämtheit.“ In einem Gespräch mit der „Deutschen Apotheker-Zeitung“ konkretisierte Gassen seine Kritik. „Viele

sie ja nicht 70 Minuten. Es steht nicht mehr Arztzeit, wenn man Praxisabläufe mit mehr offenen Sprechstunden chaotisiert.“

Ein zentrales Streitthema ist auch die Ärzteverteilung im Land. Beim Treffen mit mehreren Hundert Medizинern in Berlin sagte Spahn: „Wenn ich den Ärzten sage, dass sie dahin gehen sollen, wohin sie wollen, dann gehen alle in die Hauptstadt und nicht in die Provinz.“ KBV-Boss Gassen konterte kühl: „Die Vorstellung, dass es in jedem Dorf einen Arzt geben müsse, ist Quatsch.“

dem richtigen Weg.“ So müsse der gemeinsame Bundesausschuss, der über die Aufnahme medizinischer Leistungen in den Katalog der gesetzlichen Krankenkassen entscheidet, stärker an Fristen gebunden werden.

So heftig die Debatte angelauten ist, so sicher scheint, dass sie den Gesundheitsminister die kommenden Monate begleiten wird. KBV-Chef Gassen erklärte, er freue sich, dass Spahn den Dialog mit den Ärzten suche. „Ich hoffe, dass ihm unsere Argumente zu denken geben.“ *Peter Entinger*

Nicht mehr willkommen

Bundestag für vier weitere »sichere Herkunftsstaaten«

Der Begriff „sichere Herkunftsstaaten“ gehört seit 1993 zum deutschen Asylrecht. Bei diesen Ländern nimmt der Gesetzgeber an, dass dort weder politische Verfolgung noch Folter stattfindet. Asylsucher aus diesen Staaten müssen im Einzelfall nachweisen, dass sie doch verfolgt werden. Dies ermöglicht in der Regel ein schnelleres Asylverfahren und eine zentrale Unterbringung.

Dennoch haben Antragsteller aus einem sicheren Herkunftsland Anrecht, wie alle Asylsucher, auf eine persönliche Anhörung, mit dem dazugehörenden Rechtsweg. Zu den sicheren Herkunftsstaaten gehören alle Staaten der Europäischen Union, die sechs Westbalkanstaaten Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Montenegro, Albanien und Kosovo sowie Ghana und Senegal. Die Türkei, mit der die EU Aufnahmegespräche führt, gehört allerdings nicht dazu.

Der Bundestag hat jetzt mit großer Mehrheit der Koalition sowie mit Stimmen von FDP und AfD auch die drei Maghreb-Staaten Tunesien, Algerien und Marokko sowie den Kaukasusstaat Georgien in diese Liste aufgenommen. Die Anerkennungsquote von Menschen aus diesen

Staaten lag 2018 zwischen 0,5 und 2,1 Prozent.

Das geplante Gesetz könnte noch im Bundesrat scheitern. Dort war ein ähnlicher Entwurf im Jahr 2017, nach dem Massaker auf dem Berliner Breitscheidplatz am Widerstand der Bundesländer gescheitert, in denen Grüne und Linke mitregieren.

Zuvor hatte Grünen-Chefin Annalena Baerbock gesagt, die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten hal-

Zustimmung
des Bundesrates
steht aus

te sie für „rechtsstaatlich hochproblematisch“, weil die Länder nicht komplett verfolgungsfrei seien. Noch im Dezember hatte sie angesichts der Massenvergewaltigungen in Freiburg und der Gewalt in Amberg durch abgelehnte Asylsucher schnellere Abschiebungen gefordert.

Baden-Württembergs grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann hatte nach der Vergewaltigung in Freiburg vor „jungen Männerhorden“ gewarnt. Aber der Rhetorik folgten keine

Taten. Allerdings hatte Kretschmann bei den Westbalkanstaaten gegen seine eigene Parteilinie gestimmt.

Die FDP-Politikerin Linda Teuteberg forderte die Einstufung von bis zu 40 weiteren Staaten als sichere Herkunftsländer, bei denen Anerkennungsquoten von Asylbewerbern unter fünf Prozent liegen. Dazu gehören viele Staaten wie Gambia oder Togo und auch Bangladesch oder Pakistan.

Lars Herrmann von der AfD erklärte, das geplante Gesetz erlaube es lediglich, Asylverfahren schneller abzuschließen. Dies bedeute jedoch keinesfalls, dass der Betroffene ausreisen müsse oder abgeschoben werden könne. Eine mit öffentlichen Mitteln alimentierte Abschiebeverhinderungsindustrie, übrigens das Unwort des Jahres 2018, verhindert in vielen Fällen die Ausführung von richterlichen Entscheidungen.

Von Druck mithilfe der Entwicklungshilfe war diesmal keine Rede im Bundestag. Noch vor einiger Zeit hatten Grüne und Linke in Erwägung gezogen, Staaten, die abgelehnte Asylsucher nicht mehr zurücknehmen, die Entwicklungshilfe zu kürzen.

Bodo Bost

Entsorgung ungeklärt

Wohin mit den Flügeln ausrangierter Windturbinen?

Über 20 000 Windturbinen drehen sich zwischen Nordsee und Alpen. Einige von ihnen haben die vorgeschriebene Altersgrenze fast erreicht. Ab dem kommenden Jahr wird es ernst. Dann müssen jährlich mehr als 15 000 Tonnen Flügelmaterial entsorgt werden.

Die Konzepte dafür sind die Hersteller größtenteils noch schuldig. Während die Beton- und Metallteile wie Turm und Generator sich recht einfach verwerten lassen, sind die aus Kunststoffen gefertigten Rotorblätter eine echte Herausforderung. Denn diese enthalten Gifte.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ („FAZ“) berichtete kürzlich, es mangle noch immer an standardisierten Verfahren für den ökologisch einwandfreien Rückbau. Bezeugte Fälle, in denen Windräder rücksichtslos auseinandergenommen werden, würden der Branche zusetzen. „Wir steigen bei der einen Technologie aus – weil wir nicht wissen, was wir mit dem Atom Müll machen sollen – und bei einer neuen Technologie ein, bei der wir auch nicht wissen, wie wir mit dem Abfall klarkommen“, klagt ein Sprecher des Recycling-Unternehmens Remondis.

Der Bundesverband Windenergie (BWE) rechnet damit, dass der Abbau von Windkraftanlagen ab 2021

deutlich zunehmen wird. Denn viele Anlagen fallen ab diesem Zeitpunkt nach und nach aus der staatlich garantierten Einspeisegrundvergütung gemäß dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, die eine Laufzeit von 20 Jahren hat.

Eine Öko-Richtlinie müsse her, die vorschreibe, nur recyclingfähige, wiederverwertbare Rohstoffe zu verwenden, fordert Remondis. Darauf habe die Industrie bislang keine Antwort. Denn die Windfänger bestehen unter anderem aus glasfa-

Zahl der Rückbauten
wird
drastisch zunehmen

serverstärkten Kunststoffen, einem Verbund aus einer Glasfaser, die das Stützgerüst bildet und einem Harz. Die Deponierung dieser Mischstoffe ist verboten, und bei der konventionellen Müllverbrennung entwickelt das Harz giftige Gase, die aufwendig gefiltert werden müssen.

Zur Industrievereinigung RDR-Wind haben sich kürzlich mehrere Unternehmen zusammengeschlossen, um nach Lösungen zu suchen. Ziel sei es, erstmalig verbindliche Rückbaustandards zu erarbeiten,

MELDUNGEN

Imame für die Bundeswehr?

Berlin – Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Hans-Peter Bartels (SPD), hat Militärimame für die Bundeswehr gefordert. Diese sollten analog zu den katholischen und evangelischen Militäregeistlichen den Soldaten unter anderem im Einsatz Beistand leisten. Mit nur rund 1500 Muslimen in der Bundeswehr sei die Zahl der Betroffenen für hauptamtliche Militärimame allerdings zu gering, zumal die muslimischen Soldaten über viele Standorte verteilt seien und konkurrierenden Islamrichtungen angehörten, so Bartels. Als Lösung schlug er gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ vor, mehrere muslimische Seelsorger zu ernennen, die „zertifiziert“ werden könnten. *J.H.*

Verdacht gegen AfD-Referenten

Berlin – Der Böblinger AfD-Bundestagsabgeordnete Markus Frohnmaier hat seinen Referenten, den Journalisten Manuel Ochsenreiter, entlassen. Gegen diesen wird wegen des Verdachts, in russischem Auftrag einen Brandanschlag in der Karpaten-Ukraine veranlasst zu haben, ermittelt. Der Anschlag, der bereits am 4. Februar 2018 stattfand, hatte ein Gebäude der ungarischen Minderheit in Utschgorod zum Ziel. Nach der Tat waren drei Polen als Täter festgenommen worden, die jetzt in Krakau vor Gericht stehen. Der Hauptangeklagte Michal P. sagte aus, Ochsenreiter habe ihn angestiftet, Leute zu suchen, um die Tat auszuführen. Weiterhin habe er den Tag des Anschlages bestimmt und konkrete Anweisungen zur Durchführung gegeben. Er beschrieb detailliert, wie er von Ochsenreiter 1500 Euro und ein Flugticket erhalten habe. Ochsenreiter war erst seit September 2018 als Fachreferent für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Frohnmaiers Büro beschäftigt. Er bestreitet die Vorwürfe. *B.B.*

Zeitzeugen



Bild: Maurizio Pesce

Sundar Pichai – Der Google-Vorstandsvorsitzende indischer Herkunft arbeitet seit 2004 bei dem US-amerikanischen Unternehmen. Seine heutige Funktion übernahm er 2015. In einem Interview mit dem US-Fernsehsender NBC sagte er, die KI-Technologie sei grundlegender als Feuer oder Elektrizität. Pichai hält die Entwicklung von KI für moralisch geboten, meint aber, nur wenn die Risiken überwunden wären, könnte sie ihr Potenzial entfalten.

Lars Thompson – Im November 2017 prognostizierte der britische Zukunftsforscher gewaltige gesellschaftliche Umbrüche in den nächsten zehn Jahren durch Künstliche Intelligenz. Um 2025 würden Roboter Haushalts- und Pflegedienste übernehmen oder Hotelpersonal ersetzen. Ebenso hätten sie viele Jobs in der Industrie übernommen. Die Folge seien Arbeitslosigkeit und Steuerausfälle. Thompson fordert, die Gesellschaft müsse Richtlinien für die KI-Nutzung festlegen.



Bild: Imago

Joseph Weizenbaum – Der US-amerikanische Computerpionier entwickelte Ende der 1960er Jahre das Programm ELIZA, das den Dialog von Psychotherapeut und Patient simuliert. Das Programm vermittelt Menschen die Illusion eines beseelten Gegenübers. Viele Tester waren der Meinung, bei ELIZA handele es sich um einen Menschen, nicht um eine Maschine. „Wenn man das Programm missversteht, dann kann man es als Sensation betrachten“, sagte Weizenbaum in späteren Jahren.

AlphaZero – Das von Google DeepMind entwickelte KI-Programm brachte sich selbst innerhalb weniger Stunden Schach, Go und Shogi bei und entwickelt eigenständig Spielstrategien.



Bild: pa

Alan Turing – Der britische Mathematiker, Verschlüsselungsexperte und Informatiker formulierte einen großen Teil der theoretischen Grundlagen für die moderne Computer- und Informationstechnologie. Während des Zweiten Weltkrieges arbeitete er in der militärischen Forschungseinrichtung Bletchley Park und war maßgeblich an der Entschlüsselung der deutschen Enigma-Codes beteiligt. Sein Aufsatz „Rechenmaschinen und Intelligenz“ gilt als wegweisend für die Entwicklung hin zur Künstlichen Intelligenz.

Keine Science-Fiction

Selbstlernende Programme und Computersysteme sind längst Realität

Viele Menschen rechnen Künstliche Intelligenz (KI) immer noch der Science-Fiction zu und verbinden damit Androiden mit Bewusstsein oder große Robotergehirne, die ganze Planeten steuern. Dabei sind selbstlernende Programme und Computersysteme längst Realität.

Bereits heute können Rechner selbstständig Fahrzeuge und Flugzeuge steuern. Sogenannte smarte oder kluge Häuser können ihren Besitzern das Garagentor öffnen, gleichzeitig das Licht einschalten und das auf dem Herd bereitstehende Essen aufwärmen. Allerdings hat die neue Technologie noch ihre Probleme. Autonome Autos in den USA sind immer wieder in Unfälle verwickelt, weil entweder die Technik selber oder die angeblich selbstlernenden Steuerprogramme Fehler aufweisen. So überfuhr bei einer Testfahrt im US-Bundesstaat Arizona ein autonomes Auto eine junge Frau, als diese die Straße überquerte. Die Bordcomputer hatten zu lange gebraucht, um die Person auf der Straße als Person einzustufen, und die Sicherheitsfahrer in

im Pkw hatte auf ihrem Handy einen Film angesehen.

Aber die Entwicklung geht weiter. Unternehmen wie Forschungsinstitute in der gesamten entwickelten Welt arbeiten an Lösungen, die im Banken- und Versicherungswesen, in der industriellen Produktion, im Verkehr, aber auch in Pflege und Medizin zum Einsatz kommen sollen. China und die USA haben eine starke Position in der Grundlagenforschung und bei Anwendungen etwa im Bereich der Unterhaltungs- und Gebrauchselektronik. In Europa, und speziell in Deutschland, liegen die Stärken eher in der industriellen Anwendung. Wirklich helfen kann Künstliche Intelligenz beim Auswerten großer Datenmengen und dem Erkennen von Mustern und verborgenen Zusammenhängen. Es bleibt also nicht bei fürsorglichen intelligenten Häusern und autonomen Autos. Auch in der Steuerung von Industrieanlagen und in der Logistik spielt KI eine immer wichtigere Rolle.

Im Marketing dient Künstliche Intelligenz bereits heute dazu, elektronische Werbenachrichten

zu verschicken oder Kundenanfragen zu sortieren und zu beantworten. Sie führt zudem Marktanalysen und Prognosen durch. Der Online-Händler Zalando gab im März 2018 bekannt, dass 250 Arbeitsplätze im Marketingbereich am Standort Berlin wegfallen, weil KI-Lösungen diese Aufgaben übernehmen sollen.

Eine Mitte des Jahres veröffentlichte Studie des Weltwirtschaftsforums und des britischen Wirtschaftsberatungsunternehmens Deloitte zeigt KI-Anwendungen in der Finanzindustrie auf, warnt aber auch vor neuen Risiken, die durch die neue technologische Abhängigkeit entstehen. Große Unternehmen beginnen, genau wie Software-Dienstleister, ihre Produkte in Form von Dienstleistungen über vernetzte Computer-Plattformen anzubieten. In den USA bietet Blackrock, der größte Vermögensverwalter der Welt, die Dienste seiner KI „Aladdin“ zur Risikobewertung und zum Portfoliomanagement Versicherern und anderen Vermögensverwaltern an. Blackrock erwartet, 2022 auf diese Weise etwa 30 Prozent seiner Erträge zu

erzielen. In China vermarktet der Versicherungskonzern Ping An KI-gestützte Dienstleistungen in Bereichen wie Kreditbewilligung und Schadensregulierung an Hunderte von kleinen und mittelgroßen Banken. So können Kredite zügig online vergeben oder Versicherungsfälle bearbeitet werden, ohne dass ein kleines Heer menschlicher Berater mitwirken muss.

In der Medizin würde KI nicht nur die bereits verschiedentlich als Prototypen vorgestellten Pflegeroboter steuern. Heutige Programme für medizinische Anwendungen sind bereits sehr zuverlässig, wenn es darum geht, aus großen Datenmengen korrekte Schlüsse zu ziehen. So erreichte das im Herbst 2018 von Google vorgestellte Programm LYNA eine Trefferquote von 99 Prozent bei der Früherkennung von Brustkrebsmetastasen. Menschliche Ärzte, die unter Zeitdruck arbeiten, erreichen nur 40 Prozent. Allerdings eignet sich LYNA auch nur zu diesem einen Zweck. Für die Diagnose anderer Krankheiten müsste Google ein neues Programm schreiben. *Friedrich List*



Bild: pa

Ein wichtiges und nicht unproblematisches Einsatzgebiet Künstlicher Intelligenz: Automatische Gesichtserkennung

In Dartmouth ging es los

Die US-Amerikaner führen, aber die Chinesen holen auf

Über mit Vernunft und Erkenntnisvermögen ausgestattete Kunstwesen schreiben Schriftsteller schon sehr lange. Frühe Beispiele dafür sind die Golem-Legenden aus der mittelalterlichen jüdischen Mystik, die sich bis ins 12. Jahrhundert zurückverfolgen lassen. In der Literatur der Renaissance finden sich Beschreibungen vom Homunkulus, einer künstlichen menschenähnlichen Lebensform, die auf antike Quellen zurückgeht. Aber erst im 20. Jahrhundert kamen Wissenschaftler diesem Traum näher. Die Grundlagen schuf der britische Computerpionier Alan Turing, der mit dem Turing-Test 1950 auch gleich eine Methode lieferte, wie man herausfinden kann, ob eine Maschine menschenähnliches Denkvermögen besitzt.

Als eigentlicher Beginn der KI-Entwicklung gilt eine Konfe-

renz am Dartmouth College im US-Bundesstaat New Hampshire. Hier trafen sich im Juli 1956 Wissenschaftler, welche die weitere Entwicklung prägen sollten. Ein Team um den US-Amerikaner Herbert Simon entwickelte in den 1960er Jahren den General

Alan Turing schuf die Grundlagen

Problem Solver, ein Programm, das beliebige Probleme lösen sollte. Dann folgten Expertensysteme, die das formale Wissen eines bestimmten Fachgebietes auch auf unbekannte Fragestellungen anwenden. Die nächste Entwicklungsstufe waren Neuronale Netze, bei denen Forscher

die Informationsverarbeitung des menschlichen und des tierischen Gehirns nachbildeten.

1997 schlug zum ersten Mal ein Computer einen amtierenden Schachweltmeister. Zurzeit sind Firmen und Institute in den USA führend, aber chinesische Experten haben so weit aufgeholt, dass einige der leistungsfähigsten Entwicklungen aus dem Reich der Mitte kommen. Trotzdem liegt der US-Konzern Google vorne – bereits heute steckt KI-Technologie in der Suchmaschine und in vielen Millionen Android-Smartphones. Die Google-Tochter DeepMind stellte einige bahnbrechende KI-Prototypen vor. Chinesische Forscher haben KI auf Intelligenz getestet; die meisten Programme erreichen einen IQ von 47, während ein erwachsener Mensch meist bei 100 bis 110 liegt. *F.L.*

EU beauftragte Experten mit Ethikleitlinien

Im Juni letzten Jahres setzte die EU-Kommission eine hochkarätig besetzte Experten-Gruppe zum Thema KI ein. Die 52 Fachleute aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft sollen Ethikleitlinien zur Anwendung von KI-Technologien formulieren. Kurz vor Weihnachten stellte die Expertengruppe ihren ersten Entwurf vor. Er war bis zum 18. Januar im Internet öffentlich einsehbar und konnte von Interessierten kommentiert werden. Die Experten stufen viele Anwendungen als unbedenklich ein, warnen aber vor dem versteckten oder unkontrollierten Einsatz Künstlicher Intelligenz.

Menschen müssten jederzeit erkennen können, ob sie es mit einem anderen Menschen zu tun haben oder aber mit KI, die zum Beispiel ihren Anruf in einem Callcenter entgegennimmt. Wenn KI im Rahmen des sogenannten Scoring etwa bei der Kreditvergabe eingesetzt werde, müsste dieses mit Hinweis auf die verwendete Methodik geschehen und die Möglichkeit

Ein erster Entwurf liegt nun vor

beinhalten, sich dagegen auszusprechen. Gleiches fordern die Experten, wenn Scoring in Schulsystemen oder bei der Führerscheinprüfung genutzt wird.

Die Experten haben Bedenken beim Einsatz von KI-Verfahren, wenn es darum geht, Einzelpersonen ohne deren Einwilligung zu identifizieren. Gemeint ist damit etwa die Technik zur automatischen Gesichtserkennung, die teilweise bereits genutzt wird. Hinzu kommt auch die Einschätzung von Personen, indem Programme Gesichtsausdrücke, Gangarten oder bestimmte biometrische Merkmale auswerten oder Stimmen analysieren. Solche Verfahren könnten legitim sein, um Verbrechen wie Geldwäsche, Terrorfinanzierung oder Betrug aufzudecken. Aber sie müssten sich in unser System aus Normen und juristischen Regeln einfügen. Zudem lehnen sie die Entwicklung autonomer tödlicher Waffensysteme ab, die ohne Kontrolle menschlicher Befehlsgeber aktiv werden können. *F.L.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbe-

stellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

»Die Leute sind pappsatt«

Berlin: Ärger über maroden Nahverkehr wird zum ernstesten Problem für Rot-Rot-Grün



Für Pannenserien berüchtigt: Berliner Nahverkehr

Bild: ddp images

Berlins rot-rot-grünes Regierungsbündnis hat bei seinem Start vor drei Jahren den öffentlichen Nahverkehr zu einem Schwerpunktthema des Koalitionsvertrages gemacht. Nun stecken die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), Deutschlands größtes öffentliches Nahverkehrsunternehmen, in einer tiefen Krise.

„Die Leute sind pappsatt“, so die Einschätzung des Regierenden Bürgermeisters und Berliner SPD-Chefs Michael Müller zur Lage im öffentlichen Nahverkehr der deutschen Hauptstadt. Soll heißen: Sie haben die Nase gestrichen voll von der Dauermisere. Tatsächlich sind viele Nutzer der BVG leidgeprüft: Gerade in jüngster Zeit haben sich Zugausfälle und Verspätungen gehäuft. Für zusätzlichen Verdross bei den Fahrgästen sorgen überfüllte Busse und Bahnen sowie die Art und Weise, wie Streckensperrungen bei Bauarbeiten an U-Bahnlinien organisiert werden.

Zudem ist auch die Personalsituation angespannt und der Krankenstand hoch. Demnächst könnte die Geduld weiter strapaziert werden, wenn es im Zuge anstehender Tarifverhandlungen bei der BVG auch noch zu Streiks kommen sollte.

Die BVG-Chefin Sigrid Evelyn Nikutta war zusammen mit BVG-Personalvertretern am 22. Januar bei der Berli-

ner SPD-Fraktion quasi zum Rapport einbestellt worden, um Rede und Antwort zu stehen. „Frau Nikutta ist Angestellte des Landes Berlin, sie muss sich Fragen gefallen lassen“, so der SPD-Fraktionschef Raed Saleh.

Einige Kommentatoren der Hauptstadtresse bringen die scharfen Töne aus den Reihen der SPD mit der derzeitigen Lage der Sozialdemokraten in Verbindung. Die Partei liegt bei Umfragen nur im Bereich von 15 Prozent, gleichzeitig bekommen die mitregierenden Grünen deutlich mehr Zuspruch.

Sollte die Kritik von Michael Müller und Raed Saleh in Richtung BVG tatsächlich vor allem parteipolitisch motiviert gewesen sein, dann hätte sich dies als ein politischer Boomerang erwiesen. Die aktuelle Krise bei der BVG zeigt, dass die rot-rot-grüne Koalition wie beim Wohnungsbau auf einem weiteren Politikfeld bislang nicht geliefert hat. Zudem wurden die Berliner auch noch daran erinnert, dass die seit langer Zeit regierende SPD die eingetretenen Zustände mitverantwortet.

Der öffentliche Nahverkehr war einer der Schwerpunkte des Koalitionsvertrags, den SPD, Linkspartei und Grüne im Jahr 2016 unterzeichnet ha-

ben. Das Dreierbündnis stellte in dem Vertrag in Aussicht, das Straßenbahnnetz auszubauen und weitere Busspuren einzurichten; auch die Taktdichte auf dem S-Bahn-Ring und anderen Linien sollte sich erhöhen. Viel Platz nahm in der Vereinbarung zudem das Thema Sozialticket und der Ausbau von Fahrradwegen ein.

Mittlerweile tobt selbst innerhalb des Senatsbündnisses Streit über den Zustand des öffentlichen Nahverkehrs: In der Koalition fällt das Verkehrsresort in die Zuständigkeit der Grünen.

Ab 2021 sollen 1500 U-Bahnwagen angeschafft werden

Wirtschaftssenatorin Ramona Pop, ebenfalls Grüne, sitzt als Chefin sogar im Aufsichtsrat der BVG. Mit der scharfen Kritik von Müller und Saleh muss sich daher der sich dies als ein politischer Boomerang erwiesen. Um der Kritik zu entgehen, schoss Pop den Ball ins Feld der SPD zurück.

Sie konterte mit dem Vorwurf, die SPD habe 20 Jahre lang durch verhinderte Investitionen die BVG „in den Keller gefahren“. Ähnlich ist die Sichtweise der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Deren verkehrspolitische Sprecher, Oliver Friederici, sagte mit Blick auf die Situation in Berlins öffentlichem Nahverkehr: „Es kann keine Politik außerhalb der SPD sein, die das

verbockt hat.“ Auch Georg Pazderski, der Chef der AfD-Fraktion, spricht von „Regierungsversagen“.

Tatsächlich haben die Sozialdemokraten in Berlin lange Jahre die Verkehrs- und Finanzsenatoren gestellt. Die landeseigenen Verkehrsbetriebe haben nach der Jahrtausendwende zunächst die Auswirkungen des Regierungsmottos „Sparen bis es quietscht“ zu spüren bekommen. In den vergangenen Jahren floss zwar wieder mehr Geld, allerdings ist der aufgebaute Investitionsstau unübersehbar. Zudem wächst die Millionenmetropole und damit auch die Zahl der Fahrgäste. Der Tourismusboom trägt ein Übriges dazu bei, dass der Druck steigt: Die BVG haben im vergangenen Jahr 1,1 Milliarden Kunden transportiert.

Die Nutzer der BVG werden sich zunächst erst einmal weiter in Geduld üben müssen, bis sie nachhaltige Verbesserungen bemerken. Im Laufe des Jahres wollen die Verkehrsbetriebe 720 Mitarbeiter für den Fahrdienst und 113 in den Werkstätten neu einstellen. Eine Milliarde Euro will die BVG in den Kauf von 1500 neuen U-Bahnwagen investieren. Dabei handelt es sich um den größten Auftrag in der Geschichte der Verkehrsbetriebe. Die Auslieferung der neuen Wagen soll bereits 2021 beginnen und bis zum Jahr 2035 abgeschlossen sein.

Norman Hanert

Armutsmissbrauch von links

Von THEO MAASS

Bundesjustizministerin Katarina Barley wechselt demnächst zum EU-Parlament. Als heiße Nachfolgekandidatin für Barleys Ministeramt wird die Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Eva Högl, zugleich Kreisvorsitzende der SPD in Berlin-Mitte, gehandelt. Ist sie geeignet für das Amt? Es regen sich Zweifel: Als Bundesminister sollte eine gewisse Sachlichkeit, ja Unparteilichkeit erwartet werden können. Genau das Gegenteil zeigte Högl dieser Tage.

Vor dem Berliner Hauptbahnhof kam es zu einem Polizeieinsatz. Das von den Grünen dominierte Bezirksamt hatte die Polizei um Hilfe gebeten, um ein „Obdachlosenlager“ am Bahnhof zu räumen. Bei der Räumung habe sich eine Frau geweigert, den Platz zu verlassen, so der Polizei-Sprecher. Sie soll sich gewehrt und gespuckt haben. Weil die Frau von Läusen befallen war, wollten die Beamten sie nicht direkt anfassen. Auf einem Video, das nur einen Teil der Ereignisse zeigt, ist zu sehen, wie Polizisten einer Frau bei einem Einsatz in der Clara-Jaschke-Straße am Hauptbahnhof ein Tuch über den Kopf ziehen.

Linkspartei und Grüne entdeckten daraufhin ihr soziales Herz und versuchten – möglicherweise wider besseres Wissen – ihre politische Suppe auf der Flamme der angeblichen Herzlosigkeit und Brutalität von Bezirksamt und Polizei zu kochen. Sozialsenatorin Elke Breitenbach (Linkspartei): „Es ist schon unerträglich, dass Mitte räumen lässt, ohne den Menschen Hilfe anzubieten, aber der Umgang der Polizei ist mindestens genauso unerträglich.“ Eine Zeugin, die der „Taz“ das Video überbrachte, erzählte dem Blatt: „Sie saß gefesselt auf der Bank, war völlig verzweifelt ... Umstehende haben die Polizisten darauf aufmerksam gemacht, dass das Vorgehen unverhältnismäßig und traumatisierend sei.“

Niklas Schrader, Abgeordneter der Linkspartei: „Einer gefesselten Person ruckartig einen Sack über den Kopf zu ziehen, kann eine Panikreaktion auslösen.“ Auch Antje Kapek, Fraktionschefin der Grünen: „Ich finde diese Bilder – ob Sack oder Tuch, ist mir egal – schockierend.“ Der Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel (Grüne) wirkte schon fast hilflos, als er der Polizei für ihr „umsichtiges und engagiertes Handeln“ dankte.

Bis dahin war das Ganze „nur“ landespolitische Heuchelei. Offenbar glaubte nun aber die SPD-Bundestagsabgeordnete Eva Högl durch eine Wortspende in dieser Angelegenheit politischen Tiefgang gewinnen zu können: „Obdachlose Menschen unter Gewaltanwendung aus der Öffentlichkeit zu verdrängen hilft niemandem – schon gar nicht den Betroffenen. Menschen haben unsere Unterstützung verdient.“ Ohne zu beachten, was wirklich geschah, werden die Polizisten verurteilt. Erbärmlich.

Bayern zahlt und zahlt

Länderfinanzausgleich: Berlin ist erneut der größte Profiteur

Der Länderfinanzausgleich ist im vergangenen Jahr auf einen neuen Rekordwert gestiegen. Nach 11,2 Milliarden Euro 2017 wurden 2018 insgesamt 11,45 Milliarden Euro umverteilt. Größter Einzahler war erneut Bayern. Der Freistaat zahlte 6,67 Milliarden Euro in den Finanzausgleich ein.

Mit deutlichem Abstand größter Empfänger war abermals Berlin, das 4,40 Milliarden Euro erhielt. Auf Platz zwei der Empfängerländer folgten Sachsen (1,18 Milliarden Euro) und Nordrhein-Westfalen (1,01 Milliarden Euro). Zahlmeister im Finanzausgleich sind lediglich vier Bundesländern: Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg. Berlin hat seit 1995 im bundesweiten Vergleich bislang am meisten von dem bundesstaatlichen Finanzausgleich profitiert.

Wie schon in der Vergangenheit sorgten auch in diesem Jahr die hohen Zahlungen an Berlin für

Diskussionsstoff. Die „Bild“-Zeitung rechnet vor, dass rund jeder siebte Euro im Haushalt Berlins aus dem Finanzausgleich stammt. Auch der Hinweis kam, dass die deutsche Hauptstadt erst kürzlich einen Haushalts-Überschuss von 2,4 Milliarden Euro meldete.

Nur vier von zwölf Ländern sind noch Nettozahler

Zwar läuft die Wirtschaft Berlins mittlerweile sehr viel besser als in der Vergangenheit, die Finanzkraft liegt dennoch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Zudem hat die Stadt große Schulden angehäuft, sodass jedes Jahr eine größere Summe in die Tilgung alter Kredite fließt.

Wie der Solidarpakt II mit den östlichen Bundesländern läuft der Länderfinanzausgleich Ende die-

ses Jahres aus. Bereits 2017 hatten sich Bund und Länder über eine Neuregelung ab 2020 geeinigt. Der Bund willigte dabei ein, die Ungleichgewichte zwischen den Bundesländern über eine Beteiligung an der Umsatzsteuer ausgleichen zu wollen. Die Länder werden mit dem neuen System pro Jahr 9,52 Milliarden Euro zusätzlich erhalten.

Dafür sicherte sich der Bund aber zusätzliche Kompetenzen. Über Bau und Verwaltung der Bundesautobahnen wacht der Bund beispielsweise künftig allein. Außerdem kann der Bund leichter in „kommunale Bildungsinfrastruktur“ investieren. Die Länder haben dies zunächst noch relativ gelassen aufgenommen. Als der Bundestag 2018 aber die Lockerung des sogenannten Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern ins Grundgesetz aufnehmen wollte, verweigerten die Länder im Bundesrat ihre Zustimmung. N.H.

Eingriff ins Wahlrecht

Rot-Rot will Parteien zwingen, paritätisch Frauen aufzustellen

Die rot-rote brandenburgische Landesregierung beabsichtigt, das Landeswahlgesetz dahingehend zu ändern, dass sich ab den Landtagswahlen 2024 nur noch frauenquotierte Vorschlagslisten der Parteien an den Wahlen beteiligen können.

Der Parlamentarische Beratungsdienst des Landtags hatte auf Antrag der AfD kürzlich ein Gutachten zu einem (ähnlichen) Entwurf der Grünen für ein Paritätsgesetz vorgelegt. Ergebnis: Die Pläne seien nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Das scheint die Regierungsparteien wenig zu beeindrucken. Die SPD-Abgeordnete Klara Geywitz freut sich: „Nun wird es erstmals in einem Land die Festlegung geben, dass die Landeslisten aller Parteien paritätisch besetzt sein müssen ... Die Verfassung muss aus unserer Sicht nicht geändert werden.“ SPD-Fraktionschef Mike Bischoff: „Wir haben hier eine Vorreiterrol-

le eingenommen.“ Die Grünen-Fraktionschefin Ursula Nonnemacher ist entsprechend zuversichtlich: „Ich sehe derzeit gute Chancen, dass unser Gesetzentwurf zumindest im Hinblick auf die paritätische Besetzung von Landeswahllisten umgesetzt wird.“

Selbst die Piratenpartei protestiert

Neben der CDU und der AfD haben auch FDP und Piratenpartei verfassungsrechtliche Bedenken angemeldet. Vonseiten der „Piraten“ wird ein Verstoß gegen Artikel 12 der Landesverfassung (Gleichheit) und ein massiver Eingriff in das Prinzip der Organisationsfreiheit der Parteien gesehen. Die Jungen Liberalen Brandenburg, die Jugendorganisation der FDP, wollen verfassungsrecht-

lich gegen den Gesetzesvorstoß vorgehen. CDU-Parteichef Ingo Senftleben hält sich zwar mit Kritik zurück, warnt aber: „Es darf nichts vorgegeben werden, was nicht mit der Verfassung übereinstimmt.“

Die stellvertretende AfD-Fraktionsvorsitzende Birgit Bessin spottet: „Wenn ich mir ansehe, wer schon heute für die Altparteien als Abgeordneter im Landtag sitzt, kann ich das Vorgehen von roter-roter Regierung und grüner Scheinopposition nur belächeln. Da scheint schon häufiger mehr die Quote als die Qualität eine Rolle gespielt zu haben.“

Unterstützung erhält Rot-Rot von Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD): „Das ist ein mutiger Schritt ... Es ist ein wichtiges Signal, dass in Brandenburg die Listen für Landtagswahlen künftig quotiert sein sollen.“ Ausnahmen von der Quote sollen für eine reine Frauenpartei gelten.

Frank Bückner

MELDUNGEN

Dänemark baut Grenzzaun

Kopenhagen – Dänemark hat mit dem Bau eines 70 Kilometer langen und eineinhalb Meter hohen Zauns entlang der Grenze zu Deutschland begonnen. Die Regierung begründet den Bau mit dem Schutz vor der Afrikanischen Schweinepest. Experten gehen davon aus, dass diese früher oder später von Osteuropa nach Deutschland übergreifen wird. Allerdings gibt es Zweifel am Nutzen des Zauns. Wildschweine könnten immer noch etwa über Bahngeise einwandern oder die Flensburger Förde durchschwimmen. Die Dänische Volkspartei fordert, den Zaun höher zu bauen, damit er als Bollwerk gegen illegale Zuwanderer dient. Es könne nicht angehen, dass der Schutz der Schweine wichtiger sei, als „Dänemark dagegen zu schützen, von Ausländern überrannt zu werden“.

J.H.

Mehrheit bildet Regierung

Oslo – In Norwegen ist Ministerpräsidentin Erna Solberg die Aufstellung der ersten nicht-linken Mehrheitsregierung seit 1985 gelungen. Die bisherige Minderheitskoalition aus Konservativen, Fortschrittspartei und Liberalen konnte die Christdemokraten überzeugen, ebenfalls Regierungsverantwortung zu übernehmen. Die als linkslastig geltenden Christdemokraten hatten bisher ein Problem mit der nationalliberalen Fortschrittspartei, ließen sich aber nun durch Verschärfungen der Abtreibungsgesetze überzeugen. Bis zur nächsten Wahl im Jahre 2021 will die Reformregierung auf Basis einer soliden Mehrheit weitere Ziele angehen, darunter eine Verbesserung der inneren Sicherheit, Steuersenkungen für kleinere und mittlere Unternehmen sowie eine Förderung von Familien. Außerdem sollen die Bodenschätze im Bereich der Lofoten erforscht und in die Förderung einbezogen werden.

T.W.W.

Das kosovarische Parlament in Pristina hat beschlossen, die Sicherheitskräfte des Landes in eine Armee mit militärischem Standard umzuwandeln. Dabei geht es zunächst um eine Aufstockung der Kräfte auf 5000 Mann, zuzüglich 3000 Mann Reserve. Außerdem sollen die Einheiten mit schweren Waffen ausgestattet werden. Nicht überall stößt dieses Vorhaben auf Zustimmung.

Mitte Dezember verabschiedete das Parlament ein Konvolut von einschlägigen Gesetzentwürfen und setzte umgehend eine Kommission ein, die sich mit der Eingliederung des Kosovo in die NATO befassen wird. Dies teilte Regierungschef Ramush Haradinaj, selbst gestählt als Unterführer der paramilitärischen albanischen UCK während des Kosovokrieges, umgehend dem NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg mit.

Was man als Folge betrachten könnte, nämlich die NATO-Mitgliedschaft, ist in Wahrheit eher Ursache und Beweggrund für die kosovarische Aufrüstung. Denn das Bedürfnis nach Sicherheit kann nicht den Wunsch geweckt haben, eine reguläre Armee zu besitzen. Das Balkanland, das im Jahre 1999 aus dem Kosovokrieg erstanden ist als ein souveränes Gebilde von Gnaden der USA und das heute noch von kaum der Hälfte der UN-Mitglieder anerkannt wird, ist nämlich Gastgeber der US Army.

Diese unterhält in der Nähe von Ferizaj im Süden des Landes ein Lager mit dem Namen Bondsteel, das von rund 6000 US-Militärs bewohnt und von etwa 900 Bundeswehrsoldaten bewacht wird. Die deutschen Streitkräfte bilden dort also eine militärische Wach- und Schließgesellschaft, weil die Hausherren anderes zu tun haben. Gerüchte gehen um von Spionage, von Waffen- und Drogenhandel und von einem CIA-Gefängnis mit allen Schikanen – im doppelten Sinne des Wortes.

Das kümmert die mehr oder minder von den USA installierte und abhängige Regierung in Pristina nicht und tut dem Wunsche, näher an die NATO heranzurücken, keinen Abbruch. Üblicherweise geht das nicht mit einer Miliz, sondern hierzu bedarf es einer veritablen Armee. Premier Haradinaj quittierte einen diesbezüglichen Kontakt mit der Versiche-

Markus Papadopoulos, Herausgeber von „Politics First“, einer Publikation für das britische Parlament, sagt: „Das Kosovo ist heute praktisch ein NATO-Protektorat – und Belgrad hat seit 1999 die Kontrolle über diese Provinz verloren. Daraus folgt, dass diese illegale Einheit, die Republik Kosovo, nun mit dem Prozess der Schaffung eigener Streitkräfte beginnen

wollen. Diese Länder sind Griechenland, Rumänien, die Slowakei und Spanien.

Bewegt werden sie von der gemeinsamen Sorge, mit der Anerkennung des von Serbien abgespaltenen Kosovo als souveränem Staat könnten sich Minderheiten in den eigenen Grenzen zur Abspaltung ermuntert fühlen. Daher wird es zunächst zwischen der

wirken sich negativ auf den Dialogprozess aus. Friede wird nicht durch den Aufbau von Armeen geschaffen. Daher halte ich den Beschluss des kosovarischen Parlaments für nicht hilfreich.“

Kein Wunder, dass man auch in Moskau misstrauisch ist. In zwei serbischen Medien äußerte sich dazu Wladimir Putin: „Wir haben mehrfach erklärt, dass wir den Kurs der NATO-Erweiterung als ein Überbleibsel des Kalten Krieges, als eine falsche und destruktive militärpolitische Strategie betrachten.“ Außerdem warf der russische Präsident einen Blick zurück, als „die NATO bereits im Jahr 1999 – ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates – zweieinhalb Monate lang Jugoslawien bombardiert und das autonome Gebiet Kosovo gewaltsam abgetrennt hat und Washington sowie seine Bündnispartner die widerrechtliche Ausrufung der Republik Kosovo unterstützt haben“.

Putin wies darauf hin, dass es kaum im wohlverstandenen Eigeninteresse der EU liegen könne, bei einem derartigen Vorgang wegzuschauen. Immerhin wolle Brüssel nach wie vor zwischen Belgrad und Pristina vermitteln. „Die recht passive Reaktion der Europäischen Union hat uns erstaunt“, so der russische Präsident. „Denn die in dieser Provinz, dem Kosovo, lebenden Serben nehmen diesen Schritt als eine direkte Bedrohung wahr. Darüber hinaus birgt er ernsthafte Risiken einer Verschärfung der Lage in der ganzen Region.“

Der Präsident des am stärksten betroffenen Serbien, Aleksander Vucic, warf den USA, Großbritannien und Deutschland vor, hinter der geplanten Gründung einer kosovarischen Armee zu stehen. „Es ist klar“, so Vucic, „dass hinter all dem, was sie getan haben, die USA und Großbritannien stehen, und Deutschland für die Gründung der Kosovo-Armee mitverantwortlich ist. Wir sind enttäuscht, obwohl das keine Neuigkeit für uns ist.“

Florian Stumfall



Bild: pa

Sollen zu einer Armee ausgebaut werden: Die Sicherheitskräfte des Kosovo (FSK)

rung: „Ich hatte ein freundschaftliches Gespräch mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg und bin zufrieden mit der Treue der Allianz zur allseitigen Unterstützung des Kosovo. Wir werden eng mit der NATO zusammenarbeiten, um das Potenzial der Sicherheitskräfte im militärischen Format voll zur Geltung zu bringen.“

wird, um mit der Zeit offiziell der NATO beizutreten.“

Wenn sich auch die NATO insgesamt, wie diverse Beispiele zeigen, um ihrer Erweiterung willen über Recht und Verträge hinwegsetzt, gibt es doch in diesem Fall einzelne ihrer Mitglieder, welche die Republik Kosovo nicht anerkennen und sie deshalb auch nicht in den eigenen Reihen sehen

NATO und dem Kosovo bei einer Zusammenarbeit bleiben, denn Entschlüsse über die Aufnahme eines neuen Mitglieds müssen einstimmig erfolgen.

Vorbehalte gegen die kosovarischen Pläne gibt es auch innerhalb der EU. Österreichs Außenministerin Karin Kneissl gab zu bedenken: „Einseitige Schritte sollten vermieden werden – sie

Bestellen Sie ganz einfach unter (040) 41 40 08 42

☐ Ja, ich abbinere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z.Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN:

BIC:

Datum, Unterschrift:

Preussische Allgemeine Zeitung

Woche für Woche Orientierung in der Medienflut Klartext für Deutschland

vertrieb@preussische-allgemeine.de
Telefon 040-41 40 08 42
Fax 040-41 40 08 51

»Die Schere hat sich weiter geöffnet«

Oxfam legt umstrittenen jährlichen »Ungleichheitsbericht« vor

Ein Bericht der Hilfsorganisation Oxfam scheint alle Klischees zu bestätigen. Demnach seien auch 2018 die Reichen auf der Welt reicher und die Armen ärmer geworden. Doch es gibt Kritik an dem Report.

Unter dem Namen „Oxfam“ haben sich weltweit Menschen zu einer unabhängigen Hilfsorganisation zusammengeschlossen. Einmal im Jahr, in aller Regel vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos, veröffentlicht Oxfam den sogenannten „Ungleichheitsbericht“. Danach hat die Zahl der Menschen in extremer Armut seit 1990 weltweit zwar stark abgenommen. Doch noch immer habe fast die Hälfte der Weltbevölkerung nur ein paar Dollar zum Leben – während das Vermögen der Reichen sprunghaft ansteige.

So sei im vergangenen Jahr das Vermögen der Milliardäre jeden Tag im Schnitt um 2,19 Milliarden Euro gestiegen, während die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung täglich im Schnitt 500 Millionen Euro verloren habe. „Die Kluft zwischen Arm und Reich in der Welt wächst in gefährlichem Ausmaß. Auch in Deutschland hat sich die Lage nicht verbessert“, teilt Oxfam in dem Bericht mit. Nötig seien ein höherer Mindestlohn sowie eine stärkere Belastung von Vermögenden, Konzernen, Erbschaften und hohen Einkommen.

Die Armen würden doppelt benachteiligt, sagte die Geschäftsführerin von Oxfam International, Winnie Byanyima, dem Nachrichtensender NTV. So müssten sie zum einen eine relativ höhere Steuerlast tragen als die Reichen und würden zum anderen unter den Auswirkungen der zunehmenden Unterfinanzierung staatlicher Dienstleistungen leiden. Byanyima warf den Regierungen mangelhafte Bemühungen im Kampf gegen Steuerhinterziehung vor. Außerdem seien die Steuersätze für Reiche und Unternehmen in den vergangenen Jahrzehnten gesenkt worden. Die Belastungen würden durch höhere Verbrauchssteuern

verstärkt auf die ärmeren Schichten abgewälzt.

Gegenüber „Spiegel Online“ warnte die selbsternannte „Nothilfe-Organisation“ vor weiteren politischen Folgen. Die Schere zwischen Arm und Reich verstärke die Spaltung in der Gesellschaft. „Das Problem der wachsenden sozialen Ungleichheit ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit“, sagte Jörn Kalinski, Leiter Entwicklungspolitik von Oxfam Deutschland dem Portal. Sie biete einen Nährboden für gefährliche Entwicklungen wie Rechts-

Organisation“. Laut Geschäftsbericht hatte die Dachorganisation Oxfam International im Jahr 2016 Einnahmen von insgesamt knapp 1,1 Milliarden Euro. Davon wurden rund 440 Millionen Euro als „institutionelle“ Einnahmen verbucht. Ein großer Teil dieser Gelder stammt von der öffentlichen Hand. So finanzierte die Europäische Union Oxfam im Jahr 2016 mit insgesamt 68 Millionen Euro. Von den Vereinten Nationen erhielt die Hilfsorganisation 64 Millionen Euro und von nationalen Regierungen insgesamt rund 200 Millionen Euro. Aus Großbritannien, wo Oxfam seinen Sitz hat, flossen 2017 etwa 32 Millionen Pfund, ein Jahr später wurde die Unterstützung aber gestrichen. Oxfam Deutschland erhielt dem Bericht zufolge im Jahr 2016 15 Millionen Euro öf-

Wenig überraschend äußerten sich Gewerkschaftsvertreter positiv über die neueste Ausgabe des Berichts. „Der Oxfam-Bericht zur Vermögensverteilung spricht eine deutliche Sprache: Wer jetzt nicht handele, setze den Zusammenhalt unserer Gesellschaft aufs Spiel“, kommentierte Stefan Körzell, Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes, den Bericht. „Wenn wir dem weiteren Auseinanderfallen unserer Gesellschaft entgegenwirken wollen, müssen wir für eine gerechtere Vermögensverteilung sorgen – auch in Deutschland“, so der Gewerkschaftsfunktionär. Dazu gehöre auch, den Solidaritätszuschlag beizubehalten. Ihn, wie von der Union gefor-

ge. Deshalb ist dies auch eine Frage der Zukunftsfähigkeit unseres Landes“, so das SPD-Mitglied.

Der Münchner Ökonom und Verteilungsforscher Andreas Peichl äußerte dagegen Zweifel am neuen Oxfam-Bericht und insbesondere an der behaupteten Verarmung der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung. Er könne die Oxfam-Zahlen zur Verarmung nicht nachvollziehen. Dass die Vermögen der unteren Hälfte so zurückgegangen sein sollen, „entspricht nicht der makroökonomischen Realität“, sagte Peichl, der das Ifo-Zentrum für Makroökonomik leitet, der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Auch von anderer Seite



Öffnet sich laut Oxfam immer weiter: Die Einkommensschere

lismus und aggressiven Nationalismus.

Die jährlichen Berichte sind schon fast traditionell Bestandteil politischer Kontroversen. Kritiker werfen Oxfam eine einseitige politische Agitation vor. Interessant ist dabei ein Blick auf die Finanzen der selbsternannten „Non Profit

fentliche Mittel von der Bundesregierung, dem Umweltbundesamt und der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit. Diese Einnahmen haben sich zum Vorjahr mehr als verdreifacht und machen knapp zwei Drittel der Gesamteinnahmen der deutschen Sektion aus.

dert, auch für die oberen zehn Prozent der Steuerzahler zu streichen, würde einerseits die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnen. „Andererseits brauchen Strukturwandel, Breitbandausbau, die Erneuerung der Infrastruktur und Investitionen in Bildung eine gesicherte Finanzierungsgrunda-

Bild: Colourbox

gab es Proteste. So würden die Daten zur Armut oft nicht korrekt erfasst und auf reißerische Weise vereinfacht, sagen Experten. Und das marktliberale Institute of Economic Affairs aus London warf Oxfam vor, den Kapitalismus generell zu kriminalisieren.

Peter Entinger

Chinesen hinterm Mond

Peking setzt Sonde auf Mondrückseite ab – USA sind beeindruckt

Der Volksrepublik China ist es mit der Chang'e 4 erstmals gelungen, eine Weltraumsonde auf der dauerhaft von der Erde abgewandten Seite des Mondes zu landen. Gesteuert wird das Gefährt über einen Satelliten auf der Mondumlaufbahn.

Am 3. Januar setzte die Sonde in dem nach einem ungarisch-amerikanischen Raketenpionier benannten Von-Kármán-Krater in der Leibniz-Ebene nahe dem lunaren Südpol weich auf. Um 22.22 Uhr Pekinger Zeit wurde das zugehörige 140 Kilogramm schwere Mondfahrzeug Yutu-2 (Jadehase-2) zu Boden gelassen, zu dessen Ausstattung ein deutscher Neutronen- und Strahlungsdosendetektor gehört, der als erstes wissenschaftliches Gerät zum Einsatz gelangte. Das Fahrzeug führt zudem ein Biotop mit sich, in dem getestet werden soll, ob sich die darin platzierten Insekteneier und Pflanzensamen unter Weltraumbedingungen gemeinsam entwickeln.

Die Landung ist Teil eines großangelegten chinesischen Mondforschungsprogramms, das mit Chang'e 1 und 2 2007 erstmals die Umlaufbahn und 2013 mit Chang'e 3 die Oberfläche des Erdtrabanten erreichte. Die beiden laufenden Expeditionen dienen

jetzt der Sammlung und orbitalen Auswertung von geologischem Probenmaterial.

Ihre beiden Nachfolger sollen solches Material dann erstmals auf die Erde bringen. Bis 2030 würde sich daran in allerdings noch nicht näher geklärter Weise die Vorbereitung einer Landung von Menschen auf dem Mond anschließen. Langfristig denkt China sogar an eine Mondsiedlung im Bereich des jetzigen Landungsgebietes, deren Hauptzweck

Taiwan-Thema in den Nachrichten wichtiger als die Mondlandung

wohl weniger die Wissenschaft als der lukrative Abbau des auf der Erde seltenen Isotops Helium-3 sein dürfte, das sich vor allem als Grundstoff für Kernfusionsreaktoren nutzen ließe.

Bis dahin ist allerdings neben einer Erkundung der Geologie und Physik der Mondoberfläche noch eine Fülle an Grundlagenforschung zu leisten, die schon jetzt von konkretem Interesse für die Menschheit ist. So sollen etwa die Sonnenkorona und ihr Strahlungseinfluss auf die Erde sowie

mithilfe eines soeben von Chang'e 4 erfolgreich ins Mondorbit gebrachten Satelliten die allgemeine Weltraumstrahlung gemessen werden.

Schon angesichts einer wohl zwischen minus und plus 200 Grad Celsius schwankenden Temperatur der Mondoberfläche stellt die Expedition eine enorme technische Herausforderung dar. Auf ein allein daher bereits durchaus nicht unwahrscheinliches Scheitern dürften Vertreter der NASA spekulieren haben, als sie ihren chinesischen Gegenspielern ziemlich voreilig und überschwänglich zu ihrem letztlich dann doch beachtlichen Erfolg gratulierten.

Die staatlichen Abendnachrichten des chinesischen Fernsehens vom Landungstag waren daher wohl nicht nur bescheiden, sondern auch berechtigt vorsichtig, als sie die Meldung über die Expedition nur kurz und als fünfte Ausstrahlung: Ein Großteil der Sendezeit war für die neuen Anstrengungen der Staatsführung unter Xi Jinping zur Wiedervereinigung mit Taiwan verwendet worden, die nicht nur den meisten Chinesen lebensnaher und erfolgversprechender als eine Weltraumexpedition erscheinen.

Thomas W. Wyrwoll

Europas Luftfahrt besorgt

Ein harter Brexit hätte schwerwiegende Konsequenzen

In Europas Luftfahrtbranche wachsen die Sorgen vor einem harten Brexit, einem EU-Ausstieg Großbritanniens ohne einen Vertrag. In einem solchen Fall müssten insbesondere britische Fluglinien den Verlust von Streckenrechten befürchten.

In Gefahr geraten könnten möglicherweise auch direkte Verbindungen von und nach Großbritannien, mit Sicherheit aber Flüge britischer Anbieter zwischen Flughäfen innerhalb der EU. Denn ohne ein Verkehrsabkommen dürfen innerhalb der EU nur Fluggesellschaften Strecken bedienen, deren mehrheitliche Eigner ihren Sitz in der EU haben.

Prominenter Leidtragender könnte das britische Unternehmen Easyjet werden. Seit der Insolvenz von Air Berlin ist Easyjet nach dem Lufthansa-Konzern der zweitgrößte Anbieter von Flügen in Deutschland. In Vorbereitung auf den Brexit hat Easyjet deshalb bereits einen Ableger in Österreich aufgebaut. Ein Teil der Flotte ist schon in der Alpenrepublik registriert und inzwischen mit einer „OE“-Länderkennung unterwegs. Zusätzlich will Easyjet versuchen, ein Unternehmen zu werden, das mehrheitlich Anteilseignern aus der EU der 27, also ohne Großbritannien, gehört. Aktuell soll deren Anteil bei

49 Prozent liegen. Um die entscheidende Schwelle von 50 Prozent zuzüglich einer Aktie zu erreichen, könnte Easyjet die Stimmrechte britischer Aktionäre aussetzen oder sogar einen Verkauf an EU-Eigentümer erzwingen.

Auch der britisch-spanische Luftfahrtkonzern „International Airlines Group“ (IAG) muss damit rechnen, dass die Eigentumsverhältnisse einer genauen Prüfung unterzogen werden. Die IAG ist im Jahr 2011 durch die Fusion der

Betroffen wären Flugzeugbauer wie Fluggesellschaften

spanischen Iberia und British Airways entstanden.

Probleme zeichnen sich ebenso bei Ryanair ab. Sitz der Fluggesellschaft ist zwar Irland, doch liegt die Aktienmehrheit bislang bei britischen Eigentümern.

Gleiches gilt für die deutsche Fluggesellschaft Condor, die zum großen britischen Touristikkonzern Thomas Cook gehört. Auch das deutsche Touristikunternehmen TUI könnte Probleme bei den Flugrechten bekommen. Zwar liegt die TUI-Zentrale in Hannover, die

MELDUNGEN

Deutschland zahlt Gehälter

Berlin – Der deutsche Steuerzahler zahlt Gehälter für Arbeitnehmer in Jordanien, im Libanon, im Nordirak und der Türkei. Nach Angaben der Bundesregierung wurden 2016 mehr als 60 000, 2017 mehr als 85 000 und 2018 rund 70 000 „Flüchtlinge und Binnenvertriebene sowie Bewohner aufnehmender Gemeinden“ in den genannten Ländern im Rahmen der „Beschäftigungsoffensive Nahost“ bezahlt. Die Empfänger erhalten einen am landesspezifischen Mindestlohn orientierten Lohn. Die Auszahlung erfolgt über die staatlichen deutschen Durchführungsorganisationen beziehungsweise deren lokale Partner sowie über internationale Nichtregierungsorganisationen. *J.H.*

Schuldenuhr läuft rückwärts

Berlin – In diesem Jahr läuft die Schuldenuhr weiter rückwärts – aktuell mit rund 94 Euro je Sekunde. Vor einem Jahr begann die Schuldenuhr, mit -78 Euro pro Sekunde zurückzulaufen. Das war eine Premiere nach 23 Jahren Schuldenuhr, die immer nur ein Ansteigen der Schulden angezeigt hatte. Grund ist die Schuldentilgung durch die Länder. Der Bund, auf den 64 Prozent des Schuldenbergs von 1,9 Billionen Euro fallen, verweigert einen aktiven Schuldenabbau. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.928.578.909.866 €

Vorwoche: 1.928.635.498.474 €

Verschuldung pro Kopf:
23.266 €

Vorwoche: 23.267 €

(Dienstag, 29. Januar 2019, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Norman Hanert

Streit um des Kaisers Bart

Wahrscheinlich muss man Grieche sein, wenn sich einem der Sinn des Streit es um den Namen des Balkan-Nachbarn Mazedonien erschließen soll. Dass nämlich eine Region durch eine politische Grenze durchschnitten wird, ist nicht neu, das gibt es bei den beiden Kongo-Staaten in Afrika, der Demokratischen Republik Kongo und der Republik Kongo, das gibt es bei Nord- und Süd-Dakota in den Vereinigten Staaten von Amerika, und auch die Mongolei ist aufgeteilt in eine Autonome Region in der Volksrepublik China, die sogenannte Innere Mongolei – aus Sicht der Chinesen –, und eine souveränen Republik namens „Mongolischer Staat“, die sogenannte Äußere Mongolei, wobei sich die dort lebenden Mongolen sicher nicht als außerhalb der Mauern empfinden.

Was soll also diese griechische Exaltiertheit im Falle Mazedoniens? Gut – wenn eine der beiden streitenden Teile aus der Namensgebung territoriale Ansprüche ableiten wollte, dann wäre das etwas anderes. Aber das ist ja nicht der Fall. Dennoch beharren die Griechen mit Wut auf ihrem Bezug zur antiken Geschichte, ohne offenbar zu wissen, dass sie damit ihre Position aufs Äußerste gefährden. Denn König Philipp von Makedonien und mehr noch sein Sohn Alexander, auf die sich Athen heute stolz erfüllt beruft, waren den Griechen zu Lebzeiten verabscheuungswürdige Barbaren, denen man jede Teilhabe an der griechischen Kultur absprach.

Aber damit nicht genug. Im Laufe der Geschichte war der Balkan so oft fast entvölkert, dass heute weder die in Skopje sitzenden Mazedonen noch die Griechen unter der Sonne Athens als Nachfahren der Helden des Homer gelten dürfen. Der berühmte Orientalist Jakob Philipp Fallmerayer hat darüber beeindruckend geschrieben, allerdings mit der Folge, dass er in Griechenland heute nicht sehr beliebt ist, soweit überhaupt von ihm die Rede ist.

Aber es besteht Hoffnung auf eine Lösung. Geschichtsvergessen, wie die Brüsseler Instanzen sind, wird es ihnen gelingen, eine Lösung zu finden, die beide Streithähne vor den Kopf stößt. Das wäre dann eine Eingewöhnung Mazedoniens oder wie immer in die EU.

Florian Stumfall

Kaum ein Tag vergeht, ohne dass bundesrepublikanische Medienschaffende Gehässigkeiten über Donald Trump verbreiten. Der 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika ist und bleibt ihr meistgeehrteigter Watschenmann, und das jetzt ziemlich genau seit zwei Jahren. Was Tonangeber zu Wichtelhausen wohl am meisten verstört, ist dessen lautstark erklärter, vorrangiger Einsatz zum Wohl seines Landes: „America first!“

Dergleichen liegt hiesigen Regierern und Regiererinnen so fern wie der Blutmond über Timbuktu. Nicht einmal mit Multikulti hat dieser hemdsärmelige Mensch im Weißen Haus etwas am Hut. Auch die Rettung der Welt vor Kohlendioxid oder Faschismus ist ihm Hekuba. Und dann scheint er auch noch im Ernst bemüht zu

sein, alle Wahlversprechen einzulösen. Das ist Politikern hier zu Lande nun ganz und gar unbegreiflich.

Durch untertänigste Hofberichterstattung verhätschelt, musste vor allem die Kanzlerin befremdet zur Kenntnis nehmen, dass Trump auf diplomatisches Gesäusel pfeift. Er wagte öffentlich zu sagen, was sich bei uns kaum einer zu denken traut, nämlich, das er Angela Merkel für „crazy“ hält, wahnsinnig, übergeschnappt. Damit standen auch ihre Jubler im Medien-Chor als Deppen da.

Statt wie Erich Honeckers gelehrige Schülerin illegale Einwanderer einfach zu legalen zu erklären, will Trump eine Mauer gegen die Fremdenflut errichten. Das Bauwerk soll noch höher werden als der Zaun Mexikos zu Guatemala, die spani-

schen Gitterwerke in Nordafrika, die Sperren Ungarns zum tiefen Balkan oder die Grenzbefestigungen Israels gegen Palästinenser.

Der unmögliche Kerl hat offenbar die ganze Welt verrückt gemacht. Obendrein ist das auch noch einer mit deutschen Wurzeln. Das muss der gesamten linksgrünen Schickleria ja sowas von peinlich sein. Man braucht den Hünen nur anzuschauen: groß, blondgefärbt und blauäugig, geradezu arisch. Um Himmels Willen! Freilich ist er nach demokratischen Regeln gewählt worden. Aber auch Adolf Hitler ist schließlich verfassungsgemäß an die Macht gelangt.

Krasser als Trump konnte sich ein US-Präsident kaum von seinem Vorgänger unterscheiden. Barack Obama war wenig-

stens ein Farbiger, wie es sich für bunte Gesellschaften von heute gehört. Das war noch ein Vertreter Amerikas nach dem Geschmack der neuen, großstädtischen Generation von Willkommensklatichern, Sitzpinklern und Schickimickis in „Jeans“ mit „Soul“ in den Kopfhörern und dem „Smartphone“ vor der Nase, um ihre „Followers“ bei „Twitter“ zu „checken“ oder neue „Posts“ auf „Facebook“ abzurufen.

Gewiss hat Obama die Erschießung des Migranten Osama bin Laden persönlich über Direktleitung begleitet. Was hätte er anderes tun sollen? Den Terroristen ins Sammellager Guantanamo zu schaffen, wäre nicht einfacher gewesen. Wohl hat der Träger des Nobelpreises für Frieden auch Kriege geführt, wahrscheinlich führen müssen. Aber das diente vermutlich einem höheren Zweck wie „ein Zeichen setzen gegen Rassismus“, der ja viel schlimmer ist.

Für Trump hat die „coole“ und „durchgestylte“ High Snobiety offenbar nur „Shitstorm“, „Fake News“, „Hate Speech“ und „Bashing“ übrig. Der Vielgescholtene will angeblich nicht, dass die USA weiterhin den Weltpolizisten spielen. Dazu hat er sich bei Nordkorea und Russland angeboten, um neues Wettrüsten mit Kernwaffen zu vermeiden, sagt er. Doch wahrscheinlich möchte er sich bloß wichtigmachen. Außerdem soll er ja Kreml-Chef Wladimir Putin seine Wahl zum Präsidenten verdanken. Dafür fehlt es noch an hieb- und stichfesten Belegen. Aber etwas wird schon dran sein.

Jetzt ist für den Schrecken aller Gutmenschen erst zur Halbzeit im Amt. Doch schon am Tag seiner Vereidigung, am 20. Januar 2017, hat er bei der Wahlkommission die Formale für eine erneute Kandidatur eingereicht. Im Februar letzten Jahres ernannte er seinen Wahlkampfleiter, der für ihn ins zweite Rennen gehen soll. Das Fußvolk seiner Republikanischen Partei steht dem Vernehmen nach unverbrüchlich hinter ihm.

Es sieht also ganz danach aus, dass er uns noch eine Weile erhalten bleibt. Damit hat er Zeit genug, an seinem Ruf weiter zu arbeiten und selbst Iwan dem Schrecklichen den Rang abzulaufen.



Krasser kann sich ein US-Präsident nicht von seinem Vorgänger unterscheiden: Trump und Obama (v.l.)

Bild: Ullstein

Die Mainstreammedien haben so große Probleme wie noch nie: Die Auflagen der Zeitungen stürzen seit geraumer Zeit ab, Einschaltquoten von Informationssendungen sinken kontinuierlich, und das Geld wird allerorten knapp (außer natürlich bei den zwangsfinanzierten Öffentlich-Rechtlichen). Warum? Ja, natürlich, es ist nicht neu: wegen der wachsenden Konkurrenz durch das Internet. Noch mehr jedoch dürfte das Problem der Glaubwürdigkeit den Medienmachern ins Genick schlagen. Weswegen diese nun mit immer neuen Ideen aufwarten, um wieder Boden unter ihren strauchelnden Füßen erreichen zu können. Leider jedoch scheint man an den Entscheidungsstellen bereits derart ins geistige Dilemma abgesunken zu sein, dass die stolz präsentierten Ideen eher den einst berühmten Schildbürgerstreichen gleichkommen. Die Frage ist: Merken sie es nicht mehr – oder wollen beziehungsweise sollen sie es nicht merken? Kurios, was man sich jetzt wieder ausgedacht hat.

Kürzlich berichtete ich über die Misere der Tageszeitungen, die so gut wie kein Geld mehr für eigene Korrespondenten im Ausland haben. Und die deswegen nahezu ausnahmslos nur noch mit zentralen Nachrichtenquellen wie der Deutschen Presse-Agentur arbeiten, nach dem Motto: Ein Journalist vor Ort für alle. Die Weltpolitik in unseren sogenannten Qualitätsmedien wird also genau so gleichgeschaltet, wie die europäischen Länder unter den Befehl Brüssels gestellt wurden. Doch auch die Lokalseiten dieser Medien scheinen derbe zu stolpern: Auch hier fehlt Geld! Und so gründete man nun unter der Ägide des bekannten „Zeit“-Redakteurs Cord Schnibben die „Reporterfabrik“. Das Ziel ist, Otto Normalverbraucher im Netz

Frei gedacht



Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall, „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

als Reporter auszubilden, damit er dann über sein lokales Umfeld im Netz berichten kann. Hobby-Journalismus für jedermann? Die Macher scheinen das ernst zu meinen, obwohl doch als erstes die Frage erlaubt sein muss, warum so viele Top-Journalisten für diese Arbeit erst lange Studiengänge, mühsame Volontariate und Redaktionsassistenzen absolvieren müssen?

Was steckt in Wirklichkeit hinter diesem merkwürdigen und gleichzeitig verzweifelt klingenden Plan? „Eine Journalistenschule im Netz“ wird das als Start-up-Unternehmen deklarierte Projekt bezeichnet, das, wie es heißt, für diese Herausforderung genügend Gründungskapital zur Verfügung haben soll. An dieser Stelle sei der Hinweis erlaubt, dass die neugegründete „Reporterfabrik“ unter der Ägide des Internetportals „Correctiv“ läuft, das mit Hunderttausenden Euro aus den berühmten George-Soros-Stiftungen finanziert wird. „Correctiv“, auch das sollte am Rande erwähnt werden, besteht aus einer langen Reihe von prominenten Mainstreamjournalisten von „Spiegel“, „Stern“, „Zeit“ & Co, die unter anderem die Aufgabe haben, in Facebook nach „rechten Störenfriedern und Verschwörungstheoretikern“ zu fahnden, diese wegen ihrer „Fake-News“ zu verwarren, sperren beziehungsweise gegebenenfalls

auch löschen zu lassen. Gegen den „Correctiv“-Geschäftsführer Oliver Schröm wird seit Monaten übrigens von der Hamburger Staatsanwaltschaft ermittelt. Dem voraus ging ein „Strafübernahmeersuchen“ der Staatsanwaltschaft Zürich. Letztere ermittelt seit geraumer Zeit gegen Schröm wegen des Vorwurfs „Wirtschaftlicher Nachrichtendienst (Wirtschaftsspionage) und Verletzung des Geschäftsgeheimnisses“. Aber auch das nur am Rande.

Nun, auch die „Reporterfabrik“ besteht aus Top-Journalisten des Mainstream wie dem genannten Mainstreamjournalisten Schnibben, im Kuratorium sitzen unter anderem der Chefredakteur der „Zeit“, Giovanni di Lorenzo, Matthias Müller von Blumencron vom „Tagesspiegel“, Claus Kleber vom ZDF, Telekom-Vorständin Claudia Nemat, daneben viele ARD- und ZDF-Mitarbeiter, halt die üblichen Verdächtigen. Wen wundert es dann noch, dass beide Geschäftsführer der „Reporterfabrik“ gleichzeitig auch die Geschäftsführer beim Facebook-Räumungskommando „Correctiv“ sind: Simon Kretschmer, einst Verlagsmanager bei Gruner+Jahr beziehungsweise der „Stern“-Verlagsleitung, wie auch der Top-Mainstreamjournalist David Schraven, der bei nahezu allen großen Tageszeitungen schon tätig war.

Diese Combo will also jetzt den Internet-Nutzer als Journalisten ausbilden: „Die Journalistenschule im Netz“ sei seit Mitte vergangenen Monats für jeden

Mann und jede Frau zugänglich, lassen die öffentlich-rechtlichen Sender stolz verlauten. Das Angebot richte sich an „interessierte Bürger, Journalisten, aber auch an Schüler“. Der frühere „Spiegel“-Reporter und jetzige stolze „Fabrikdirektor“, wie Schnibben sich selbst nennt, berichtet, es gebe vier Stufen, in denen jedermann nun den sogenannten Journalismus im Netz durch Workshops und Übungsaufgaben erlernen könne. Seine Aufzählung klingt wirklich bizarr und befremdlich, aber der mit zahllosen Medienpreisen ausgezeichnete „Qualitätsreporter“ meint es offenbar ernst: 1: Was ist Journalismus? 2: Was ein Journalist können muss. 3: Was ein Journalist können sollte. 4: Was gute Journalisten können.

Der erste Workshop sei kostenlos, erklärt der Mann, als wolle er dem Hörer Appetit machen, doch dann müsse der Interessierte für die Angebote zahlen. Die weiteren Erklärungen werden immer aberwitziger, denn man steckt die Ziele des Nutzers gleich richtig hoch: „Die Themen reichen vom Bloggen, vom Drehen mit dem Smartphone bis hin zu guter Sprache und der Frage: Wie werde ich Chefredakteur?“, berichtet eine öffentlich-rechtliche Reporterin. Dafür stehe dann niemand geringerer als „Zeit“-Chefredakteur di Lorenzo Rede und Antwort, heißt es. Vision des

Projektes sei, so die Reporterin, dass nach einigen Jahren die sogenannte redaktionelle Gesellschaft erreicht worden sei. Das heiße, dass „mündige Bürger in Zukunft immer mehr Aufgaben von Journalisten übernehmen“ sollten. „Sie berichten dort, wo es beispielsweise keine Lokalzeitung mehr gibt“, wird Geschäftsführer Schraven zitiert, „und stärken damit die Demokratie!“ Ach, ja? Ist die eventuell als Ausbildungslager für linientreue Bürger gedacht, die sich eifertig und ergeben den berühmten Mainstreamjournalisten unterwerfen und politisch korrekte Angaben zu ihrem lokalen Umfeld weiterleiten? Ein Schelm, der dabei Böses denkt. Auf der Webseite der „Reporterfabrik“ heißt es jedenfalls wörtlich: „Journalistenschule für jeden. Wir möchten den Weg in eine redaktionelle Gesellschaft begleiten durch die Qualifizierung von Nicht-Journalisten und Journalisten. Die Desinformation hat dramatisch zugenommen. Jede demokratische Gesellschaft braucht jedoch eine funktionierende Öffentlichkeit, sonst ist die freie Meinungsbildung nicht mehr gewährleistet.“ Und weiter: „Durch die gezielte Verbreitung von Fake News und das Negieren erwiesener Fakten durch Regierende und Populisten hat die Desinformation dramatisch zugenommen. Jede demokratische Gesellschaft braucht eine funktionierende Öffentlichkeit, sonst ist die freie Meinungsbildung nicht mehr gewährleistet.“

Eine neue Qualität, sofern dieser Begriff hier überhaupt zutreffend ist, wird sichtbar. Eine Abrichtung ungeahnten Ausmaßes inklusive Deutungshoheit und politisch korrekter Neusprech-Rahmenbedingungen nach George Orwell kann nun als Fakt analysiert werden. Bleibt die Frage, warum Orwell in seinem Buch 1984 so stark untertrieben hat.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Auf Rettungskurs

In Stockholm kämpft man gegen den Verfall der »Vasa« an – Erhalt des Schiffes erscheint vorerst gesichert

Das Stockholmer Vasa-Museum beherbergt einen seltenen Schatz: eine nahezu vollständig erhaltene Galeone aus dem 17. Jahrhundert. Restauratoren kämpfen gegen den Verfall dieses Schiffes.

Das Stockholmer Museumschiff „Vasa“ gilt als eine der bedeutendsten Sehenswürdigkeiten Skandinaviens und sogar weltweit. 1628 war das königlich-schwedische Kriegsschiff im Hafen von Stockholm gesunken. 1961, 333 Jahre später, konnte es fast unversehrt geborgen werden. Nach jahrzehntelanger Konservierung ist die „Vasa“ seit 1990 in einem eigens dafür entworfenen Museumsbau auf der Insel Djurgården ausgestellt.

Wissenschaftler forschen nach geeigneten Methoden, um das einzige verbliebene Schiff aus dem 17. Jahrhundert auch für zukünftige Generationen zu erhalten. So wurden bis April dieses Jahres die gerosteten Eisenbolzen aus dem Holz entfernt und durch 5000 Stahlbolzen ersetzt.

Die „Vasa“ war eines der größten und am stärksten bewaffneten Schlachtschiffe ihrer Zeit. Mit über 95 Prozent erhaltenen Originalteilen und der prächtigen Verzierung an Heck und Bug ist das imposante Bauwerk ein einzigartiger Kunstschatz. Mehr als 25 Millionen Besucher haben die „Vasa“ bisher in der kühlen, halbdunklen Ausstellungshalle besichtigt. Die drei Untermasten reichen bis zur Hallendecke, während die rekonstruierten höheren Teile weithin sichtbar aus dem Dach hervor ragen.

Man kann sich die 61 Meter lange und 11,7 Meter breite Galeone auf sechs verschiedenen Etagen aus der Nähe ansehen. Ganz unten laufen die Besucher direkt am Kiel vorbei. Nur für Experten ist erkennbar, dass der Eichenrumpf durch einen schleichenden Verfall bereits leicht deformiert ist. Im Inneren des Holzes haben Schwefelsäure, Eisen und andere Säuren einen aggressiven Cocktail gebildet, der die Zellulose angreift. Jahrelang wurden diese chemischen Prozesse durch das

schwankende Klima im Museum noch gefördert. Inzwischen scheinen die Klima-Maßnahmen Wirkung zu zeigen. Der Verfallsprozess hat sich verlangsamt. Durch die Entfernung der Eisenbolzen ist auch die Katalysatorwirkung des Eisens eliminiert.

Die Forscher von der Königlich-Technischen Hochschule in Stockholm sind der Ansicht, dass der Verfall des Holzes durch das Konservierungsmittel, mit dem die „Vasa“ nach ihrer Bergung jah-

ren, an dem das Schlachtschiff von 1625 bis 1628 aus dem Holz von 1000 Eichen gebaut wurde. Von dort bis zur Stelle, wo es unterging, sind es nur einige hundert Meter. Mit der „Vasa“ wollte der schwedische König Gustav II. Adolf den polnischen König Sigismund III., seinen katholischen Cousin, bedrohen, der Ansprüche auf den schwedischen Thron erhob. 1621 hatte Gustav II. Adolf eine neue Offensive gegen Polen-Litauen gestartet. Dem Ausbau

Kanonendeck aufgesetzt, um die Feuerkraft zu erhöhen. Wie der Kapitän später beim Verhör sagte, reichte eine schwache Windböe aus, um das instabile Schiff zum Kentern zu bringen. Wasser stürzte in die offenen, zu tief liegenden Geschützpforten des unteren Batteriedecks. Mit stehenden Segeln ging die „Vasa“ binnen weniger Minuten unter. Von den 145 Personen an Bord wurden fast 50 mit in die Tiefe gerissen, darunter auch Frauen



Gammelt vor sich hin: Die „Vasa“ in dem nach ihr benannten Museum

Bild: Vasamuseet

relang eingesprüht wurde, gehalten wird. Aber wie lange noch? Diese Frage lässt sich nicht mit Sicherheit beantworten.

Eigentlich müsste der Schiffsrumpf erneut mit Chemikalien besprüht werden. Das Vorhaben hält man jedoch für zu teuer und zu aufwendig, auch bliebe das Museum für Jahrzehnte geschlossen. Daher wird diese Option ausgeschlossen. Ersatzweise ist ein Stützkorsett für die Gesamtkonstruktion in Planung. Damit soll vermieden werden, dass die „Vasa“ in sich zusammensinkt.

Von den Fenstern des Vasa-Museums kann man den Ort se-

der Seestreitkräfte schrieb er höchste Bedeutung zu.

Die „Vasa“ war dazu bestimmt, bei ihrem ersten Einsatz die Weichselmündung bei Danzig zu blockieren. Dann aber versank das stolze Kriegsschiff zum Entsetzen der Zuschauer im Stockholmer Hafen, als es am 12. August 1628 zur Jungfernfahrt auslief. Es war nur 1300 Meter weit gesegelt.

Schuld daran waren die unausgewogenen Proportionen. Auf Geheiß des Königs hatte der holländische Baumeister Henrik Hybertsson der rank gebauten „Vasa“ zuletzt noch ein zweites

und Kinder, die ihren Vätern und Ehemännern in die Schären folgen wollten.

1956 fand ein schwedischer Marinehistoriker das Wrack in 30 Metern Tiefe im Schlick vor der Insel Beckenholm. Der überraschend gute Erhaltungszustand verdankt sich dem salzarmen Brackwasser der Stockholmer Bucht. Hier findet der Schiffsbohrwurm Teredo navalis keinen Lebensraum, der im Salzwasser Holzwracks zerstört.

Nach mehrjährigen Vorbereitungen konnte die „Vasa“ 1961 endlich mit dicken Stahltrassen zu einem Trockendock geschleppt

Endstation Davos

»Brücke«-Maler Kirchner in der Bonner Bundeskunsthalle

Künstler der Klassischen Moderne sind allerorten der Ausstellungshit. So auch in der Bonner Bundeskunsthalle, wo man noch bis 3. März „Ernst Ludwig Kirchner. Erträumte Reisen“ präsentiert. Gezeigt werden rund 180 Gemälde, Skulpturen, Textilarbeiten, Zeichnungen und Möbel sowie Fotografien eines der einflussreichsten Malers des deutschen Expressionismus: Ernst Ludwig Kirchner.

Anhand ausgewählter Stationen wie Dresden, Berlin, Fehmarn und Davos zeichnet die Ausstellung Kirchners Lebensweg und Schaffen nach. Sie veranschaulicht, wie er gesellschaftliche und künstlerische Einflüsse immer wieder neu verarbeitete und dabei auch persönlich und male- risch Neuland betrat.

„Die Ausstellung nimmt das Motiv des Suchenden als Ausgangspunkt, um Kirchners lebenslange Sehnsucht nach dem Unverfälschten und Ursprünglichen nachzuzeichnen“, sagt Rein Wolfs, Intendant der Bundeskunsthalle. Die Schau zeige, wie der Künstler durch die Synthese verschiedenster Einflüsse außer-europäischer Kulturen eine Durchmischung von Kunst, Leben

und Arbeit realisierte, die sich neben seinem Werk auch in seinen Wohnateliers als exotisches Gesamtkunstwerk manifestiert.

Kirchner (1880–1938) gilt heute als eine der wegweisenden Künstlerpersönlichkeiten dieses Jahrhunderts. Als Mitglied der Künstlergruppe „Brücke“ zählt er zu den Hauptvertretern des deutschen Expressionismus. Nach ei-

stand der Mensch. Einen Höhepunkt der Berliner Phase stellen die 1913/14 entstandenen „Straßenszenen“ dar, mit denen Kirchner das moderne Großstadtleben thematisierte.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges stürzte Kirchner in eine schwere Krise. Nach mehreren Sanatoriumsaufenthalten ließ er sich 1917 für immer in Davos in



Bunte Alpenwelt: Kirchners Triptychon „Alpleben“ (1917–1919)

ner Phase des Experimentierens gelang Kirchner 1909/10 der Durchbruch zu seinem eigenständigen Stil. Landschaften, Porträts, Interieurdarstellungen und Stillleben wurden von ihm in rasch erfasster Formgebung dargestellt.

Mit der Übersiedlung nach Berlin änderte sich seine künstlerische Sprache. Die Farbpalette wurde dunkler, die Form kantiger und spröder. Im Mittelpunkt

der Schweiz nieder. In zahlreichen Alpenlandschaften und Bildern mit Szenen aus dem Leben der Bergbauern fand Kirchner zu einer beruhigten Abwandlung seines Expressionismus. A. Guballa

Bundeskunsthalle Bonn, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 19 Uhr, dienstags und mittwochs bis 21 Uhr. Eintritt: 10 Euro, www.bundeskunsthalle.de

Lauter, lauter!

Ärgernis Akustik – Schrille Klänge in Hamburgs Elbphilharmonie

Nein, da würden sie niemals hineingehen. Als die Elbphilharmonie noch in ihrer viel zu langen und viel zu teuren Bauphase war, schworen sich sogar klassikaffine Hanseaten, ihren neuen Konzertsaal am Hafen zu boykottieren. Die Zeiten, als man den Bau wegen der ins Uferlose angestiegenen Baukosten auf fast eine Milliarde Euro und der um sieben Jahre verschobenen Eröffnung als Ärgernis betrachtete, scheinen vorbei zu sein. Aus „Elphi“-Hassern wurden „Elphi“-Schwärmer.

Das legen jedenfalls Zahlen nahe, die Hamburgs Senat jetzt veröffentlicht hat. Demnach wird es sowohl für den Betrieb wie für die Bespielung des Hauses nicht die erwarteten Verluste geben. Im Gegenteil: Weil der große Saal ständig ausverkauft ist, schloss man die Saison 2017/18 statt des erwarteten Minus von 817 000 Euro mit einem Plus von 90 000 Euro ab. Und weil das auf einem alten Kaispeicher errichtete Gebäude selbst ein architektonischer Star ist, haben seit der Eröffnung im Januar 2017 rund 8,5 Millionen Menschen die Plaza besucht, von der aus man im achten Stockwerk per Rundgang um das Gebäude

den Blick auf Hamburg und seinen Hafen genießen kann. Über den Kartenvorverkauf nahm die Stadt allein für diese Besichtigung 2,3 Millionen Euro ein.

Kaum kamen diese Zahlen heraus, kam es wenige Tage später zu einem Eklat während eines Konzerts. Als der Startenor Jonas Kaufmann eine leise Stelle in Mahlers „Lied von der Erde“ sang, nahmen einige Konzertbesucher einen geräuschvollen Wechsel auf freie Plätze in den ersten Reihen vor, um besser hören zu können. Daraufhin kam Protest aus dem Zuhörerblock hinter dem Orchester: „Hier hört man auch nichts.“

Hätte noch gefehlt, dass jemand „lauter“ schreit. Eigentlich sollte die Raumakustik im Großen Saal, in dem man rund um das Orchester sitzt, unschlagbar sein. Doch nicht nur bei Liederabenden zeigt sie Schwächen. In leisen Konzerten hört man jedes Rascheln, jedes Hüsteln und jedes Hin- und Herrücken auf dem Sitz. Der Saal besitzt eine sterile Studioatmosphäre, die ideal für Tonaufnahmen ohne störendes Publikum ist.

Nach dem Eklat beim Konzert deutete Kaufmann an, dass er zukünftig lieber in Hamburgs altem Konzertsaal, der Laeiszhalle,

singen würde. Wer das Pech hat, in dem über 100 Jahre alten Saal in einem der Seitenränge zu sitzen, muss sich zwar die Köpfe verrenken, kommt dafür aber in den Genuss eines warmen klanglichen Charmes, welcher der unterkühlten Elbphilharmonie fehlt.

Nach Konzerten im neuen Saal gehen viele ernüchtert und manche sogar vorzeitig aus dem Haus. So sind mitten bei einem Jazzkonzert im November ganze Massen geflüchtet. Neben der Akustik sind sogenannte Saaltouristen, die per Bus aus fernen Winkeln der Republik anreisen, das nächste Ärgernis. Wer über ein Busunternehmen ein Komplettticket mit Unterkunft und Ticket bucht, nur um die Elphi zu sehen, hat mitunter das Pech, mit Jazz statt Klassik befüttert zu werden. So bleiben häufig nach der Pause viele Plätze leer, weil sich die auswärtigen Besucher lieber die Stadt ansehen wollen.

Während die Hotellerie von diesen Gästen profitiert, schauen die Hamburger, die so lange auf ihren teuren Saal gewartet haben, häufig dumm aus der Wäsche. Wenn sie sich um eine Eintrittskarte bemühen, geht es meist nur per Losverfahren. Nur einige wenige mit Glück dürfen rein. Harald Tews

MELDUNGEN

Erika Pluhar steht gegenüber

Wien – Zum 80. Geburtstag der österreichischen Schauspielerin und Schriftstellerin Erika Pluhar am 28. Februar macht ihr der Residenz Verlag ein besonderes Geschenk. Dort sind jetzt die drei Pluhar-Bücher „Gegenüber“, „Die öffentliche Frau“ und „Spätes Tagebuch“ zusammen im Schuber neu aufgelegt (680 Seiten, 50 Euro). Die humorvolle Erzählung über das Altwerden, „Gegenüber“, gibt es außerdem neu als Hörbuch, gelesen von Pluhar selbst und Anna Dangel (600 Minuten, 20 Euro). Daneben wird Pluhar, die 1959 am Wiener Burgtheater debütierte, in zahlreichen Filmen mitspielte und sich dann 60-jährig von der Schauspielerei zurückzog, auf Lesetour gehen. Termine: 13. Februar, ORF Radiokulturhaus Wien; 17. Februar, Aula der Evangelischen Kirche, Lippstadt; 20. Februar, Buchhandlung Morawa, Wollzeile 11, Wien; 4. März, Alte Feuerwache, Mannheim; 21. März, Leipziger Buchmesse; 21. März, Universitätsbibliothek Albertina, Leipzig sowie 22. März, Pfefferberg Theater, Berlin. *tws*

»Zeige mir deine Schrift«

Lohr am Main – Mit „Die Schrift – ein Spiegel der Seele“ zeigt das Lohrer Schulmuseum bis 3. März eine Sonderausstellung darüber, welche Bedeutung ein frühes Erlernen der Handschrift für die spätere Entwicklung jedes Einzelnen haben kann. Anhand von Heften und Schriftstücken aus dem Archiv des Museums aus den letzten gut 100 Jahren wird angedeutet, dass an dem Spruch „Zeige mir deine Schrift, und ich sage dir, wer du bist!“ etwas dran ist. Das Lohrer Schulmuseum im Ortsteil Lohr-Sendelbach, Sendelbacher Straße 21, ist von Mittwoch bis Sonntag jeweils von 14 bis 16 Uhr geöffnet, Eintritt für Erwachsene: 1,50 Euro, für Schüler: 1 Euro. *tws*

Todesschüsse an der Berliner Mauer

Vor 30 Jahren wurde Chris Gueffroy ihr letztes Opfer – Justiz war gnädig zu den Tätern

Während die Linkspartei heute für offene Grenzen eintritt, die unzähligen Glücksrittern aus aller Welt den Weg in unser Land ebnen, errichtete dieselbe Partei unter dem Namen „SED“ ein rigides Grenzregime, dem wohl etwa 1000 Deutsche zum Opfer gefallen sind. Rund 140 davon starben an der Berliner Mauer – die letzten Todesschüsse dort fielen vor 30 Jahren.

Chris Gueffroy war ein freizeitsliebender junger Mann, wie es sehr viele in der DDR gab. Deshalb weigerte er sich auch, die Offizierslaufbahn bei der Nationalen Volksarmee einzuschlagen, und träumte stattdessen davon, Schauspieler oder Pilot zu werden und die Welt zu sehen. Letztlich blieb ihm angesichts der Umstände aber nur eine Tätigkeit als Kellner im Flughafenrestaurant von Berlin-Schönefeld. Dort machte er Bekanntschaft mit der allgegenwärtigen Korruption und Misswirtschaft im angeblichen Arbeiter- und Bauern-Staat und lernte ihn deshalb noch mehr hassen.

Bestärkt durch die zahlreichen Ausreisen von Freunden in die Bundesrepublik sowie alarmiert durch die Einberufung zum verhassten Grundwehrdienst in der NVA, wollte er schließlich gemeinsam mit seinem Freund Christian Gaudian über die Berliner Mauer hinweg in den Westen flüchten. Ein Bekannter der beiden, der bei den DDR-Grenztruppen diente, hatte ihnen erzählt, der Schießbefehl sei inzwischen weitgehend ausgesetzt. Er gelte nur noch bei Fahnenflucht oder Angriffen gegen die Grenze.

Außerdem weilte gerade der schwedische Ministerpräsident Ingvar Carlsson zum Staatsbesuch in der DDR, was das Risiko

noch weiter zu minimieren schien, denn Gueffroy und Gaudian nahmen an, dass die SED-Führung während dieses außenpolitisch hoch bedeutsamen Ereignisses keinerlei Eklat riskieren wolle. Im schlimmsten Falle würden sie eben festgenommen und dann später vom Westen freigekauft werden, so lautete ihr Kal-

warteten Gueffroy und Gaudian in einem Geräteschuppen in der Kleingartenkolonie „Harmonie“ im Ost-Berliner Stadtbezirk Treptow. Dann näherten sie sich um 23.30 Uhr vorsichtig den Sperranlagen vor dem Britzer Zweigkanal, der die Grenze zu Neukölln in West-Berlin bildete. Mit Hilfe einer Räuberleiter

paare in Stellung, um die Flüchtigen notfalls unter Einsatz ihrer Schusswaffen aufzuhalten. Dabei handelte es sich um die Streifen „Straße 16“ mit Andreas Kühnpast und Postenführer Peter Schmett sowie „Britzer Allee“, zu welcher der Postenführer Mike Schmidt und Ingo Heinrich gehörten.



Auf dem Mauerstreifen am Britzer Zweigkanal im Jahre 2003: Gedenkstätte für Chris Gueffroy

kül. Doch das sollte sich als verhängnisvoller Irrtum erweisen. Zum einen galt der Schießbefehl immer noch uneingeschränkt, zum anderen war Carlsson bereits wieder abgereist, als die beiden 20-Jährigen ihren Fluchtversuch unternahmen.

Der erfolgte in der Nacht vom 5. zum 6. Februar 1989. Zuerst

überwanden die durchtrainierten jungen Männer das erste Hindernis, die über drei Meter hohe Hinterlandmauer. Anschließend durchkrochen sie den Signalzaun, wodurch um 23.39 Uhr Alarm ausgelöst wurde, und rannten hernach auf das letzte Sperrelement zu. Währenddessen gingen zwei Grenzposten-

Am Fuße des drei Meter hohen Streckmetallgitterzauns gerieten Gueffroy und Gaudian in das Dauerfeuer seitens der ersten Streife, die jedoch nicht traf. Hieraufhin flohen sie in die Gegenrichtung und versuchten, den Zaun zuerst mittels eines selbstgebastelten Wurfankers

und dann wiederum per Räuber-

»Sargfighter« mit Eisernem Kreuz

Vor 60 Jahren bestellte das Bundesverteidigungsministerium die ersten 96 Lockheed F-104

Die Lockheed F-104G gehörte zu den ersten Kampfflugzeugen, die als Waffensystem entwickelt und gebaut wurden – also inklusive Radar und Avionik. Der „Starfighter“ war zudem das erste Kampfflugzeug der Bundeswehr mit weitreichendem Radar, kombiniertem Feuerleit- und Navigationsrechner, Trägheitsnavigation und anderen technischen Neuerungen. Vor 60 Jahren, am 6. Februar 1959, bestellte die Bundesregierung die ersten 96 Kampfflugzeuge.

Allerdings setzte die Bundeswehr den „Starfighter“ für ganz andere Aufgaben ein, als die, für die er ursprünglich entworfen worden war. Clarence „Kelly“ Johnson, Chefingenieur der Lockheed Advanced Development Projects Unit, ließ bei der Lockheed F-104A „Starfighter“ Erfahrungen aus dem Koreakrieg einfließen. Die F-104A war ein Kurzstreckenjäger mit überraschenden Steigleistungen. Die Maschine gewann eine entsprechende Ausschreibung der United States Air Force (USAF) und flog am 4. März 1954 zum ersten Mal. Die US-Luftwaffe stellte insgesamt 296 Flugzeuge in Dienst, die meisten davon Abfangjäger, sowie 88 Jagdbomber F-104C.

Besonders zufrieden war die US-Luftwaffe nicht. Den Abfangjägern fehlte die Reichweite, den nur kurz in Vietnam eingesetzten Jagdbombern mangelte es sowohl an Reichweite als auch an Waffenlast. Im engen Luft-

kampf war die F-104 zeitgenössischen Jägern unterlegen und musste sich daher auf ihre Steigleistungen verlassen. Die USAF stellte ihre „Starfighter“ bereits in den 1960ern wieder außer Dienst. Lockheed machte sich also auf die Suche nach anderen Abnehmern und schlug den europäischen NATO-Ländern sowie Japan eine verbesserte Mehrzweck-Version vor, die F-104G.

Unter den Interessenten war auch die deutsche Luftwaffe, die einen Nachfolger für die Jets der Erstausrüstung suchte. Außerdem strebte die damalige Bundesregierung die nukleare Teilhabe an, also eigene Atomwaffenträger, die unter NATO-Befehl im Ernstfall eingesetzt werden sollten. So erhofften sich die Verantwortlichen ein Mitspracherecht bei der Zielauswahl und der Entscheidung über den eigentlichen Einsatz. Als wenn das nicht gereicht hätte, reifte unter Politikern und in der Industrie die Idee, mit einem Lizenzbau-Programm Anschluss an das technologische Niveau der US-Industrie zu gewinnen.

Die Luftwaffe führte zwar Vergleichsflüge mit anderen Typen, wie etwa der Mirage III des französischen Herstellers Dassault Aviation und der US-amerikanischen Grumman F11F „Tiger“ durch, favorisierte aber den „Starfighter“. Im November 1958 votierte der Verteidigungsausschuss einstimmig für das neue Flugzeug. Allerdings gab es da-

mals noch keinen Prototypen der „G“. Der flog erst am 5. Oktober 1960 zum ersten Mal und unterschied sich beträchtlich von früheren Versionen. Die F-104G verfügte über ein neues Radar, Trägheitsnavigation, einen eigens für die nukleare Bomberrolle entwickelten Navigations- und Feuerleitrechner, zusätzliche Waffestationen unter dem Rumpf, ein



In der Luftwaffenkaserne Wahn: Ein Bundeswehr-„Starfighter“

stärkeres Triebwerk und daher auch ein größeres Leitwerk und vergrößerte Steuerflächen. Es war praktisch ein neues Flugzeug. Auch die Marineflieger wurden mit dem „Starfighter“ ausgerüstet, obwohl sie eigentlich ein ganz anderes Flugzeug gefordert hatten.

Im April 1961 stellte das Jagdbombergeschwader 31 „Boelcke“

in Nörvenich als erster Verband die F-104G in Dienst. Bundesluftwaffe und Marineflieger erhielten insgesamt 916 „Starfighter“ in vier verschiedenen Versionen – dem Kampfflugzeug F-104G, dem Aufklärer RF-104G sowie den Trainern F-104F und TF-104G. In den ersten Jahren war die Bundeswehr mit dem „Starfighter“ schlicht überfordert. Piloten,

ten feuernden Schleudersitz nicht behoben. Hinzu kamen Fertigungsfehler. Die „Starfighter“-Krise mit insgesamt 116 toten Piloten und 269 Abstürzen war die Folge. In den ersten Jahren lag der Bereitschaftsstand der „Starfighter“-Verbände zwischen 20 und 30 Prozent. Bodenorganisation, Wartung und Instandhaltung sowie die Ausbildung von Piloten und Bodenpersonal waren nur unzureichend auf ein derart komplexes Flugzeug vorbereitet.

Auf vielen Fliegerhorsten gab es kaum Hallenraum zum Unterstellen und für Werkstätten, sodass die „Starfighter“ bei jedem Wetter draußen standen und oft auch auf dem Vorfeld gewartet und repariert werden mussten. Erst als Luftwaffe und Marineflieger Ende der 60er Jahre Wartung und Instandhaltung grundlegend reorganisiert hatten, änderte sich das. Aus dem „Witwenmacher“, „Erdnagel“, „fliegendem Sarg“ und „Sargfighter“ wurde nach einem Jahrzehnt Arbeit schließlich ein zuverlässiges Kampfflugzeug.

Bei der Luftwaffe flogen zwei Jagdgeschwader, sechs Jagdbombergeschwader und zwei Aufklärungsgeschwader den „Starfighter“. Die Marineflieger verfügten über zwei Geschwader mit F-104-Jets. Allerdings war die Luftwaffe mit der F-104G als Jäger und Aufklärer nie zufrieden und ersetzte sie in beiden Rollen durch die McDonnell F-4 „Phantom II“.

leider zu übersteigen. Dadurch befanden sie sich nun direkt im Schussfeld von Schmidt und Heinrich. Weil Schmidt selbst nur eine Pistole mitführte, eröffnete der 23-jährige Elektromonteur Heinrich aus knapp 40 Metern Entfernung mit seinem Kalaschnikow-Sturmgewehr das Feuer. Dabei zielte er zuerst auf die Füße der „Grenzverletzter“, hielt aber kurz darauf höher, als diese wegen des Schocks keine erkennbare Reaktion zeigten. Infolgedessen erlitt Gueffroy kurz nach Mitternacht zwei Treffer durch 7,62-Millimeter-Projektile, von denen das eine seinen Herzmuskel zerfetzte, was zum sofortigen Tode führte. Die Leiche des jungen Kellners wurde zusammen mit dem schwer verletzten Gaudian geborgen. Umgehend wurden die sterblichen Überreste eingäschert. Zuvor ließ die Staatssicherheit noch den Totenschein fälschen. Der „Herzdurchschuss“ mutierte dabei zur „Herzverletzung“.

Zunächst hatte das Ereignis kein besonderes Nachspiel. Der Kompaniechef der vier Grenzsoldaten mahnte die aufgewühlten Posten nur: „Bleibt ruhig. Ihr habt es genau richtig gemacht.“ Zwei Wochen später gab es dann ein kaltes Buffet, einige Tage Sonderurlaub und das Leistungsabzeichen der Grenztruppen samt Geldprämie von 150 Mark. Vor Gericht kam lediglich Gaudian, der am 24. Mai 1989 wegen „versuchten ungesetzlichen Grenzübertritts im schwerem Fall“ zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren ohne Bewährung verurteilt und dann wenige Tage vor dem Fall der Mauer von der Bundesrepublik freigekauft wurde.

Trotz aller Versuche, die Erschießung Gueffroys zu vertuschen, drang die Nachricht von

dem Todesfall bald auch nach West-Berlin und nach Westdeutschland. Deshalb sprach der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth Ende Februar 1989 den DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker auf das Vorkommnis an. Daraufhin polterte dieser, es gebe überhaupt keinen Schießbefehl, was allerdings eine Lüge war, denn letztlich nahm Honecker die Weisung erst am 3. April 1989 zurück.

Nach dem Zusammenbruch der DDR mussten sich die vier Mauerschützen wegen des Vorwurfs des gemeinschaftlichen Totschlags vor dem Landgericht Berlin verantworten. Das Verfahren endete am 20. Januar 1992 mit Freisprüchen für Schmidt und Schmett sowie einer zweijährigen Bewährungsstrafe für Kühnpast. Dagegen sollte Ingo Heinrich für drei Jahre und sechs Monate ins Gefängnis. Dieses Urteil wurde jedoch am 14. März 1994 vom Bundesgerichtshof wieder aufgehoben, weil der Todesschütze „in gewisser Weise auch Opfer des Grenzregimes gewesen sei“, was eine enorme Signalwirkung für alle weiteren Prozesse dieser Art hatte. Anschließend reduzierte eine andere Kammer des Berliner Landgerichts das Strafmaß auf zwei Jahre auf Bewährung für Heinrich und Freispruch für Kühnpast. Im März 1998 erhielt dann der ehemalige Generalmajor Erich Wöllner, wegen seiner Mitverantwortung für die Erschießung von Gueffroy und fünf anderen „Republikflüchtigen“ eine fünfjährige Gefängnisstrafe. Diese musste der heute 87-Jährige aber wegen „Haftunfähigkeit“ niemals antreten.

Wolfgang Kaufmann

Die Marineflieger nutzten die F-104 als echtes Mehrzweckflugzeug und behielten auch die Aufklärerversion, die RF-104G, viel länger in Dienst als die Luftwaffe. Die 1. Staffel des Marinefliegergeschwaders (MFG) 2 flog bis zur Außerdienststellung der RF-104G unter dem Codenamen „Eastern Express“ Aufklärung in der östlichen Ostsee. Die Marine-„Starfighter“ konnten Lenk Waffen zur Schiffsbekämpfung tragen. 1991 wurden die letzten F-104 ausgemustert.

In den späten 1970er Jahren stellte sich heraus, dass Lockheed in zahlreichen Abnehmerländern Entscheider für ihr Wohlwollen bezahlt hatte. Darüber stürzten der liberaldemokratische japanische Premierminister von 1972 bis 1974, Tanaka Kakuei, in Italien der christdemokratische Staatspräsident von 1971 bis 1978, Giovanni Leone und der sozialdemokratische Verteidigungsminister von 1970 bis 1974, Mario Tanassi. In den USA mussten 1976 der Lockheed-Chef Daniel Haughton und sein Stellvertreter Carl Kotchian ihre Hüte nehmen. In Deutschland wurden Vorwürfe gegen den seinerzeitigen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, den Bankier Hermann Josef Abs sowie leitende Beamte des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung erhoben. Speziell die Vorwürfe gegen Strauß ließen sich wegen fehlender Unterlagen nie erhärten.

Friedrich List

Erfolg im zweiten Anlauf

Ursprünglich hatte der »Jumbo-Jet« ein Militärtransporter werden sollen, aber er verlor gegen die »Galaxy«

Vor einem halben Jahrhundert startete die Boeing 747 vom Flughafen Paine Field zu ihrem Jungfernflug. Der für den „Jumbo-Jet“ so typische „Höcker“ mit der Kanzel zeugt bis heute von der ursprünglich geplanten Verwendung als Militärtransporter.

„Der Krieg ist der Vater aller Dinge.“ Dieses bekannte Sprichwort trifft auch für die Boeing 747 zu. Im Jahre 1961 startete die United States Air Force (USAF) das Projekt „Forecast“, was soviel wie Voraussage heißt. Vorausgesagt werden sollte, wie der USAF-Bedarf an Flugzeugen ein Jahrzehnt später aussehen würde. Ein Ergebnis des Projektes war, dass ein Bedarf an zusätzlicher Lufttransportkapazität bestehe. Dieses zeigte sich bereits bei der „Operation Big Lift“, einem im Oktober 1963 durchgeführten transatlantischen Manöver. Über 15 000 Soldaten wurden dabei mit Kolbenmotor- und Turbopropmaschinen der Typen Boeing C-97 „Stratofreighter“, Douglas C-118 „Liftmaster“ und Douglas C-124 „Globe-master“ über den Atlantik in die Bundesrepublik geflogen, doch Waffen und Gerät höheren Gewichtes und größeren Ausmaßes mussten sie zu Hause lassen, da die dafür nötigen Flugkapazitäten fehlten. In diesem Falle war das kein Problem, da man beim deutschen NATO-Partner auf in eigenen Stützpunkten eingelagerte Waffen zurückgreifen konnte, doch bei einem „out of area“-Ein-

»Wenn Sie das Flugzeug bauen, kaufe ich es«

satz hätte sich das zu einem Problem entwickeln können, denn der Seetransport war zu langsam. Zwei Jahre später stand zwar mit der Lockheed C-141 „Starlifter“ ein Transport-Jet zur Verfügung, doch war dessen Größe den Ver-

antwortlichen nicht ausreichend. Ein großer Transport-Jet sollte her, und die USAF forderte die einheimische Industrie auf, Vorschläge für ein CX-HLS (Cargo Experimental Heavy Logistics System) einzureichen.

schlag. Das Ergebnis ist die auch heute noch sehr bekannte C-5A „Galaxy“, die lange Zeit das größte Düsenflugzeug der Welt war und heute noch der größte Militärtransporter der westlichen Welt ist.

sche Pan American World Airways, an, besser bekannt unter ihrem Kürzel Pan Am. Laut Boeing selber soll der Präsident von Pan Am, Juan Trippe, dem Boeing-Präsidenten William Allen angeboten haben: „Wenn Sie das Flugzeug

doch der Kosename „Jumbo-Jet“ fest.

Für dieses neue, Rekorde brechende Flugzeug musste extra eine neue, ebenfalls Rekorde brechende Produktionsstätte geschaffen werden. So wurde eigens für

reits geordert hatten, nach einer Reihe von Hochgeschwindigkeitsrollversuchen eigentlich das erste Mal in die Luft erheben, doch die Bestückung mit Instrumenten erwies sich als langwieriger denn geplant.

Am 9. Februar 1969 war es dann soweit. Mit Boeing-Cheftestpilot Jack Waddell am Steuerknüppel und zwei Bordingenieuren an Bord hob der Elefant der Lüfte erstmals ab. Der Jungfernflug musste zwar nach einer Stunde abgebrochen werden, doch erwies sich die Ursache, eine geringfügige Fehlfunktion der Landeklappen, als ein weder schwerwiegendes noch langfristiges Problem. Auf dem Aéroson jenes Jahres 1969 war der „Jumbo“ neben der „Concorde“ die Attraktion. Da standen sie, das schnellste und das größte Verkehrsflugzeug der westlichen Welt. Das schnellste ist inzwischen Geschichte, das größte, der „Jumbo“, bevölkert noch immer die Flughäfen dieser Welt.

Nachdem die Boeing 747 noch am vorletzten Tage des Jahres 1969 ihre Musterzulassung durch die US-amerikanische Bundesluftfahrtbehörde FAA (Federal Aviation Administration) bekommen hatte, erfolgte 1970 die Auslieferung der ersten Exemplare an die Fluggesellschaften, allen voran natürlich die Pan Am. Ein Vierteljahrhundert später sollten bereits mehr als 1000 Stück ausgeliefert worden sein. Inzwischen sind es etwa eineinhalb so viele. Ein Wermutstropfen für alle Pazifisten:

»Wenn Sie es kaufen, baue ich es«

Unter den ausgelieferten Varianten des Zivilflugzeuges, das ursprünglich ein Militärflugzeug werden sollte, befinden sich mittlerweile auch ein paar militärische. So schließt sich der Kreis zumindest halbwegs. *Manuel Ruoff*



Auch im Bestand der deutschen Lufthansa: Die Boeing 747 „Jumbo-Jet“

Neben den beiden anderen großen US-Flugzeugherstellern Lockheed und Douglas nahm auch die 1916 in Seattle von William E. Boeing gegründete Boeing Company die Herausforderung an und reichte einen Entwurf ein, in dem ein M48-Panzer und ein Jeep, die beide zur damaligen Standardausrüstung der US-Streitkräfte gehörten, nebeneinander Platz fanden. Um nicht nur von hinten, sondern auch von vorne beladen werden zu können und den gesamten Rumpf als Stauraum zur Verfügung zu haben, sah dieser Entwurf den für den „Jumbo-Jet“ so prägnanten „Höcker“ mit der Kanzel vor.

Nichtsdestotrotz bekam nicht Boeing, sondern Lockheed am 30. September 1965 den Zu-

Boeing schrieb jedoch die in die Wettbewerbsbeteiligung investierte Arbeit nicht einfach ab, sondern versuchte, sie zivil zu nutzen. Wie im militärischen waren nämlich auch im zivilen Bereich die Planer zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Bedarf an größeren, leistungsfähigeren Maschinen besteht. Für die Entwicklung einer derartigen Maschine standen nun die Mitarbeiter des Militärtransportflugzeugprojektes und deren Arbeitsergebnisse zur Verfügung.

Vor dem Bau eines derartigen zivilen Flugzeuges wünschten die Manager jedoch analog zum Militärtransporter, dass ein Mindestabsatz garantiert ist. Hierfür bot sich die seinerzeit größte zivile Luftfahrtgesellschaft der westlichen Welt, die US-amerikani-

bauen, kaufe ich es.“ Auf diese Worte Trippes habe Allen erwidert: „Wenn Sie es kaufen, baue ich es.“ Dieser Dialog mag Legende sein, doch ist Fakt, dass Pan Am am 13. April 1966 25 Exemplare der noch gar nicht existierenden Maschine zum Stückpreis von 20 Millionen US-Dollar kaufte. Andere Fluggesellschaften folgten mit Bestellungen. Im Juli des Jahres gab Boeing seine Entscheidung bekannt, eine Zivilmaschine zu entwickeln und zu bauen, die je nach Ausführung als Ein-Klassen-Maschine 500 oder als Zwei-Klassen-Maschine 350 Passagiere über den Atlantik transportieren kann. Nach der 707, der 727 und der 737 sollte diese Maschine jetzt offiziell die Nummer 747 tragen. In den Medien setzte sich je-

die Boeing 747 vom August 1966 bis Mitte 1967 für 200 Millionen US-Dollar auf einer Fläche von 315 Hektar Größe bei Everett, rund 50 Kilometer nördlich vom Hauptfirmensitz Seattle und in unmittelbarer Nähe des Flughafens Paine Field, das größte industrielle Gebäude der Welt aus dem Boden gestampft.

Am 1. September 1968 und damit einen Tag vor der Planvorgabe verließ der Prototyp die 5,6 Millionen Kubikmeter Rauminhalt besitzende Werkshalle durch die 91 Meter langen und 26,5 Meter hohen Hangertüren. Am 65. Jahrestag des ersten Motorfluges von Orville Wright sollte sich laut Plan der neue Stolz der US-Luftfahrt, verziert mit den Logos der 27 Fluggesellschaften, die ihn be-

Bild: Milad A380 (talk)

Der letzte Kampf des Schlachtschiffs »Bismarck«

Ein großer Sieg und totale Vernichtung bei der ersten Feindfahrt

Die „Bismarck“ war der Stolz der deutschen Kriegsmarine. Unsinkbar sollte sie sein. Ein Schlachtschiff wie kein zweites. Doch die erste Feindfahrt war zugleich die letzte. Die „Bismarck“ lief vor 80 Jahren, am 14. Februar 1939, bei Blohm & Voss in Hamburg vom Stapel, sie sank am 27. Mai 1941. Erst Jahrzehnte später wurde bestätigt: In aussichtsloser Situation war der Untergang aus eigenem Willen befohlen worden.

Als die „Bismarck“ vom Stapel lief, war Adolf Hitler anwesend. Sie galt als das kampfstärkste Schlachtschiff auf den Weltmeeren, das erste vollwertige neue Schlachtschiff der Kriegsmarine, das sich mit den größten Einheiten der Kriegsgegner messen konnte. Erst das deutsch-britische Flottenabkommen von 1938 ermöglichte den Bau von Schiffen bis 35 000 Tonnen. Tatsächlich lag die „Bismarck“ noch 10 000 Tonnen darüber. Der Bau stand ab September 1939 nach dem Kriegseintritt Großbritanniens und Frankreichs unter erheblichem Zeitdruck. Die Ausrüstung war noch nicht vollständig, als das Schiff in Dienst genommen wurde. Es wurde nach Gotenhafen (Gdingen) verlegt und galt erst im Frühjahr 1941 als einsatzbereit. Nun sollte der Seekrieg gegen Großbritannien verstärkt ge-

führt werden. Vor allem wollte man die Nachschubwege über den Atlantik stören.

Großadmiral Erich Raeder schickte die „Bismarck“ und den Schweren Kreuzer „Prinz Eugen“ in den Atlantik. Die „Bismarck“ sollte die gegnerischen Kriegsschiffe binden, während die „Prinz Eugen“ Handelsschiffe angriff. Beide Schiffe verließen zum „Unternehmen Rheinübung“ Gotenhafen am 18. Mai 1941, begleitet von mehreren kleineren Kampfschiffen. Sie sollten durch die Dänemarkstraße zwischen Island und Grönland den offenen Atlantik erreichen. Flottenchef Admiral Günther Lütjens war an Bord der „Bismarck“, die von Kapitän zur See Ernst Lindemann kommandiert wurde. Der Verband nahm in der Nähe von Bergen (Norwegen) Treibstoff auf und wurde von den Briten entdeckt. Da die Briten ein solches Unternehmen für kaum wahrscheinlich gehalten hatten, waren in der Wasserstraße lediglich zwei Schwere Kreuzer, die „Suffolk“ und die „Norfolk“, postiert. Beide zogen sich angesichts der auftauchenden Übermacht zwar am 23. Mai zurück, hielten aber Kontakt. Nun führten die Briten einen eigenen Verband heran, sechs Zerstörer, das neue Schlachtschiff „Prince of Wales“ und den Schlachtkreuzer „Hood“, bis zum

Bau der „Bismarck“ das schnellste und größte Schlachtschiff der Welt. Sie stellten den deutschen Verband in den Morgenstunden des 24. Mai und eröffneten das Feuer. An den Operationsplan denkend, zögerte Flottenchef Lütjens, das Feuer zu erwidern, aber Kapitän Lindemann befahl „Feuer frei. Ich lasse



Vor 80 Jahren bei Blohm & Voss: Stapellauf der „Bismarck“

mir doch mein Schiff nicht unterm Arsch kaputtschießen“.

Die Seeschlacht dauerte nur ein paar Minuten, dann versenkte die „Bismarck“ die „Hood“. 1416 Besatzungsmitglieder der „Hood“ kamen ums Leben, nur drei überlebten. Die ebenfalls schwer getroffene „Prince of Wales“ drehte ab. Die „Bismarck“ hatte drei, die

„Prinz Eugen“ keinen Treffer erhalten.

Der Schock der Briten war gewaltig. Premierminister Winston Churchill wies die Admiralität an, alle Seestreitkräfte im Atlantik zur Jagd auf die „Bismarck“ zu mobilisieren. Fünf Schlachtschiffe, zwei Schlachtkreuzer, zwei Flugzeug-

angelaufen werden. Dabei gelang es, die verfolgenden britischen Einheiten abzuschütteln.

In der irrigen Annahme, die „Bismarck“ sei noch auf dem Radar der Briten, machte Admiral Lütjens einen verhängnisvollen Fehler. Er ließ einen lang andauernden Funkkontakt mit der Heimat aufnehmen und bat um Unterstützung durch U-Boote und andere Einheiten. Die Funksprüche gingen hin und her – und die Briten horchten mit. So fanden sie die „Bismarck“ wieder. Bald waren Aufklärungsflugzeuge über dem Schiff. Ihnen folgten Torpedo-Flieger. Einer traf die Ruderanlage der „Bismarck“. Der Treffer machte das Schlachtschiff nahezu manövrierunfähig. 750 Seemeilen vor Brest war die „Bismarck“ ihren Verfolgern hoffnungslos ausgeliefert. Admiral Lütjens ließ an Hitler funken: „Wir kämpfen bis zur letzten Granate.“

Die war am 27. Mai 1941 gegen 9 Uhr versunken. Da lag die „Bismarck“ seit 15 Minuten unter dem Feuer von zwei Schlachtschiffen, unterstützt von zwei Schweren Kreuzern und Torpedobombern. Das Ende dauerte nur 90 Minuten. 2876 Geschosse der Briten bereiteten das Ende vor. „King George V“ erzielte einen schweren Treffer. Drei Torpedos des Kreuzers „Dorsetshire“ waren die letzten Schüsse. Auf der „Bismarck“ wehte noch der

Stander des Admirals, als das Schlachtschiff zur Seite drehte und schließlich kieloben versank. Nur 115 Mitglieder der Besatzung von 2092 Mann überlebten. Lütjens und Lindemann waren unter den Toten.

Den Untergang der „Bismarck“ begleitete die Kriegspropaganda jeweils auf ihre Weise: Die Briten feierten lautstark die Überwindung der „Bismarck“ durch die Royal Navy, die NS-Propaganda feierte deren heroische Besatzung, die bis zuletzt gekämpft und das Schiff durch eigene Hand versenkt habe. Überlebende hatten berichtet, die Flutventile seien geöffnet worden, erst dadurch sei die „Bismarck“ gesunken.

Seitdem wurde über die Ursachen des Untergangs gestritten. US-amerikanische Tiefseeforscher fanden 1989 das Wrack. Eine britische Expedition schickte 2001 Tauchroboter 4800 Meter hinab zum Wrack. Das Ergebnis des Tauchgangs: eindeutig Versenkung durch Torpedos. 2002 reiste der „Titanic“-Regisseur James Cameron zum Wrack der „Bismarck“. Seine bestechend scharfen Bilder zeigen einen relativ unbeschädigten Rumpf. Die Kameraroboter fanden zwar einen Torpedotreffer, der aber keinen größeren Schaden angerichtet hatte. Das belebte den Mythos „Bismarck“ neu. *Klaus J. Groth*



Moment der Woche

Die Zahl mutet wie eine kleine Sensation an. Dass es auch in Deutschland Whisky-Brennereien gibt, wissen PAZ-Leser schon eine ganze Weile. Nun berichtet der „Stern“: In der Bundesrepublik arbeiten mittlerweile sogar mehr Whisky-Destillieren als in Schottland, nämlich 200 Betriebe gegenüber 130!

Allerdings handelt es sich bei den schottischen Brennereien

oft um Großbetriebe mit weltweitem Renommee. Deutsche Destillieren sind vergleichsweise winzig, manche produzieren gerademal ein Fass pro Jahr. Somit ist der Weltmarktanteil d e u t s c h e n Whiskys auch noch äußerst gering. Es ist zu hoffen, dass deutscher Whisky den Globus erobert, ohne dass die Vielfalt der kleinen Betriebe dabei auf der Strecke bleibt. *H.H.*

Mehr Brennereien als in Schottland

Querdenker abserviert

Der Fall Werner Patzelt: Meinungsfreiheit und Gedankenvielfalt werden erdrosselt

Spontanbeifall im Laufe von Vorträgen der Konrad-Adenauer-Stiftung ist selten. Dass selbst das sonst eher gelangweilte Aufsichts- und Garderobenpersonal bei einer solchen Veranstaltung mehrfach begeistert mitapplaudiert, dürfte sogar ein Unikum sein. So geschehen im November, als der Dresdner Politikwissenschaftler Werner Patzelt im Foyer eines großen Leipziger

Ein Wissenschaftler, der unbequeme Fragen nicht scheut

Museums seine Überlegungen zum Thema „Leitkultur“ präsentierte.

Um den inzwischen zum Reizwort mutierten Begriff aus dem Feuer zu nehmen, bevorzugt Patzelt das Wort „Rahmentheorie“. Eine solche hält er für unabdingbar, gerade weil Deutschland „unwiderruflich“ – hierüber kann man geteilter Meinung sein – ein Einwanderungsland geworden sei.

Provokant fragt Patzelt, ob etwa nur die Deutschen „begreifen“, dass es „allenfalls eine europäi-

sche Kultur“ gäbe, während Polen oder Italiener sehr wohl um eine polnische oder italienische Kultur wüssten. „Oder ist das, was es an deutscher Kultur schon vor dem Grundgesetz gab, inzwischen schlicht überholt, also einfach wertlos geworden?“

An klaren Aussagen mangelt es bei dem Professor für „Politische Systeme und Systemvergleich“ nicht: Gerechtigkeitsempfinden stehe infrage, „wenn Solidarität auf Dauer über plausible Grenzen hinaus beansprucht wird“, der gut ausgebaute Sozialstaat gerate in Gefahr, „von nicht in die beitragszahlende Gesellschaft integrierten Migranten übernutzt zu werden“.

Patzelt, der neben seiner Position als Hochschullehrer engagiert in der Öffentlichkeit wirkt, kennt in der kritischen, um Fairness bemühten Auseinandersetzung keine ideologisch grundierten Berührungspunkte. Dabei mahnt er stets – und deutlicher als manch anderer Demokrat – die Orientierung am Grundgesetz an.

Die TU Dresden, an deren „Institut für Politikwissenschaft“ er mehr als ein Vierteljahrhundert wirkte, sieht sich nun nicht in der Lage, ihm nach seinem bevorstehenden altersbedingten Ausschei-

den die gewünschte Seniorprofessur zu gewähren. Mit Blick auf das Renommee Patzelts scheint das zu überraschen, weniger mit Blick auf seine Standpunkte, die immer seltener in das, nur dem Wort nach, „tolerante“ politische Klima Deutschlands passen.

Der „Rauswurf“ (siehe PAZ vergangener Woche) allerdings ist nur ein Aspekt einer längeren Entwicklung. Hervorzuheben ist die Posse um das „Institut für Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt“. 2014 hatte Patzelt maßgeblich dessen Aufbau konzipiert, damals bereits die wachsenden Probleme im Blick. Diffamiert als „Pegida-Institut“ und von vielen Seiten torpediert, nicht zuletzt von Patzelts eigener Universität, zog sich das Ganze hin. Schließlich wurden die akquirierten Mittel – vom Bund im zweistelligen Millionenbereich – dann im vergangenen Herbst freigegeben, allerdings nicht für das von Patzelt geplante Institut. Die Gelder verteilen sich nun vielmehr auf politisch „genehmere“ Verantwortliche an anderen Einrichtungen. Auch die von einer früheren Stasi-Denunziantin geführte Amadeu-Antonio-Stiftung profitiert davon.

Patzelt sagt voraus, dass die deutsche Gesellschaft auf Dauer eine „ethnisch zerrissene“ und konfliktreiche sein werde und bemängelt, dass Kritik an der Zuwanderungspolitik „erbarmungslos“ mit Rassismus gleichgesetzt werde. Gegner zündeten da auch schon mal sein Auto an.

Seltsame Kapriolen schlugen Angriffe wie die des „Satirikers“ Jan Böhmermann. Unter einem

Mit einem schlechten Witz liegt ein »Satiriker« richtig

getwitterten Bild des Professors schrieb er: „Sachsens Zukunft hat ein Gesicht.“ Es war eine Reaktion auf den Wunsch von Patzelts Partei, der schwächelnden CDU, dieser möge sie im Landtagswahlkampf unterstützen. Der „Witz“ ist eher eine ungewollte Unterstützung. Denn die klaren Analysen des gebürtigen Passauers – der im Übrigen auch aktiver Cellist und Begründer der „Musikwoche Schmochtititz“ ist – weiß nicht nur die CDU seiner Wahlheimat zu schätzen. *Erik Lommatzsch*

Müll oder Merkel

Wie der E-Mail-Dienstleister GMX die Regierungslinie unterstützt und Kritik unterbindet

Seit dem Jahre 2005 wirbt der deutsche Internetdienstleister GMX mit dem alten deutschen Volkslied „Die Gedanken sind frei“. In der Realität folgt das Unternehmen dahingegen einem ganz anderen Prinzip, was wiederum aus der politischen Agenda des Hauptaktionärs von GMX zu resultieren scheint.

GMX (kurz für: „Global Message eXchange“, also „Globaler Nachrichtenaustausch“) hat derzeit rund 15,5 Millionen Kunden in Deutschland. Das heißt, jeder vierte Internet-Nutzer besitzt eine E-Mail-Adresse bei diesem Anbieter.

Wer auf sein elektronisches Postfach zugreifen möchte, stößt dabei am Rande auf täglich mehrmals wechselnde Nachrichten oder sonstige Artikel, welche recht knallig illustriert sind. In aller Regel lassen sich die Beiträge drei Kategorien zuordnen: Klatsch und Tratsch über Prominente und Personen, die nur angeblich Promis sind, Ratgeber- oder Lebensstil-Seiten sowie Berichte zu aktuellen Ereignissen aus den Bereichen Politik und Gesellschaft.

Was die erste Rubrik betrifft, so erreicht die Banalität der Themen oft ein kaum mehr zu überbietendes Ausmaß, wie einige Beispiele der jüngsten Zeit zeigen: „RTL gibt die Dschungelcamp-Kandidaten bekannt!“, „Der Bachelor ist wieder da – alle 20 Ladys finden Bachelor Andrej superheiß“, „So heißt das neue Wollny-Baby“, „Lilly Becker oben ohne: 2019 startet sexy“, „Tom greift Heidi an Allerwertesten“, „Thomalla knutscht ihren Neuen“.

Wessen Schmerzgrenze damit noch nicht erreicht ist, der kann sich Texte zu Gemüts führen, in denen es unter anderem um folgende weltbewegende Themen geht: „Dürfen Kassenbons in den Papiermüll?“, „Was es bei der Zahnpflege zu beachten gilt“, „Trinkgeld – wann und wie viel?“

Seriöser kommen dahingegen die Meldungen zum Tagesgeschehen einher – zumindest auf den ersten Blick. Denn beim genaueren Hinsehen entpuppen sich die-

se vielfach als höchst einseitig, tendenziös und manipulativ. Beispielsweise vergeht fast kein Tag ohne plumpe Trump- oder AfD-Schelte, zumeist kombiniert mit unvorteilhaften Fotos der Protagonisten.

Dahingegen wird die Asyl- und Einwanderungspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel in den rosigen Farben gezeichnet und immer wieder kräftig auf die Tränendrüse gedrückt, wenn es um das Elend in der Welt geht, um Verständnis für illegale Immigration zu wecken. Dazu gehört auch die möglichst weitgehende Relativierung der Straftaten der „Schutzsuchenden“ – sofern diese überhaupt zur Sprache kommen. Ebenfalls eine große Rolle spielt der angeblich vom Menschen verursachte Klimawandel: Nahezu jede Meldung über Wetter-Ereignisse ist mit dramatisierenden Querverweisen auf denselbigen

garniert. Im Prinzip sollen die Nutzer von GMX die Möglichkeit haben, die Beiträge zu kommentieren.

Aber eben nur im Prinzip. Denn die Kommentarfunktion wird inzwischen bloß noch höchst selten geöffnet. Und wenn, dann zu unverfänglichen Themen und nicht etwa bei „Migrationspakt unterzeichnet!“ oder „Amberg: Prügelattacken von Jugendlichen“.

Das merken natürlich viele GMX-Kunden. So schrieb Michael Klose zum Beitrag „Lilly Becker oben ohne“: „Die Kommentare zur Politik sind natürlich nicht zugänglich, aber hier darf sich jeder gerne unterhalten. Das ist freie Meinungsäußerung auf höchstem Niveau.“ Und Johannes Startner fügte in sprachlich etwas zweideutiger Weise hinzu: „Mittlerweile nimmt die ‚Volksverdummung‘ per GMX-Redaktion schon narzistische Züge an.“ Solche

Wortmeldungen werden umgehend gelöscht oder die Verfasser gesperrt. Neuerdings kommen die Zensoren damit aber gar nicht mehr nach. Dann steht in schöner Regelmäßigkeit folgende Nachricht auf dem Bildschirm: „Liebe Nutzer, die Diskussion wurde aufgrund zahlreicher Verstöße gegen unsere Kommentar-Regeln geschlossen. Wir bitten um Ihr Verständnis. Die Redaktion.“

Es versteht sich von selbst, dass die Schreiber ihrem Ärger dann unter anderen Beiträgen mit noch offener Kommentarfunktion Luft machen. Das wiederum führt zu Schneeballeffekten, und am Ende darf dann selbst keine Klatschmeldung mehr kommentiert werden, weil die Zuschriften immer politischer beziehungsweise polemischer ausgefallen waren.

Das Ganze vermittelt den Anschein, als ob GMX bestimmte Nutzerstimmen nicht nur aus

rechtlichen Gründen oder wegen der sogenannten „Netikette“ unterdrückt, sondern auch, weil sie der politischen Agenda des Internetdienstleisters zuwiderlaufen, welche im Wesentlichen darin zu bestehen scheint, Angela Merkel und deren Unterstützern den Rücken zu stärken. In diesem Zusammenhang empfiehlt sich ein Blick auf die Eigentumsverhältnisse bei GMX – beziehungsweise die Person von Ralph Dommermuth.

Der 55-Jährige ist Gründer, Vorstandsvorsitzender und Hauptaktionär der United Internet AG mit Sitz im rheinland-pfälzischen Montabaur. Das Unternehmen hat den E-Mail-Dienstleister GMX im Jahre 2001 geschluckt, seitdem wird er innerhalb des Konzerns durch die 1&1 Mail und Media GmbH geleitet. Insofern dürfte Dommermuth, dessen Vermögen sich laut dem Wirtschaftsmagazin „Forbes“ auf rund sechs Milliarden US-Dollar beläuft, was ihn zu einem der 300 reichsten Menschen auf der Welt macht, erheblichen Einfluss auf die gesamte Ausrichtung von GMX haben.

Und das ist insofern bemerkenswert, als sich der Milliardär schon des Längeren im Umfeld der früheren CDU-Vorsitzenden und Noch-Regierungschefin Merkel bewegt. Diese berief ihn beispielsweise 2014 in den Steuerkreis Innovationsdialog zwischen Bundesregierung, Wirtschaft und Wissenschaft, einem illustren Zirkel, dem 16 vom Bundeskanzleramt handverlesene Personen angehören.

Rund drei Jahre später spendete Dommermuth dann die vergleichsweise hohe Summe von 500 000 Euro an die CDU. Außerdem betreut die Ralph-und-Judith-Dommermuth-Stiftung seit Anfang 2016 auch das von dem Unternehmer mitbegründete Netzwerk „Wir zusammen“, welches das Ziel verfolgt, die von Merkel illegal ins Land geholten „Geflüchteten“ in die Gesellschaft und Arbeitswelt der Bundesrepublik zu integrieren. Nicht zuletzt dafür erhielt Dommermuth 2018 den „Preis Soziale Marktwirt-

schaft“ der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung.

Angeht diese Konstellation kann kaum verwundern, dass GMX den Eindruck vermittelt, als Sprachrohr der Merkel-CDU zu fungieren. Das sehen viele Nutzer des Mailanbieters inzwischen ebenso wie beispielsweise folgende, schon nach wenigen Minuten wieder gelöschte Wortmeldung von Sören Holger vom 7. Dezember 2018 zeigt: „Habe gehört ... dass GMX der CDU ziemlich nahe stehen soll. Insofern ist es kein Wunder, dass hier zu ‚relevanten‘ innenpolitischen Themen keine Kommentarfunktion offen ist ... Dann könnten dem Wähler durch andere Wähler ja mal die Augen geöffnet werden oder Informationen an die Öffentlichkeit kommen, die nicht so

Politik der Kanzlerin in den rosigen Farben geschildert

bekannt, aber wahlentscheidend sein könnten.“

Vor diesem Hintergrund erscheint das Vorhaben von GMX, seinen Kunden ein „intelligentes elektronisches Postfach“ für Mails zum Thema Bestellungen im Internet anzubieten, noch problematischer, als es ohnehin schon ist. Zwar hätten diejenigen, die exzessiv im Netz einkaufen, dann einen besseren Überblick über ihre Transaktionen, aber eben um den Preis, dass GMX die eingehenden E-Mails durchsucht, um all jene herauszufiltern, welche etwas mit den Einkäufen zu tun haben.

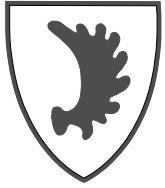
Solcherart Einbrüche in die Privatsphäre der Kunden sollen angeblich nur auf maschinell Wege erfolgen, aber letztendlich ist nicht ausgeschlossen, dass auch Menschen Einblick in die Korrespondenz nehmen. Insofern wäre jeder GMX-Nutzer gut beraten, sehr genau zu prüfen, ob er diesen „Service“ des Unternehmens tatsächlich nutzen will.

Lydia Conrad



Nur Gutes von der Kanzlerin: GMX-Nachrichtmeldung

Bild: PAZ/tws



MELDUNGEN

Wohnungsmarkt wächst weiter

Königsberg – Das Königsberger Gebiet belegt nach der Fläche neugebauter Wohnungen pro Kopf und Jahr den dritten Platz in Russland. Das hat die staatliche russische Internationale Nachrichtenagentur RIA Novosti basierend auf statistischen Angaben von Juli 2017 bis Juni 2018 ermittelt. In diesem Zeitraum entstand im Königsberger Gebiet pro Kopf 1,01 Quadratmeter an neuem Wohnraum. An erster und zweiter Stelle stehen St. Petersburg mit 1,57 und Moskau mit 1,3 Quadratmetern Wohnraum pro Kopf. *J.H.*

Kanalbau auf der Frischen Nehrung

Pröbbernau – Auf der Frischen Nehrung haben die Bauarbeiten für einen Kanal quer durch die Landzunge begonnen. Zunächst werden allerdings nur geologische und geodätische Vorarbeiten durchgeführt, um das Bauvorhaben noch vom ökologischen Standpunkt her prüfen zu können. Der Auftragnehmer soll einen 1,3 Kilometer langen, bis zu 80 Meter breiten und 5,5 Meter tiefen Kanal ausheben, der die Nehrung zwischen den Ortschaften Pröbbernau und Vogelsang teilen und das Frische Haff mit der Ostsee verbinden soll. Davon erhofft man sich unter anderem eine touristische Belebung der Region. Für die Baukosten sind umgerechnet rund 190 Millionen Euro veranschlagt. Die Folgekosten für die Unterhaltung der Kanalinfrastruktur werden auf 700 000 Euro jährlich geschätzt. *J.H.*

Königsberg darf nicht genannt werden

Grüne Woche Berlin: Eine Torte mit dem Schloss der Vorkriegszeit wurde vom Stand der Region entfernt

Die internationale Landwirtschaftsmesse „Grüne Woche“ ist eine der größten weltweit. In diesem Jahr war auch die westlichste Region der Russischen Föderation, das Königsberger Gebiet, als eine von vier Regionen mit einem eigenen Stand im russischen Pavillon vertreten, jedoch nicht ohne Probleme.

Zum ersten Mal seit einigen Jahren war Russland wieder auf der Grünen Woche vertreten. Für die Vorbereitung, wie auch für Reisen der Regionalbeamten in die deutsche Hauptstadt wurden aus dem russischen Staatshaushalt umgerechnet rund 15 000 Euro bereitgestellt.

Da der russische Pavillon traditionell an dem dem Haupteingang gegenüberliegenden Ende des Messegeländes liegt, müssen Besucher notgedrungen alle anderen Säle der Ausstellung auf dem Weg dorthin durchlaufen. Auf dem Weg zum Stand des Königsberger Gebiets hat der Besucher deshalb die Möglichkeit, Theateraufführungen, Orchester- auftritte und Musiker zu sehen, exotische Gerichte zu probieren und in viele zufriedene und freundliche Gesichter zu blicken.

Die Produktpalette am Stand der Region Königsberg umfasste verschiedene Käsesorten, Milch, Sahne, Butter, Joghurt, Quark, verschiedene Brot-sorten, Lebkuchen, Brötchen, Kuchen und Konserven. Am Stand konnte man die Gerichte der regionalen Küche probieren. Dutzende Gerichte, die aus heimischen Produkten hergestellt werden, wurden angeboten, darunter Canapés mit Ostsee-Sprossen, Eier mit



Sowjetifizierung allerseits: Köche präsentieren „Kaliningrader“ Spezialitäten

Bild: J.T.

Zitronenbutter auf „Borodino“-Brot, Fischsuppe sowie Pfannkuchen.

Neben drei Köchen, die die Butterbrote vorbereiteten und sich mit den Besuchern unterhielten, fiel eine seltsam wirkende Dame auf. Sie saß die ganze Zeit auf einem Stuhl neben dem Stand und betrachtete intensiv etwas auf ihrem Smartphone. Als unser PAZ-Mitarbeiter sich dem Stand näherte und versuchte, ein paar Broschüren über regionale landwirtschaftliche Errungenschaften anzusehen, die in den Regalen des Pavillons aufgestellt waren, verhielt sie sich unerwartet seltsam: Sie sprang auf und sagte, sie erwarte wichtige Gäste

zu Verhandlungen. Freundlich bat der Journalist sie, sich vorzustellen. Sie entgegnete, sie vertrete das regionale Landwirtschaftsministerium. Als sie jedoch die Akkreditierung des Journalisten sah, weigerte sie sich, ihren Namen zu nennen. Sie verwies darauf, dass sie nicht bevollmächtigt sei, mit einem Pressevertreter zu sprechen, und jegliche Informationen, auch ihr Name, nur über den Pressedienst der Regionalregierung zu erfahren seien.

Darauffhin setzte sich der PAZ-Mitarbeiter mit Lidia Balaban vom Pressedienst der Königsberger Regionalregierung in Verbindung. Sie gab bereitwillig einige Informationen über den Stand

und erklärte, dass die Dame am Stand eine einfache Mitarbeiterin des Landwirtschaftsministeriums und deshalb nicht befugt sei, mit Besuchern der Ausstellung zu reden. Zunächst hatte unser PAZ-Mitarbeiter den Eindruck, dass sie nur die Ausstellung bewachte, aber das tat sie offenbar nicht, denn sie verschwand einfach aus seinem Blickfeld und ließ ihn allein am Stand stehen. Irgendwelche wichtigen Verhandlungen haben an diesem Tag am Stand der Königsberger Region nicht stattgefunden, was nicht verwundert, da es ein Sonntag war.

Es ist schwer zu sagen, wodurch solch eine inadäquate Re-

aktion einer „geheimen“ Beamtin des regionalen Landwirtschaftsministeriums hervorgerufen wurde, doch kann ein weiterer kurioser Vorfall, der sich zu Beginn der Ausstellung zugetragen hat, möglicherweise Aufschluss geben.

Einer der Hersteller hatte für den Königsberger Stand eine Torte vorbereitet, auf der das Königsberger Schloss der Vorkriegszeit mit Turm dargestellt und das Konditorenkunstwerk mit der Aufschrift „Königsberg“ darunter versehen war. Am Eröffnungstag der Ausstellung, an dem Vertreter des russischen Landwirtschaftsministeriums teilnahmen, wurde die Aufschrift auf der Torte mit weißer Creme übertüncht, aber darunter schien dennoch der Schriftzug durch. In diesem seltsamen Zustand wurde die Torte den offiziellen Gästen der Ausstellung, neben Gouverneur Anton Alichanow dem russischen Landwirtschaftsminister Dmitrij Patruschew, vorgestellt. Kurze Zeit später verschwand die Torte ganz aus der Vitrine des Königsberger Stands.

Sehr wahrscheinlich hatte einer der regionalen Beamten die Aufschrift gesehen und aus Furcht, den Zorn der Regierung auf sich zu ziehen, in vorauseilemendem Gehorsam darum gebeten, den Schriftzug zu entfernen.

Das erinnert an die Praxis der Sowjetzeit, als Bilder von Königsberg und Hinweise auf die Vorkriegsgeschichte sorgfältig von der Zensur verfolgt und beschlagnahmt wurden. Anscheinend entschied einer der Regionalbeamten, zu dieser Praxis zurückzukehren. *J.Tschernyschew*

Landesweite Spendenaktion wieder erfolgreich

In Allenstein sammelten Freiwillige Geld für Krankenhäuser – 27. Finale des Großen Orchesters der Weihnachtshilfe im Januar

Ohne die berühmte Spendenaktion, die einmal im Jahr um die Weihnachtszeit durchgeführt wird, würden viele polnische Krankenhäuser nicht über neueste medizinische Geräte verfügen. Es handelt sich um die Spendenaktion des Großen Orchesters der Weihnachtshilfe, einer großen nichtstaatlichen Wohltätigkeitsorganisation, die 1993 von Jerzy Owsiak als Stiftung gegründet wurde.

Jedes Jahr am zweiten Januarsonntag veranstaltet das Orchester sein Finale. In fast allen polnischen Städten und auch zunehmend im Ausland werden an diesem Tag zahlreiche Veranstaltungen auf die Beine gestellt, bei denen Tausende von Freiwilligen Spenden sammeln, die später für ein wohltätiges Ziel ausgegeben werden. Auch in Allenstein fanden am 13. Januar verschiedene Spendensammelaktionen statt. In der Altstadt auf dem Platz vor dem alten Rathaus konnte man beispielsweise die Gelegenheit nutzen, sich mit einem Oldtimer-auto oder -motorrad fahren zu lassen. Am Hohen Tor versam-

melten sich die Halter von Golden Retrievern. Die Hunde, die für ihr friedfertiges und freundliches Wesen bekannt sind und sich gerne streicheln lassen, lockten viele Kinder an. Am Okullsee und am Skandasee konnte man den Winterbadern zusehen, die sich zunächst durch körperliche Übungen aufwärmten und danach ins kalte Wasser eintauchten. Dabei zeigten auch die professionellen Notfallsanitäter, wie in Alltagssituationen Erste Hilfe zu leisten ist. Ansonsten erschienen am Strand Taucher, die sich in speziellen Anzügen dafür bereit machten, unter dem Eis zu tauchen. Danach erzählten sie bereitwillig über die faszinierende Unterwasserwelt und ihre Erfahrungen sowie Abenteuer.

Zur Veranstaltung am Seeufer wurde auch ein besonderer Gast eingeladen – Mamed Chalidow. Der populäre MMA-Kämpfer (Mixed Martial Arts, etwa gemischte Kampfkünste), der in Allenstein wohnt, brachte unterschiedliche persönliche Andenken mit, die mit seiner Karriere verbunden sind und ließ sie versteigern.



Alenstein: Freiwillige Sammler mit Golden Retriever

Bild: D.K.

Da in Polen an Sonntagen ein Handelsverbot gilt, wurden in den großen Einkaufszentren „Galeria Warminska“ und „Aura“ viele spannende Ereignisse bereits am Vortag organisiert. Auf den Bühnen zeigten verschiedene Musik-

gruppen, Tänzer und Musiker ihr Können. Zu treffen waren außerdem die verkleideten Schauspieler des Allensteiner Puppentheaters, mit denen man sich fotografieren lassen konnte. Im Nikolaus-Kopernikus-Krankenhaus stan-

den die Fachärzte mit fachkundiger Beratung bereit. Um einen gesunden Lebensstil zu fördern, veranstaltete man sogar einen Vier-Kilometer-Lauf unter dem Motto „Kampf gegen Diabetes“, an dem 300 Personen teilnahmen.

Darüber hinaus gab es in unterschiedlichen Schulen, Sporteinrichtungen oder an der frischen Luft zahlreiche Werkstätten, Wettbewerbe oder Turniere, an denen sich Hunderte Menschen beteiligten. In der ganzen Stadt sammelten beinahe 450 Freiwillige Spenden. Die Allensteiner zeigten ihre Großzügigkeit und offenen Herzen, indem sie ihr Geld bereitwillig in die Spendendosen hineinwarfen.

Obwohl viele der Online-Versteigerungen noch nicht zum Abschluss gekommen sind, ist davon auszugehen, dass die Rekorde vom letzten Jahr übertroffen wurden, denn die bis dahin eingesamelte und gezählte Summe betrug rund 125 000 Euro. Kein Wunder, dass die Stadtbewohner so gerne

bei den Wohltätigkeitsaktionen in ihre Taschen griffen, denn beim diesjährigen großen Finale sammelte das Orchester der Weihnachtshilfe Spenden für die Ausstattung der Kinderkrankenhäuser mit modernen und zugleich teuren Magnet-resonanzgeräten, mit denen den jüngsten sowie schwer erkrankten Patienten die beste Diagnostik zugute kommt. Leider überschattete ein be-

Bürgermeistermord überschattete das Fest

stürzender Vorfall die Freude über die erfolgreichen Spendensammlungen in ganz Polen. Während des Benefizkonzerts in Danzig wurde auf der Bühne der Danziger Stadtpräsident Pawel Adamowicz von einem Attentäter mit einem Messer brutal angegriffen und lebensgefährlich verletzt. Diese Nachricht erreichte rasch alle Feiern in anderen Städten der Republik Polen und versetzte sie in tiefe Trauer. Adamowicz erlag nach einer mehrstündigen Operation seinen Verletzungen im Krankenhaus (siehe auch PAZ Nr. 4). *Dawid Kazanski*



ZUM 103. GEBURTSTAG

Siebeck, Ella, geb. **Will**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 2. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Dahms, Ursula, geb. **Drosdatis**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 1. Februar
Loch, Heinz-Wilhelm, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 4. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Heike, Ursula, geb. **Kuhr**, aus Mägdeberg, Kreis Elchniederung, am 1. Februar
Kowalewski, Emma, geb. **Piotrowski**, aus Rothof, Kreis Lyck, am 2. Februar
Kühling-Schediwy, Ilse, geb. **Blumstein**, aus Neidenburg, am 7. Februar
Lange, Willy, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 3. Februar
Rehfeld, Ella, geb. **Gawehn**, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 1. Februar
Ziegler, Ella, geb. **Saborowski**, aus Petzkau, Kreis Lyck, am 3. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Dahmen, Erika, geb. **Borchert**, aus Frisching, Kreis Preußisch Eylau, am 6. Februar
Legler, Ingeborg, aus Düsseldorf, KG LM Düsseldorf, am 2. Februar
Rose, Elsa, geb. **Bröker**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Grieschat, Valentina, geb. **Grabowski**, aus Neidenburg, am 2. Februar

Kummetz, Bruno, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, am 6. Februar
Piepke, Else, geb. **Goetzie**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 2. Februar
Warnecke, Elfriede, geb. **Matheszick**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 2. Februar
Willutski, Dr. Hans, aus Plötzen-dorf, Kreis Lyck, am 7. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bednarz, Anita, geb. **Jebramzik**, aus Glinken, Kreis Lyck, am 2. Februar
Buchau, Benno, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 6. Februar
Buczko, Herbert, aus Lyck, Mor-genstrasse 11, am 7. Februar
Krüger, Heinz, aus Parnehnén, Kreis Wehlau, am 7. Februar
Moll, Hedwig, geb. **Todzi**, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar
Piekatz, Margarete, geb. **Kerstan**, aus Lelesken, Kreis Ortelsburg, am 28. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bloße, Dorothee, aus Schne-ckenmoor, Kreis Elchniede-rung, am 2. Februar
Both, Waltraut, geb. **May**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 2. Februar
Karpa, Gertrud, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortels-burg, am 7. Februar
Masur, Edith, geb. **Knorr**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 7. Februar
Zindler, Margot, geb. **Grommek**, aus Mohrungen und Himmel-forth, am 29. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bitsching, Hilde, geb. **Lasar-zewski**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 3. Februar

Elfert, Christel, geb. **Reinies**, aus Birkenheim, Kreis Elchniede-rung, am 6. Februar
Iwanzik, Edith, geb. **Koyro**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 7. Februar
Klein, Rudolf, aus Lyck, am 7. Februar
Lehmkuhl, Lydia, geb. **Rausch**, aus Gaistauden, Kreis Tilsit-Ragnit, am 4. Februar
Osenger, Margot, geb. **Büttgenbach**, aus Millau, Kreis Lyck, am 7. Februar
Pooppel, Otto, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Strasse 153, am 3. Februar
Werner, Otto, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 6. Februar
Wieland, Edeltraut, geb. **Kinde**, aus Neidenburg, am 7. Februar
Zimmermann, Irmgard, geb. **Soldat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 2. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bielenberg, Margarete, geb. **Baumgart**, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 5. Februar
Christochowitz, Hedwig, geb. **Schrage**, aus Kölmers-dorf, Kreis Lyck, am 1. Februar
Däblitz, Heinz, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 6. Februar
Dwojakowski, Ernst, aus Deut-scheck, Kreis Treuburg, am 2. Februar
Hieronymus, Margarete, geb. **Kaminski**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 4. Februar
Kuhr, Gerda, aus Zinten, Kreis Heiligenbeil, am 5. Februar
Lehsmeier, Erika, geb. **Stiller**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 3. Februar
Puck, Alfred, aus Lyck, Falk-straße 21, am 5. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Baldzuhn, Edeltraut, aus Stos-nau, Kreis Treuburg, am 6. Februar
Broge, Günter, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 5. Februar
Cleve, Hildegard, geb. **Bojarra**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Februar
Flügel, Gerda, geb. **Scheufele**, aus Groß Sakrau, Kreis Nei-denburg, am 3. Februar
Fornasson, Günther, aus Giesen, Kreis Lyck, am 1. Februar
Güldenstern, Adalbert, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 7. Februar
Kopka, Erich, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, am 3. Februar
Neiß, Werner, aus Wehlau und aus Berkeln, Kreis Elchniede-rung, am 7. Februar
Schaar, Ursula, geb. **Hinz**, aus Lindendorf, Kreis Elchniede-rung, am 2. Februar
Schäfer, Ilse, geb. **Petz**, aus Vor-bergen, Kreis Treuburg, am 1. Februar
Schlaugat, Reinhold, aus Bart-ken, Kreis Treuburg, am 4. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bollmann, Helga, geb. **Bartz**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 11, am 3. Februar
Edinger, Irmgard, geb. **Rem-britzki**, aus Gusken, Kreis Lyck, am 4. Februar
Gosdek, Lydia, geb. **Dorsch**, aus Friedrichshof, Kreis Ortels-burg, am 5. Februar
Hanneken, Willi, aus Eiserwa-gen, Kreis Wehlau, am 7. Februar
Husemann, Irmgard, geb. **Klein**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 4. Februar
Ilgen-Sentek, Irmgard, geb. **Sen-tek**, aus Bergenau, Kreis Treu-burg, am 5. Februar

Kowalewski, Werner, aus Lyck, Morgenstraße 16, am 2. Februar
Marzischewski, Horst, aus Wal-den, Kreis Lyck, am 4. Februar
Mielke, Gerda, geb. **Grünke**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 2. Februar
Müller, Kurt, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 1. Februar
Scheuer, Edith, geb. **Friese**, aus Lyck, Blücherstrasse 11, am 5. Februar
Stankewitz, Willy, aus Millau, Kreis Lyck, am 4. Februar
Willwoll, Ruth, geb. **Bleyer**, aus Ebenrode, am 5. Februar
Woehler, Gerda, geb. **Adamzik**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 4. Februar
Woit, Siegfried, aus Reimanns-walde, Kreis Treuburg, am 6. Februar
Zandereit, Hanna, geb. **Komo-rowski**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 4. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Düttmann, Hannelore, geb. **Ku-dritzki**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 6. Februar
Fleischer, Brigitte, aus Witulski, Kreis Neidenburg, am 4. Fe-bruar
Jucknat, Helmut, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 6. Februar
Laskowski, Eva, geb. **Podufal**, aus Schwiddern, Kreis Treu-burg und aus Kelchendorf, Kreis Lyck, am 7. Februar
Linke, Hildegard, geb. **Döring**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 2. Februar
Marks, Günther, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 6. Februar
Meding, Helga, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 4. Februar
Neumann, Irene, geb. **Luttkus**, aus Klein Marienwalde, Kreis Elchniederung, am 7. Februar
Ohlmeier, Elisabeth, geb. **Krap-pa**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 7. Februar
Redel, Edith, geb. **Danisch**, aus Seefrieden, Kreis Lyck, am 4. Februar
Scheffler, Heinrich, aus Gold-bach, Kreis Wehlau, am 3. Fe-bruar
Schröder, Helmut, aus Drei-mühlen, Kreis Lyck, am 5. Fe-bruar
Schulz, Edeltraud, geb. **König**, aus Kielen, Kreis Lyck, am 7. Februar
Symanzik, Baldur, aus Urban-ken, Kreis Treuburg, am 2. Fe-bruar
Weber, Irmgard, geb. **Pagalies**, aus Trammen, Kreis Elchnie-derung, am 4. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Adelheidt, Rosemarie, geb. **Meier**, aus Ebenrode, am 7. Fe-bruar
Bendzko, Klaus, aus Lyck, am 5. Februar

Anzeige

Sonderzugreisen nach Masuren - Königsberg - Danzig
Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

Benz, Erika, geb. **Schnibbe**, aus Wehlau, am 5. Februar
Boy, Fritz, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 6. Februar
Broszies, Bernd, aus Allen-burg, Kreis Wehlau, am 6. Fe-bruar
Filon, Baldur, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 6. Februar
Heckmann-Drosdatis, Hanne-lore, geb. **Drosdatis**, aus Kalk-hof, Kreis Treuburg, am 7. Fe-bruar
Karweina, Erich, aus Neu Schie-manen, Kreis Ortelsburg, am 1. Februar
Krust, Gerda, geb. **Diesing**, aus Drusken, Kreis Ebenrode, am 2. Februar
Schenk, Gertrud, geb. **Zipper**, aus Wehlau, am 6. Februar
Schmid, Anne-Sophie, geb. **Wa-lendy**, aus Treuburg, am 6. Fe-bruar
Schröder, Renate, geb. **Przy-kopp**, aus Treuburg, am 2. Fe-bruar
Skorloff, Lothar, aus Ginkelsmit-tel, Kreis Elchniederung, am 4. Februar
Storim, Fritz, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 1. Februar
Tannenberger, Irmtraut, geb. **Kraska**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 4. Februar
Zimmermann, Erika, geb. **Pa-welzik**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 6. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Balschun, Hannelore, geb. **Meier**, aus Hoya, Kreis Weh-lau, am 3. Februar
Bechert, Hannelore, geb. **Kar-goll**, aus Treuburg, am 1. Fe-bruar
Biernath, Gisela, geb. **Grabosch**, aus Melucken, Kreis Ortels-burg, am 6. Februar
Gerullis, Reinhard, aus Altwei-de, Kreis Heidekrug, am 4. Fe-bruar
Höcke, Christine, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 4. Februar
Horn, Armin, aus Heinrichswal-de, Kreis Elchniederung, am 6. Februar
Koseck, Sabine, geb. **Zimmer-mann**, aus Schanzenkrug, Kreis Elchniederung, am 7. Fe-bruar
Labuhn, Ingrid, geb. **Nagel**, aus Angerburg, Kreis Wehlau und Springb., Kreis Ortelsburg, am 3. Februar
Nürge, Rüdiger, aus Ortelsburg, am 6. Februar
Ogureck, Wolfgang, aus Wehlau, am 6. Februar
Schulze, Ulrich, aus Paters-walde, Kreis Wehlau, am 5. Fe-bruar

Trakehner in Westfalen

Trakehner Hengst-Wochenende am 9. und 10. Februar in Münster-Handorf

Im Februar veranstaltet der Trakehner Verband sein Hengst-Wochenende mit Körung und Hengstschau im Westfälischen Pferdezentrum, Sudmühlenstraße 33-35, 48157 Münster-Handorf.

Den Besucher erwartet eine abwechslungsreiche Vorstellung von Hengsten, die zur Körung und zur Anerkennung stehen. Eröffnet wird die Veranstaltung am Sonnabend ab 15 Uhr mit

der Pflastermusterung der Hengste, um 18.30 Uhr beginnt der offizielle Züchterabend mit einem Fachvortrag in gemütlichem Beisammensein.

Die Fortführung der Körung am Sonntag beginnt um 8.30 Uhr mit der Dreiecksmusterung mit Schrittring. Die 21. Trakehner Hengstschau beginnt gegen 11 Uhr.

Informationen und Kartenbestellungen über Gabriele Pothen, Telefon (0152) 55357558 oder E-Mail: pothen@reitenlange-hohe-mark.de

Zusendungen für Ausgabe 7

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der PAZ-Ausgabe 7/2019 (Erstverkaufstag: 15. Februar) bis spätestens Mittwoch, 6. Februar an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

TERMINE DER LO

- 2019
- 16. bis 17. März: Arbeitstagung (AT) der Kreisvertreter in Helmstedt
 - 13. bis 14. April: AT Deutsche Vereine in Sensburg
 - 12. bis 14. April: Kulturseminar in Helmstedt
 - 11. Mai: Jahrestreffen der LO in Wolfsburg
 - 15. Juni: Sommerfest des VdGEM in Heilsberg
 - 21. bis 23. Juni: 7. Sommerolympiade in Osterode (Ostpreußen)
 - 20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
 - 7. bis 13. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
 - 19. bis 20. Oktober: 12. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
 - 1. November: AT der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
 - 2. bis 3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
 - 9. bis 12. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html



AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreiskommunität Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Heimatpolitische Tagung

Wir erleben gerade eine spannende politische Zeit und wollen zu unserer zur Tradition gewordenen heimatpolitischen Tagung einladen. Der große Erfolg unserer Tagungen in den vergangenen Jahren und das rege Interesse der Teilnehmer haben dafür die Maßstäbe gesetzt. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) als Patenschaftsträger und die Kreiskommunität Angerburg laden alle an der Geschichte und Kultur Ostpreußens Interessierte zu dieser Tagung sehr herzlich ein. Die Tagung findet am Wochenende

16. und 17. Februar in 27356 Rotenburg (Wümme), Gerberstraße 16 (Theodor-Heuss-Schule) statt. Es konnten wieder kompetente Referenten gewonnen werden.

Für Besucher der Tagung ist die Mensa der Theodor-Heuss-Schule bereits ab 14 Uhr geöffnet und es wird Kaffee, Tee und Kuchen angeboten. Nach der Begrüßung der Tagungsteilnehmer um

15 Uhr wird Christopher Spatz, Bremen, die Tagung mit seinem Vortrag „Wolfskinder“ einleiten. Nach einer kurzen Pause wird Direktor Wolfgang Freyberg, Ellingen, das Thema „Neue Nachbarn – Deutsche und Polen in Ermland und Masuren nach 1945“ behandeln. Im Anschluss an die Vorträge besteht jeweils Gelegenheit für Fragen an die Referenten und für eigene Einschätzungen. Mit einem gemeinsamen Abendessen (Elchbraten) gegen 19 Uhr und anregenden Gesprächen mit interessanten Gästen lassen wir den Tag ausklingen. Am folgenden Tag, Sonntag, 17. Februar,

10 Uhr, wird die Tagung in der Theodor-Heuss-Schule fortgesetzt. Wolfgang Brandes, Fallingb., wird uns die wahre Geschichte des Hauptmanns von Köpenick schildern. Gegen 12 Uhr wird die Tagung mit dem Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder“ beendet sein.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um verbindliche Anmeldung, auch für das Elchbratenessen zum Preis von 27 Euro pro Person einschließlich Dessert und Mitteilung von Übernachtungswünschen bis zum 9. Februar (Posteingang) an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22355 Hamburg. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben. Eine schriftliche Anmeldebestätigung wird nicht erteilt. Kurt-Werner Sadowski

Nachruf

Tief erschüttert erhielten wir die traurige Nachricht, dass unser Vorstandsmitglied Oberstudienrätin a.D. Gudrun Lutze, am 16. Januar im Alter von 78 Jahren plötzlich verstorben ist. In Königsberg am 24. Juni 1940 geboren, hatte sie auch in Engelsteinshöh im Kreis Angerburg familiäre Wurzeln. Nach ihrer Pensionierung engagierte sich Gudrun Lutze über viele Jahre in zahlreichen ostpreußischen Organisationen, so auch im Vorstand der Kreiskommunität Angerburg als Schrift-

führerin. Als Geschichtslehrerin interessierte sie sich besonders für die Geschichte unserer ostpreußischen Heimat, die sie auf vielen Reisen mit Angerburgern und Rotenburgern (Wümme) immer wieder besucht hat. Die einmalige Landschaft, aber auch die Not der Menschen in Ostpreußen waren für Gudrun Lutze Anlass, sich zu engagieren. Sie war eine liebenswerte, heimatreue und aktive Ostpreußin und Angerburgerin, die immer bereit war mitzuarbeiten. An unseren Vorstandssitzungen und Kreistagssitzungen hat sie mit wacher Aufmerksamkeit teilgenommen und gute Vorschläge eingebracht. Die Ostpreußen und insbesondere wir Angerburger werden Gudrun Lutze sehr vermissen. Sie war auch eine gute Sängerin, deren Stimme nun für immer verstummt ist und hinterlässt eine große Lücke, die wir nur schwer werden schließen können. Vorstand und Mitgliederschaft der Kreiskommunität Angerburg e.V. in Rotenburg (Wümme) werden Gudrun Lutze ein ehrendes Andenken bewahren.

Kurt-Werner Sadowski, Kreisvertreter

HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224, E-Mail: schmidt.ploessen@gmx.de, Erster Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreiskommunität-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertreter: Kreisvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreiskommunität-heiligenbeil.de. E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreiskommunität-heiligenbeil.de

90 Jahre Hella Zugehör



Am 24. Januar feierte eine echte, im Herzen jung gebliebene ostpreußische Marjell, ihren 90. Geburtstag: unsere Hella Zugehör, geb. Nitschmann, aus Zinten.

Dort wuchs sie in der Augustastrasse 8 auf und verlebte glückliche Kinder- und Jugendjahre mit ihren Eltern und den beiden älteren Geschwistern Ruth und Georg.

Viele Jahre war es auf unseren Kreistreffen in Burgdorf immer ein ganz besonderer Höhepunkt, wenn Hella während der Feierstunde ein ostpreußisches Gedicht oder eine Geschichte vorgelesen hat.

Oft selbstgeschrieben, manchmal auch von Agnes Miegel oder Ruth Geede, sehr zu Herzen gehend und immer mit ganz beson-

derer Liebe zur ostpreußischen Heimat.

In ehrendem Gedenken stand sie in vielen Jahren mit am Heiligenbeiler Gedenkstein in Burgdorf und trug auch dort ein Gedicht vor.

Sie tat sehr viel für den Erhalt, insbesondere der Zintener Gemeinschaft, und traf sich während der Kreistreffen in Burgdorf stets mit einer ganzen Reihe von Kameradinnen und Kameraden aus der Zintener Schule.

Bereits im Jahr 1986 wurde sie beim Kreistreffen mit der „Silbernen Ehrennadel“ der Kreiskommunität geehrt, 2003 erhielt sie die „Goldene Ehrennadel“ neben Urkunde“, beide Auszeichnungen sind hoch verdient.

Gemeinsam mit ihrem Ehemann Rudolf beteiligte sie sich an zahlreichen Heimatreisen in den Kreis Heiligenbeil und in die schlesische Heimat ihres Ehemannes. Das Ehepaar nahm an allen Bundestreffen sowohl der Ostpreußen als auch der Schlesier teil.

Nach dem plötzlichen Tod von Rudi Zugehör im Jahr 2010 konnte Hella dann leider nicht mehr an den jährlichen Treffen teilnehmen.

Nach wie vor ist sie aber der Kreiskommunität eng verbunden.

In unserem Heimatblatt erscheinen immer wieder Gedichte und Geschichten von ihr.

Auch in ihrem jetzigen Heimatort Uttenreuth, wo sie im Kreis ihrer Familie lebt, engagiert sie sich sehr erfolgreich für die ostpreußische Heimat.

Der Vorstand der Kreiskommunität Heiligenbeil gratuliert von ganzem Herzen und wünscht alles Gute.

Viola Reyentanz,

LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvert. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

Kreistagssitzung

Hagen – Sonnabend, 2. Februar, 14 Uhr, bis Sonntag, 3. Februar, Hotel Kehrenkamp, Delsterner Straße 172, 58091 Hagen: Kreistagssitzung.

Mittlere Generation

Göttingen – Freitag, 22., bis Sonntag, 24. März, Hotel Rennschuh, Kasseler Landstraße 93, 37081 Göttingen, www.rennschuh.de: Frühjahrstagung der Mittleren Generation.

Programm
Freitag, 22. März, bis 18 Uhr Anreise, 18.30 Uhr: Gemeinsames Abendessen, 20 Uhr: Bildpräsentation.

Sonnabend, 23. März, 9 Uhr: Begrüßung, Geschichten aus Ostpreußen, 10.30 Uhr: Kaffeepause, 11 Uhr: Bericht über Aktivitäten der KG von Bärbel Wiesen-see, 12 Uhr: Mittagessen, 13.45 Uhr: Abmarsch zum Bus Linie 31, 15 Uhr: Geowissenschaftliches Zentrum der Universität Göttingen, Vortrag und Führung durch die Bernsteinsammlung, 18.30 Uhr: Rückfahrt zum Hotel, 19 Uhr: Abendessen, anschließend gemütliches Beisammensein.

Sonntag, 24. März, 9 Uhr: Bericht Glückwunschkartei von Dieter Czudnochowski, 10.15 Uhr: Kaffeepause, 10.30 Uhr: Besprechung Herbstfahrt, 12 Uhr: Mittagssnack, danach Heimreise.

Programmänderungen vorbehalten.

Eine Unkostenpauschale von 20 Euro beispielsweise für den

Eintritt, Führung sammle ich vor Ort ein. Die Fahrkosten werden von der Kreiskommunität bezahlt. Die Übernachtung und Verpflegung muss jeder selbst bezahlen. 74 Euro pro Nacht im Doppelzimmer mit Frühstück, 54 Euro pro Nacht im Einzelzimmer Komfort mit Frühstück, 47 Euro pro Nacht im Einzelzimmer Standard mit Frühstück.

Es stehen nur wenige Standard-Einzelzimmer zur Verfügung, das Datum der Anmeldung entscheidet.

Die Vollverpflegung während des Wochenendes beträgt 90 Euro, darin enthalten sind: Abendessen am Freitag und zwei Getränke Sonnabend: Mittagssnack und ein Getränk, Kaffeepause am Nachmittag, Abendessen und zwei Getränke, Wasser und Apfelsaft unlimitiert, Sonntag: Mittagssnack und ein Getränk, Wasser und Apfelsaft unlimitiert. Wir treffen uns um 18 Uhr zur Begrüßung im Nebengebäude im 1. Stock, anschließend gemeinsames Abendessen. Bitte meldet Euch bis Ende Februar. Ich freue mich auf eine schöne Zeit mit Euch in Göttingen.

Anmeldung bei Heidi Mader, Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen, E-Mail: heidi-mader@gmx.de, Telefon (0421) 67329026.



MOHRUNEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin: Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Erinnerungen gesucht

Wir wollen die großartige Arbeit unseres Heimatkreises aus den zurückliegenden Jahren in einer Bild- und Text-Dokumentation zusammenfassen, um unsere interessierten Nachkommen zu erinnern und zu informieren, wie wir unsere geliebte, leider verlorene Heimat, nicht vergessen, sondern aus der Ferne in lebendiger Erinnerung behalten haben. Dazu haben wir den Einsendeschluss verlängert, damit Sie uns Ihre Bilder, Texte und Graphiken mit Bezug auf Orte, Landschaften, Familien, aus den Kreis Mohrunen, die Sie gerettet, in den zurückliegenden Jahren erstellt oder gesammelt haben, mit der Erlaubnis, sie in die projektierte Dokumentation aufzunehmen und veröffentlichen zu dürfen, uns zuschicken.

Wir beabsichtigen, das Ergebnis unserer gemeinsamen Bemühungen (Nachlass), allen interessierten Mitgliedern der Kreiskommunität zum Versand- und Selbstkostenpreis zukommen zu lassen.

Es sind also alle Mitglieder, PAZ-Leser und Sympathisanten des Kreises Mohrunen angesprochen. Bitte senden Sie bis zum 1. März alle Bild- und Text-Materialien in Form von Originalen oder Kopien an: Kreiskommunität Mohrunen, Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln.

Im Voraus herzlichen Dank

Kulturzentrum Ostpreußen
im Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de

NEIDENBURG

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de. Stellvertreter: Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal - Börry, Telefon (0171) 7086334.

Plätze frei

Die einwöchige Flugreise nach Neidenburg zum 25-jährigen Jubiläum des „Vereines der Deutschen Minderheit“ findet von Dortmund nach Ortelsburg- Schiemanen statt. Der Termin für den Hinflug ist am 24. Juni von Dortmund, der Termin für den Rückflug am 1. Juli von Schiemanen.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch, 6. Februar 2019, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Kleiner Saal, Stuttgart: Heimatnachmittag der Kreis- und Frauengruppe mit Liedern, Gedichten und Lesungen. Gäste sind herzlich willkommen.
Ludwigsburg – Dienstag, 12. Februar, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Jahreshauptversammlung mit Königsberger-Klopse-Essen. Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Totenehrung, 3. Rechenschaftsbericht des 1. Vorsitzenden, 4. Kassenbericht des Kassenwarts, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Entlastung des Vorstandes, 7. Anträge, 8. Wahlen aller Ämter, 9. Verschiedenes.

BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – 10. bis 12. Mai: Landeskulturfahrt zum Ostpreußen-treffen in Wolfsburg, außerdem: Besuch des Ostpreußischen Landesmuseums Lüneburg, Sonder-

Unterkunft ist das direkt am Omulefsee gelegene Hotel GAWRA in Wickenau.

Die Jubiläumsfeier wird am 29. Juni stattfinden.

Durch Ausfall von einigen Angemeldeten, sind noch fünf Plätze frei. Bei Interesse bitten wir um eine schnelle Anmeldung, damit wir weiter planen können.

Bruderhilfe

Für die Bruderhilfe, die im Sommer an hilfsbedürftige Mitglieder der Deutschen Minderheit in Neidenburg ausgezahlt wird, werden noch Spenden entgegen- genommen.

Dieses gilt auch für die Unterstützung der evangelischen Kirchengemeinde, die zum Großteil aus der Deutschen Minderheit besteht.

Parrer Roland Zagora freut sich über jede Spende.

programm. Anmeldungen bei Heide Bauer unter Telefon (0981) 85425.

Hof – am Sonnabend, 9. Februar, 13 Uhr(!), Altdeutschen Bierstube: Grützwurstessen. Gäste sind herzlich willkommen.

Weiden – Sonntag, 3. Februar, 14.30 Uhr, Café Mitte, Am Stockerhutpark 1, 92637 Weiden in der Oberpfalz: Treffen.

BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blm.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN

Angerburg, Goldap – Donnerstag, 14. Februar, 14 Uhr, Restaurant „Oase Amera“, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Treffen. Anfragen an Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 16

PARTNER-REISEN
Grund-Touristik GmbH & Co. KG

Flugreisen nach Königsberg ab vielen deutschen Flughäfen mit Umstieg in Warschau oder Minsk, Fährverbindungen Kiel – Klaipeda
Zusammenstellung individueller Flug-, oder Schiffsreisen nach Ostpreußen für Einzelpersonen und Kleingruppen nach Ihren Wünschen!
Gruppenreisen nach Osten 2019
• 17.05.-24.05.: Flugreise nach Ostpreußen mit Dieter Wenskat
• 22.05.-29.09.: Busreise nach Gumbinnen zum Stadtgründungsfest: Die Besondere Reise - Gumbinner zeigen Gumbinnen mit Gerhard Thies
• 24.05.-02.06.: Gedenkfahrt „Stationen von Flucht und Vertreibung“ mit Peter Westphal
• 27.06.-06.07.: Bus- und Schiffsreise nach Tilsit-Ragnit und Nidden mit Eva Lüders
• 27.06.-06.07.: Bus- und Schiffsreise Gumbinnen und Nidden
• 28.06.-07.07.: Landschafts- und Naturexkursion nach Ostpreußen mit Hubert Geiger und Peter Westphal
• 16.07.-24.07.: Busreise zum Stadtfest nach Heiligenbeil mit Dietrich Mattern
• 31.07.-09.08.: Sommerreise Gumbinnen und Kurische Nehrung
• 31.07.-09.08.: Busreise Elchniederung und Kurische Nehrung – Stadtfest in Heinrichswalde mit Peter Westphal
• 14.08.-25.08.: Flugreise Ostpreußen mit Dieter Wenskat
• 16.08.-25.08.: Bus- und Schiffsreise Tilsit und Nidden mit Manfred Urbschat
Gruppenreisen 2019 - jetzt planen
Sie möchten mit Ihrer Kreiskommunität, Ihrem Kirchspiel, Ihrer Schulklasse oder dem Freundeskreis reisen? Gerne unterbreiten wir Ihnen ein maßgeschneidertes Angebot nach Ihren Wünschen. Preiswert und kompetent. Wir freuen uns auf Ihre Anfrage.
– Fordern Sie bitte unseren ausführlichen kostenlosen Prospekt an. –
Everner Str. 41, 31275 Lehrte, Tel. 05132/588940, Fax 05132/825585, E-Mail: Info@Partner-Reisen.com

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

menhaller Weg 152, 49078 Os-
nabrück: Kegeln.

Rinteln – Donnerstag, 14. Fe-
bruar, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel,
Klosterstraße 42, 31737 Rinteln
(Navi: Bäckerstraße 1 oder Kreuz-
straße): Ralf-Peter Wunderlich
wird einen Vortrag „Friedrich der
Große - Kurzporträt und ge-
schichtliche Einordnung“ halten.
Neben Mitgliedern und Freunden
sind ebenfalls Angehörige und
interessierte Gäste aus nah und
fern herzlich willkommen. Für die
Planung wird nach Möglichkeit
um Anmeldung unter Telefon (0
57 51) 53 86 oder über rebu-
schat@web.de gebeten.

**NORDRHEIN-
WESTFALEN**

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer,
Geschäftsstelle: Buchenring 21,
59929 Brilon, Tel. (02964) 1037,
Fax (02964) 945459, E-Mail: Ge-
schaeft@Ostpreussen-NRW.de,
Internet: www.Ostpreussen-
NRW.de

Bonn – Dienstag, 5. Februar,
18 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-
Brändström-Straße 74, Bonn-Beu-
el: Reisebericht Ostpreußen 2018
und die Zips, Referent ist Walde-
mar Moscicki.

Düren – Mittwoch, 6. Februar,
18 Uhr, Haus des deutschen
Osten, Holzstraße 7a, 52349 Dü-
ren: lustiger Abend zum Karneval.
Anfragen an Gerda Wornowski,
Telefon (02421) 72776, E-Mail:
gwornowski@gmail.com. Wer sich
heimatlich verbunden fühlt, ist
bei uns herzlich willkommen. Wir
freuen uns auf neue Mitglieder
und Gäst-e. Die Gruppe trifft sich
an jedem ersten Mittwoch im Mo-
nat.

Düsseldorf – Mittwoch, 6. Fe-
bruar, 15 Uhr, Raum 311 „Sieben-
bürgen“, GHH: Ostdeutsche Stik-
kerei mit Helga Lehmann und
Christel Knackstädt.

Köln – Mittwoch, 13. Februar,
14 Uhr, Café zum Königsforst,
Endhaltestelle der KVB-Linie 9
Königsforst. Schauen Sie doch
mal zu uns herein. Wir Ostpreu-
ßen treffen uns in diesem Lokal
seit über einem Jahr mit den Pom-
mern, zu denen wir ein gutes Ver-
hältnis aufgebaut haben und er-
lebten gemeinsam so manche
schöne Stunde mit Gesang und
Mundharmonika, Lesungen oder
Rezitationen von alten und neuen
Gedichten. Es wird auch viel aus
den Zeiten erzählt, in denen wir
noch Kinder waren und in der
Heimat lebten.

Viele von uns erzählen von Be-
suchsreisen, die sie zu den Stätten
ihrer Kindertage machen und
Kontakte mit den jetzigen Besit-
zern aufnehmen. Ein kostenloser
Besuch bei uns lohnt sich auf je-
den Fall – schon wegen des guten
Kuchens, den es hier gibt. Wir
warten auf Sie.

Günter Donder, Halfengasse 23,
50735 Köln

Wesel – Sonnabend, 9. Februar,
15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4:
Jahreshauptversammlung der
Landsmannschaft Ostpreußen-
Westpreußen Kreisgruppe Wesel,
um rege Beteiligung wird gebeten.

Wuppertal – Freitag, 10., bis
Sonntag, 12. Mai: Fahrt zum LO-
Jahrestreffen nach Wolfsburg und
weiter nach Lüneburg. Ein mög-
licher Reiseablauf für mindestens
30 Personen: Drei Tage mit zwei
Übernachtungen. Abfahrt Freitag
10. Mai morgens ab Wuppertal
über Bad Nenndorf, hier ist der
Besuch des Agnes Miegel Hauses
möglich, weiter nach Wolfsburg.
Sonnabend, 11. Mai, Fahrt zum
Ostpreußentreffen, Congress Park
Wolfsburg. Veranstaltungsdauer
10 bis 17 Uhr. Anschließend Bus-
fahrt durch die Lüneburger Heide
nach Lüneburg. Sonntag 12. Mai,
Besuch des Ostpreußenmuseums



Winterliches Alltagsgeschehen in Ostpreußen: mit dem Pferde-
schlitten unterwegs

Bild: privat

in Lüneburg, dann Stadtrundfahrt
oder Freizeit bis zur Heimreise
16 Uhr.

Weitere Informationen und An-
meldung bei Gerhard Scheer, Te-
lefon (0202) 500077, oder Helga
Piontek, Telefon (0202) 4698257.

**SCHLESWIG-
HOLSTEIN**

Vors.: Edmund Ferner, Julius-
Wichmann-Weg 19, 23769 Burg
auf Fehmarn, Telefon (04371)
8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Landesgruppe – Bericht zum
Preußentag. Der Vorsitzende Ed-
mund Ferner konnte im „Haus der
Heimat“ in Kiel am 20. Januar
64 Mitglieder aus 15 Ortsverbän-
den Schleswig – Holsteins sowie
Vertreter vom BdV, dem VdH Kiel
und der OMV begrüßen. Er wies
zunächst auf zwei Daten hin, die
für die deutsche Geschichte von
außerordentlicher Bedeutung
sind. Die LO Schleswig Holstein
nimmt dies zum Anlass, mög-
lichst an diesem Datum oder dem
darauffolgenden Sonntag zu ei-
nem Preußentag einzuladen.

1. Am 18. Januar 1701 wurde
der Kurfürst Friedrich der III,
Preußenherzog von Branden-
burg/Preußen mit Zustimmung
des deutschen Kaisers aufgrund
seiner Souveränität im Königsber-
ger Schloss zum König in Preu-
ßen gekrönt. Er nannte sich fortan
Friedrich der Erste, König von
Preußen. Eine neue Ära brach an,
und eine neue Staatsidee wurde
geboren.

2. Das zweite Datum, der 18. Ja-
nuar 1871, wurde von Bismarck
bewusst gewählt, um die Kontin-
uität von Preußen mit dem entste-
henden Reich zu dokumentieren.
Nach dem Sieg 1870/71 haben die
deutschen Fürsten bewusst die
Kaiserproklamation in den Spie-
gelsaal von Versailles gelegt, um
zu zeigen, dass Deutschland eine
Nation ist, wenn die einzelnen
deutschen Staaten in einem Reich
zusammengeschlossen sind.

Dann zitierte er eine Rede vom
ehem. Premierminister John Ho-
ward zum Jahrestag der Bali At-
tentate vom Februar 2008 in der
er wörtlich sagte „Einwanderer,
nicht Australier, müssen sich an-
passen.“ Dies war aber nicht The-
ma des Tages, sondern ein an-
schließend Vortrag von Stephan
Ehmke „100 Jahre Diktatfrieden
von Versailles“, an den sich eine
lebhaft Diskussion anschloss.

Bis zur Mittagspause wurden
von Jochen Garwehns schwung-
voll humoristische ostpreußische
Beiträge von Ingrid Koch, Alfred
Lau und anderen vorgetragen,
und es gab Zeit für zwischen-
menschliche Gespräche.

Christoph Hinkelmann referier-
te zum Thema „Winter in Ost-
preußen“ zu Fotoaufnahmen und
fotografierten Gemälden, die alle
die bezaubernden Landschaften
in den verschiedensten Perspekti-
ven und Motiven das verschneite
Ostpreußen widerspiegeln. Sei-
ne Kommentare zu den Bildern
bezogen sich nicht auf die foto-
grafische Qualität der Bilder, son-
dern verwiesen auf vergangene
Zeiten wie noch zum Beispiel mit

Pferd und Schlitten das Alltagsge-
schehen ablief, verträumte unbe-
rührte mäandernde Bachläufe zu
sehen waren oder Jagdgenossen
sich dick vermummt zur Jagd ver-
sammelten. Ein weiteres Thema
war das Eis: Schlittschuhlaufen,
Eisangeln, Eissegeln, Eisfischer
auf dem Lycker See, Flugzeuge
auf Kufen, aufgetürmte Eisschol-
len, Eisbrecher. Wieder andere
Bilder zeigten, wie der Mensch
den Winter überdauerte wie z.B.
die warme Stube, wo am Kamin
gesponnen, gebacken, gebastelt,
gestrickt wurde oder den Kirch-
gang mit Zylinder und Muff durch
das verschneite Dorf mit seiner
verschneiten Baumallee, Brücke
und den weißen Hauben auf den
Zaunpfählen. Ganz anders die Bil-
der aus der Stadt, wo der Neu-
jahrsumzug der Fleischer zum
Bäcker oder die Festbeleuchtung
der Stadt sowie die Adventsmüt-
terchen auf den Straßen mit ihren
Sammelbüchsen die Motive bil-
deten. Insgesamt ein abwechs-
lungsreicher Vortrag, der keiner
Nachdiskussion bedurfte.

Es war wieder ein Tag der Ge-
meinsamkeiten und des Miteinan-
der, der mit dem Singen des Ost-
preußenliedes seinen Abschluss
fand.

Hans-A. Eckloff

Bad Schwartau – Traditionell
im Januar lädt die LO Bad
Schwartau zum großen Fleck-Es-
sen ein. An die 50 Gäste waren
gekommen, um diese ostpreußi-
sche Spezialität, eine Suppe aus
Kalbs-innereien schön gewürzt
mit Majoran, Essig und Senf zu
genießen und dann mit einem
Pillkaller, einem klaren Schnaps
mit einer Leberwurstscheibe und
einem Klecks Senf darauf, der
Mahlzeit einen krönenden Ab-
schluss zugeben. In Bad Schwar-
tau übernimmt das Kochen –
ebenfalls schon fast traditionell –
Anne Muus-Seyfried vom Hors-
dorfer Service, der ein großes
Dankeschön gebührt. „Das
schmeckt einfach so“ die loben-
den Worte der Verkoster, sodass
so mancher sich noch etwas mit
nach Hause nahm. Und dann
wurde plachandert wie es früher
war. Da saßen im Winter die
„Fleckvewerche“ mit ihren gro-
ßen Koksöfen und ihren hohen
Töpfen mit dem heißen Fleck auf
dem Markt, und der Duft von Ma-
joran war unverkennbar. Oder
man saß bei klirrender Kälte aus
Nordost gemütlich in einem klei-
nen Flecklokal im Königsberger
Hafen, wo der Duft des Gerichts
bis auf die Straße wehte und ließ
sich ein Schälchen schmecken.
Und denn schön breit hingeses-
sen und „vor dem Schnäpschen e
Schnäpsche und nach dem
Schäpsche e Schnäpsche du ahnst
ja nich was rinjeht.“ Ja das war
früher.

Mit schwungvollen Klängen
von unserem Akkordeonspieler
Georg Jordan und so manchen
humorvollen Beitrag unseres Vor-
sitzenden Axel Simanowski wur-
de die Gesellschaft sogar zum
Schunkeln gebracht. Schön, dass
es so was noch gibt.

Übrig blieb das Aufräumen der
Mensa der Elisabeth-Selbert-Ge-
meinschaftsschule, die uns dan-
kenswerter Weise die Räumlich-
keit wieder zur Verfügung stellte.

Hans-A. Eckloff

Burg auf Fehmarn – Dienstag,
12. Februar, 15 Uhr, Haus im
Stadtspark: Vortrag über Agnes

Miegel. Die Kulturreferentin der
Landsmannschaft Ost-, Westpreu-
ßen und Danzig Ina Naujok hält
einen Vortrag über Agnes Miegel,
liebepoll „Mutter Ostpreußen“ ge-
nannt. Sie wurde 1879 in Königs-
berg/Pr. geboren, war Schriftstel-
lerin, Journalistin und Balladen-
dichterin, hat lange Jahre in Bad
Nenndorf gelebt und gewirkt, wo
sie 1964 auf dem dortigen Fried-
hof auch beerdigt wurde.

Gäste sind sehr herzlich will-
kommen.

Neumünster – Sonnabend,
2. Februar, 12 Uhr, Stadthalle: Ost-
preußen bitten zu Tisch.

Uetersen – Freitag, 8. Februar,
15 bis 17 Uhr, Haus Ueters End,
Kirchenstraße 7: Jahresversamm-
lung und Erläuterung des Jahres-
programms, gemeinsames Kaffee-
trinken, Feierstunde und Lesung
mit Herbert Tennigkeit.



Bad Schwartau: gut unterhalten beim jährlichen Fleckessen. Ge-
org Jordan am Akkordeon und Axel Simanowski in Aktion

www.preussische-allgemeine.de

»Zusammen Heimat sein«

Die Friedländer-Kaffeerunde verbindet

Burghaun-Steinbach – Bereits zum
elften Mal lud die „Friedländer-
Kaffeerunde“ im Hünfelder Land
zum Neujahrsempfang. Im vollbe-
setzten Saal des Landgasthofs
„Zum Adler“ überbrachte die Hes-
sische Landesbeauftragte für Hei-
matvertriebene und Spätaussied-
ler (LBHS) Margarete Ziegler-
Raschdorf rund 80 anwesenden
Gästen die Neujahrgrüße der
Landesregierung.

Offiziell besteht die „Friedländer
Kaffeerunde“ seit dem Jahr 1990,
ihre Ursprünge reichen jedoch
weit zurück bis in die 1950er Jahre.
Viele der 1200 Heimatvertriebe-
nen, die 1946 aus Stadt und Kreis
Friedland im nordböhmisches
Isergebirge nach Hünfeld verbracht
worden waren, hatten damals mit
ihren regelmäßigen Treffen begon-
nen. Bis heute finden sich an je-
dem Dienstag zwischen 15 und 25
Friedländer in trauter Runde ein.
2006 ist das Ehepaar Monika und
Franz Hanika hinzugestoßen. Zwei
Jahre darauf hatten beide erstmals
zu Jahresbeginn Gäste zu sich nach
Hause eingeladen, um Filme von
ihren Reisen in die alte Heimat vor-
zuführen. Während die Eltern von
Monika Hanika selbst aus Fried-
land stammen, ist der 74jährige
Franz Hanika gebürtiger Egerlän-
der. Als Leiter der Friedländer Hei-
matstube in Hünfeld im Landkreis
Fulda ist er der Heimat seiner
Schwiegereltern jedoch eng ver-
bunden. Aufgrund der stetig wach-
senden Zahl der Teilnehmer der
Neujahrstreffen, reichte das eigene
Heim bald nicht mehr aus. So wer-
den die Treffen seit 2013 in Gast-
stätten organisiert. Inzwischen
kommen in zunehmender Zahl
auch zahlreiche Freunde, Nach-
barn und Angeheiratete ohne Ver-
treibungshintergrund zu den jäh-
rlichen Empfängen.



(v. l.) Franz Hanika, Landesbeauftragte Margarete Ziegler-
Raschdorf, Zuzana Finger und Monika Hanika

Bild:LBHS

Das von den Eheleuten Hanika
organisierte und gestaltete Neu-
jahrstreffen 2019 ging weit hinaus
über ein fröhliches Miteinander
bei Kaffee, Tee, Kuchen, Wurst und
Brot. In einem anregenden Licht-
bildervortrag berichtete die aus
München angereiste Heimatpfle-
gerin der Sudetendeutschen, Dr. Zu-
zana Finger, den interessierten Zu-
hörerinnen und Zuhörern von
grenzüberschreitenden deutsch-
tschechischen Projekten zum Er-
halt sakraler Bauten und deutscher
Friedhöfe in der Tschechischen Re-
publik. Gemeinsam vom Land Bay-
ern und der Sudetendeutschen
Landsmannschaft finanziert, be-
müht sich die Heimatpflegerin da-
rum, das kulturelle Erbe der Deut-
schen aus und in Böhmen, Mähren
und Sudetenschlesien zu doku-
mentieren, zu bewahren und zu
fördern. Dabei zählt vor allem die
grenzüberschreitende Kulturarbeit
zu ihren wichtigsten Aufgaben.

Ergänzt wurde das Programm
zur Freude der Anwesenden durch
musikalische Beiträge aus dem
Egerland sowie verschiedene
Mundartvorträge. Zur Kurzweil der
Anwesenden wurden Dialekte aus
dem Isergebirge, dem Egerland
und aus Hessen einander gegen-

übergestellt. Die hessische Landes-
beauftragte sprach dem Ehepaar
Hanika ihren herzlichen Dank aus:
„Nur, wenn die Kultur und das
Brauchtum der alten Heimat gelebt
und gepflegt werden, bleiben sie
der Nachwelt erhalten. Veranstal-
tungen wie diese haben einen er-
heblichen Anteil daran, die Erinne-
rung an das geistige Erbe der Ver-
treibungsgebiete zu pflegen. Ich
danke Ihnen herzlich für Ihre Vor-
bereitung und bin begeistert, wie
viele Heimatvertriebene und
gleichermaßen Einheimische so
großes Interesse und Freude an
diesem Nachmittag haben“, erklä-
rte Margarete Ziegler-Raschdorf.
Das Treffen wirke nicht nur verbind-
end und identitätsstiftend auf den
Kreis der Betroffenen, sondern
führte diese darüber hinaus auch
mit den Einheimischen zusammen.
Beide Seiten kämen zusammen,
könnten ihre Erfahrungen austau-
schen und ihre jeweilige Heimat
besser kennen und verstehen ler-
nen. Dies wurde auch von Monika
Hanika ausdrücklich betont: „Zu-
sammen Heimat sein“, das wollen
wir nicht nur am heutigen Tag, son-
dern es möglichst auch weiterhin
immer wieder aufs Neue in die Tat
umsetzen.“

LBHS

Anzeige



Traurig nehmen wir Abschied von meinem geliebten Mann,
unserem Vater, Bruder und Onkel.

Horst Ernst Saklowsky

* 15. II. 1940
Sensburg, Ostpreußen

† 13. I. 2018
Bad Nauheim

In Liebe und Dankbarkeit

Renate Saklowsky
Frank Saklowsky
Katja und Bernd Mankiewicz
Seine Geschwister Dieter, Inge und Helga
sowie alle Angehörigen

Die Trauerfeier fand am 21. Dezember 2018 auf dem Friedhof Schöneck/Oberdorfelden statt.

»Wo man singt, da laß’ dich ruhig nieder«

Jahresabschlussveranstaltung des BdV Kreisverbandes Leipzig

Die Jahresabschlussveranstaltung des BdV Kreisverbandes Leipzig wurde im Dezember im Leipziger Ratskeller durchgeführt.

Der Vorsitzende Peter Wolf begrüßte die Anwesenden und zeigte sich erfreut, dass so viele Vertriebene der Einladung gefolgt waren, um gemeinsam Rückblick auf das Jahr 2018 zu halten.

Besonders das Erscheinen der Ehrengäste MdB und Stadtrat Jens Lehmann, MdL und Vorsitzender der CDU Dresden Robert Clement, Polizeipräsident der Stadt Leipzig Bernd Merbitz, Professor Lieber Vorsitzende des Seniorenbeirats der Stadt Leipzig zeigt das Interesse an unserem BdV und der Verbandsarbeit in Leipzig.

Nach der Begrüßung bat Peter Wolf die Ehrengäste um ihre Grußworte. Bei allen kam die Achtung und Anerkennung für die Arbeit des Kreisverbandes mit dem Chor „Lied der Heimat“ zum Ausdruck, der seit 25 Jahren die heimatliche Kultur pflegt, bewahrt und weitergibt und innerhalb sowie außerhalb von Leipzig auftritt.

Polizeipräsident Merbitz, der seine Wurzeln in Schlesien hat, sprach über die Bedeutung von Heimat in der heutigen Zeit.

Auch in einem vereinten Europa kann der Verband in seiner Geschlossenheit und seiner Wertevorstellung eine Rolle spielen. Herzlicher Beifall dankte den Ehrengästen für ihre Worte.

Es folgt der Rückblick auf das Jahr 2018, vorgetragen vom Vorsitzenden Peter Wolf:

Um ein Ziel zu erreichen, muss man sich auf den Weg machen, aber der Weg kann auch das Ziel verändern. Unser Ziel in den vielen Jahren unseres Bestehens seit der Vereinigung ist gleich geblieben, die Erinnerung an die Heimat und unsere Kultur zu bewahren.

Auch unsere neue Heimat ist uns ans Herz gewachsen, erfordert neue Aufgaben und Ziele. Wir leben nun schon 73 Jahre im Frieden und können sehr glücklich sein, wenn auch die Erinnerungen an damals bleiben.

Unser tiefes Mitgefühl gilt allen Menschen, die weltweit auf der

Flucht vor Krieg, Terror und Not sind.

Das Thema Migration beschäftigt auch uns, denn die Meinungen gehen hier in unserem Land oft weit auseinander. Eine Lösung kann erst erfolgen, wenn es gelingt, allen Menschen in ihrer Heimat ein menschenwürdiges Leben in Frieden zu ermöglichen. Die Zweifel, ob das jemals gelingen wird, bleiben.

Das Jahr 2018 war für unseren Kreisverband ein ereignisreiches und erfolgreiches Jahr.

Dank des Einsatzes unserer ehrenamtlichen Mitglieder im Vor-



Leipzig: Chor „Lied der Heimat“ mit Akkordeon begleiten den Jahresabschluss des BdV-Leipzig
Bild: privat

stand und im Chor konnten wir 14 Veranstaltungen durchführen.

Ein Höhepunkt war das 25. Jubiläum des Chores „Lied der Heimat“, das im März in feierlichem Rahmen im Festsaal des Medien-campus Villa Ida begangen wurde. Wer hätte damals gedacht, dass wir Chormitglieder, viele bereits im Rentenalter, dieses Jubiläum erleben werden?

Natürlich haben wir im Laufe der Jahre viele Chormitglieder verloren, ihrer wurde mit einer Totenehrung namentlich gedacht. Neue Sängerinnen sind dazu gekommen, manche von ihnen haben keine Vertriebenenvergangenheit, sich aber gut in unsere „Chorfamilie“ eingelebt, zur Freude unserer Chorleiterin Rosa Wegelin.

Wie seit Jahren nahm der Chor „Lied der Heimat“ am Chöretreffen in Reichenbach an zwei Gedenkveranstaltungen im Landtag

Dresden, am „Tag der Heimat“ in Hoyerswerda teil; hinzu kamen die Auftritte im Angelikastift und im Haus der Demokratie die Ostpreußenveranstaltung bei der Familie von Below in Schloss Döben und die Schlesiernachmittage in der Begegnungsstätte.

Natürlich gehören zu den Veranstaltungen mit Chorauftritten viele vorbereitende Arbeiten, die von den fleißigen ehrenamtlichen Mitarbeitern in der Geschäftsstelle erledigt werden. Die überbordende Bürokratie erschwert ihnen oft die Arbeit, das ist leider in unserem Lande in vielen Be-

reichen so. Hier ist besonders unsere Schatzmeisterin Edeltraud Ludwig und Vorstandsmitglied Martina Detzner lobend zu erwähnen.

Unsere Chorleiterin Rosa Wegelin, die mit ihrer Liebe zur Musik und ihrem Können immer bemüht ist, aus den „altgewordenen Sängerinnen“ das Beste herauszuholen, wird in ihrer Arbeit von der Chorsprecherin Irmgard Schäfer hilfreich unterstützt.

Auch nehmen Mitglieder unserer Kreisgruppe an Ausstellungen, Forumsdiskussionen und Vorträgen im Haus der Demokratie teil.

Nicht immer können alle Einladungen wahrgenommen werden, es fehlt oft die Zeit und manchmal auch die Kraft.

Ein besonderes Erlebnis wurde dem Kreisverband zuteil durch die Ehrung im Rahmen des CDU Parteitages am 1. Dezember in

der Kongresshalle Leipzig. Von Ministerpräsident Kretschmer hatte auch unser Kreisverband eine Einladung zur Ehrung der ehrenamtlichen Vereine erhalten, die zu Beginn des Parteitages durchgeführt wurde. Für die teilnehmenden Vorstandsmitglieder war es eine besondere Freude, in dieser Form vom Ministerpräsidenten öffentlich geehrt zu werden. Die freundliche, herzliche Art der Begrüßung durch Michael Kretschmer hat alle berührt.

Die Tätigkeit und Einsatzbereitschaft der Vorstandsmitglieder, der Chormitglieder mit der Chorleiterin Rosa Wegelin und den Musikern Peter Wegelin und Peter Seidel sowie aller ehrenamtlichen Helfer macht die erfolgreiche Arbeit unseres Verbandes erst möglich.

Durch die Entscheidung der Sächsischen Regierung wurden wir 2018 auch wieder mit Fördermitteln unterstützt, für die wir herzlich danken.

Weiter betonte Peter Wolf: „Ihr Verein, liebe Mitglieder, ist nur so lange erfolgreich und in der Öffentlichkeit wirksam und beachtet, wie sich alle dafür einsetzen. Ich rufe Sie heute schon auf, am 9. März zu unserer Wahlveranstaltung zu kommen, um für die nächsten Jahre den neuen Vorstand zu wählen.“

Mit dem Aufruf und den Wünschen für ein Frohes Fest und ein gutes Neues Jahr beendete Peter Wolf seine Ausführungen.

Im Anschluss folgte ein weihnachtliches Programm zur Einstimmung auf das kommende Fest.

Rosa Wegelin, Margarita und Julia Hartok erfreuten mit ihren schönen Stimmen als Trio, dann sang der Chor beliebte Weihnachtslieder, in die viele einstimmten. Irmgard Schäfer führte durch das Programm, Inge Scharer trug die passenden Gedichte vor. Viel Beifall und herzliche Dankesworte waren der Lohn für die gelungene Veranstaltung.

Die Jahresabschlussveranstaltung wurde mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushalts.
Inge Scharer

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen!

Wir benötigen eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten für die Ostpreußische Landesvertretung (Mitgliederversammlung) zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60 Euro. Der Aufnahmeantrag lässt sich auf www.ostpreussen.de (Unterbereich „Mitgliedschaft“) ganz einfach herunterladen, oder Sie können ihn schriftlich anfordern bei:

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Dr. Sebastian Husen,
Bundesgeschäftsführer
Buchtstraße 4
22087 Hamburg
husen@ostpreussen.de

»Schneetage«

Jan Christophersen liest im Prinzeßhof

Itzehoe – Kreismuseum Prinzeßhof, Donnerstag, 7. Februar, 18 Uhr: Lesung.

Am 7. Februar liest der Autor Jan Christophersen aus seinem Roman „Schneetage“ im Kreismuseum Prinzeßhof vor. Das Werk wurde mit dem Debütpreis des Buddenbrookhauses in Lübeck ausgezeichnet und spielt während der Schneekatastrophe 1978/79.

In einem nordfriesischen Dorf an der deutsch-dänischen Grenze bricht Paul Tamm, der Wirt des Grenzkrugs, plötzlich zusammen. Es beginnen ungewisse Tage, in denen Pauls Ziehsohn Jannis sich an die vergangenen gemeinsamen Jahrzehnte erinnert: Wie er selbst nach dem Zweiten Weltkrieg als kleiner

Junge in die Familie kam, wie Paul aus dem Lager zurückkehrte, zunächst beim Wiederaufbau der Gastwirtschaft half und sich später immer mehr von der Familie entfernte.

Plötzlich verknüpfen sich Schicksale und Ereignisse, die Jannis vor eine wichtige Entscheidung stellen.

Karten gibt es für 5 Euro beziehungsweise 3 Euro ermäßigt im Kreismuseum Prinzeßhof oder unter Telefon (04821) 64068.

Weitere Informationen: *Kreismuseum Prinzeßhof, Kirchenstraße 20, 25524 Itzehoe, Internet: kreismuseum-prinzezhof.de, E-Mail: prinzesshof@steinburg.de*

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Spielzeuge ohne Provenienz

Museen östlich von Oder und Neiße zeigen historisches Spielzeug ohne Geschichte

In der Republik Polen gibt es interessante museale Spielzeugsammlungen. Doch der gesellschaftliche und nationale Bezugsrahmen schwebt ausgerechnet im einstigen deutschen Osten im Dunklen. Der niederschlesische Urlaubsort Krummhübel [Karpacz] hatte eigentlich Glück. Der Pantomime, Tänzer, Schauspieler, Choreograf und Regisseur von Weltrang Henryk Tomaszewski schenkte der Stadt 1994 seine Spielzeugsammlung. 1995 wurde aus dieser Schenkung das Spielzeugmuseum Krummhübel gegründet.

Henryk Tomaszewski wurde 1914 als Sohn deutsch-polnischer Eltern in Posen geboren. Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm er Schauspielunterricht in Krakau, doch seine Bühnenlaufbahn begann er als Tänzer an der Breslauer Oper. Der schlesischen Metropole blieb er treu und gründete dort 1955 sein Pantomimentheater, dessen Direktor er bis kurz vor seinem Tod war. Er wirkte aber auch am Theater im niederschlesischen Hirschberg [Jelenia Gora]. Für sein kulturelles Engagement in Schlesien wurde ihm 1993 der Kulturpreis Schlesien des Landes Niedersachsen verliehen. 1968 zog Tomaszewski nach Krummhübel, wo er 2001 auf dem Kirchhof der berühmten Stabholzkirche Wang beigesetzt wurde.

Seine der Stadt Krummhübel geschenkte Spielzeugsammlung beinhaltet Exponate, die 300 Jahre Spielzeuggeschichte widerspiegeln. So kann man in Krummhübel neben deutschen Celluloid- und Porzellanpuppen oder Blechspielzeug auch Sammlerobjekte aus Japan, Australien, Mexiko oder Russland sehen, die Tomaszewski während seiner Weltauftritte erwarb. Und eben auf diese Spielzeuge aus aller Welt wird in Krummhübel der Fokus gelegt. Ebenso wird hier das Augenmerk des Betrachters auf das künstlerische Drumherum gelenkt.

Der Theatermensch Tomaszewski schuf für seine Exponate eine Bühne, indem er seinen Freund und Mitarbeiter, den Büh-

nenbildner Kazimierz Wislak nach Krummhübel holte. Dieser baute für die Sammlung künstlerische Kulissen. Die Vitrinen bekamen Formen von Hausfassaden. So schön dies alles auch wirkt – im Krummhübeler Spielzeugmuseum findet man, bis auf die Miniatur der Kirche Wang, nichts Regionales. Als das Museum 2012



„Etwas Caffee, meine Dame?“: Produktplatzierungen in der Kinderstube lassen das Herkunftsland des Spielzeugs erkennen
Bild: Chris W. Wagner

in den stillgelegten Bahnhof Krummhübel umzog, wurde zwar ein „Saal der Bahntradition“ eingerichtet, doch liegt der Fokus allein auf der Geschichte der polnischen Staatsbahn PKP.

Aus Privatinitiative entstand im 80 Kilometer entfernten Bad Kudowa [Kudowa Zdroj] ebenfalls ein Spielzeugmuseum. 2002 prä-

sentierte das Ehepaar Maria und Mirosław Ozieranski ihre Sammlung der Öffentlichkeit, die heute rund 5000 Exponate umfasst und zu den polenweit größten Spielzeugausstellungen zählt. Ein Schwerpunkt auf Regionales ist nicht vorhanden, jedoch eine „Spielzeug-Rundumschau“ von der Antike bis in die 80er Jahre.

So bleiben Präsentationen wie in Krummhübel oder Bad Kudowa, wenn auch liebevoll oder künstlerisch wertvoll gestaltet, inhaltlich eher beliebig. Der Wunsch zu erfahren, wie das Leben im Riesengebirge aussah oder womit Kinder im Glatzer Bergland spielten, bleibt unerfüllt. Selbst der naheliegende Blick in das großstädtische preußische Kinderleben von Tomaszewskis Eltern in Posen ist nur für kritische Museumsbesucher angesichts vieler typisch deutscher Fabrikate in Krummhübel nachvollziehbar. Für die Masse dürfte die Schau eher einen Blick in die Kinderstube reicher Europäer, ob nun in London oder Paris, darstellen.

Dass es auch anders geht, zeigt ein Blick in das Spielzeugmuseum in Kielce. Das 1979 gegründete Museum setzt seinen Fokus auf die Tradition der Volkskunst. Erzeugnisse der regionalen Holzspielzeugwerkstätten finden hier ihren angemessenen Platz. Im Spielzeugmuseum Kielce wird unter anderem Spielzeug berühmter Polen präsentiert, wie den Filzelefanten des Schriftstellers und Nobelpreisträgers Henryk Sienkiewicz.

Auch wenn solche Exponate einen besonderen emotionalen Wert besitzen, so wird ausgerechnet in Kielce, das bekanntlich nicht im einstigen deutschen Osten liegt, dennoch mit historischem Spielzeug aus Deutschland geworben. Zu den wertvollsten Exponaten des Museums gehören deutsche Wachs- oder Biskuitpuppen aus dem 19. Jahrhundert, historisches Blechspielzeug oder Zinnsoldaten sowie eine „Laterna magica“ der Gebrüder-Bing-Werke aus Nürnberg.

Chris W. Wagner

Der Croy-Teppich

Bedeutendes Zeugnis der Reformationszeit



Gemälde Anna von Croy

Dr. Haik Thomas Porada (Leipzig) spricht am Dienstag, den 19.02. um 18.00 Uhr über das Thema: „Vor 400 Jahren – die letzte Hochzeit im pommerschen Herzogshaus in Stettin 1619“ im Pommersches Landesmuseum Rakower Straße 9 17489 Greifswald <http://www.pommersches-landesmuseum.de> In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für pommersche Geschichte, Altertumskunde und Kunst und der Kulturreferentin für Pommern und Ostbrandenburg Eintritt: 2,50 Euro



Der Croÿ-Teppich (Tapetum Concordiae) ist ein ca. 31 qm großer Gobelin, der sich im Eigentum der Universität Greifswald befindet. Er gilt aufgrund seiner Größe, der Darstellung und der Qualität der Ausführung als ein einzigartiges kulturhistorisches Zeugnis aus der Zeit der Reformation. Seit 2005 im Pommerschen Landesmuseum zu bewundern.

Sohn Ernst Bogislaw von Croy den Teppich und weiteren Besitz seiner Mutter der Universität Greifswald. Alle zehn Jahre wurde der Teppich bei den Croy-Feiern der Öffentlichkeit präsentiert; seit 2005 ist das Prunkstück der Akademischen Kunstsammlung der Universität Greifswald dauerhaft im Pommerschen Landesmuseum ausgestellt.

Am 30.01.2014 wurde der Croy-Teppich offiziell in das Verzeichnis der national wertvollen Kulturgüter aufgenommen, die

für das kulturelle Verständnis und die Identität Deutschlands von besonders herausragender Bedeutung sind. Dazu gehören so bedeutende Werke wie die Himmelsscheibe von Nebra, die Statue des Keltenfürsten vom Glauberg, die Schutzmantelmadonna von Hans Holbein dem Jüngeren, Carl Spitzwegs Bücherwurm und die Amerikanischen Reisetagebücher Alexander von Humboldts.

Die Hochzeit Annas von Pommern mit Ernst von Croy wird im Februar das Thema eines Vor-

trags in der Reihe „Bausteine zur Landesgeschichte“ sein. Dr. Haik Thomas Porada (Leipzig) spricht am Dienstag, den 19.02. um 18.00 Uhr über das Thema: „Vor 400 Jahren – die letzte Hochzeit im pommerschen Herzogshaus in Stettin 1619“.

Im ersten Jahr des Dreißigjährigen Krieges, in dem sich Katholiken und Protestanten so unversöhnlich gegenüberstanden, fand auf dem Stettiner Schloss eine Fürstenhochzeit statt, die in mancherlei Hinsicht bemerk-

wenswert war. Nicht nur, dass der Bräutigam aus einer Familie stammte, die weit im Westen des Heiligen Römischen Reiches und in Frankreich beheimatet war, er war auch Katholik. Die Braut dagegen gehörte zur Greifendynastie, die seit über acht Jahrzehnten ausschließlich mit evangelischen Fürstenfamilien Eheverbindungen eingegangen war. Niemand konnte zum damaligen Zeitpunkt ahnen, dass die Trauung zwischen Anna von Pommern und Ernst von Croy 1619 auf dem Stettiner Schloss die letzte Hochzeit im pommerschen Herzogshaus bleiben sollte. An das bewegte Leben dieser Fürstin in Lothringen und in Pommern, die als letzte Angehörige des Greifenhauses 1660 in Stolp starb, erinnern wir uns in Vor- und Hinterpommern gleichermaßen, nicht zuletzt dank der Gedächtnisstiftungen ihres Sohnes Ernst Bogislaw von Croy bis zum heutigen Tag.

(Bilder:Pommersches Landesmuseum)

Pommerscher Kulturpreis für Dr. Haik Thomas Porada

Am 27. Oktober 2018 verlieh die Pommersche Landsmannschaft auf Ihrer Bundeskulturtagung im Pommerschen Landesmuseum in Greifswald den Pommerschen Kulturpreis 2018 an Dr. Haik Thomas Porada von der Universität Leipzig, der sich um die Sichtung, Archivierung und Bewahrung pommerschen Kulturgutes außerordentlich verdient gemacht hat. Er stellte bei der Veranstaltung eine aufwendig erarbeitete digitale Pommernkarte mit vielen detailgenauen örtlichen Eintragungen von Pommern im Jahre 1937 vor BS

Anna von Croy (*3. Oktober 1590 in Barth, † 7. Juli 1660 in Stolp) lebte nach dem Tod ihres Mannes des Herzogs Ernst von Croy und Aerschot, der nach nur einjähriger Ehe im Jahr 1620 starb, zunächst in Stettin, später aber bis zu ihrem Lebensende im Stolper Schloss. Dort wurde sie 1660 in der Schlosskirche beigesetzt. Ebenso wie ihr Sohn Ernst Bogislaw, der 1684 starb. Zwei Jahre vor seinem Tode, also 1682, ließ er seiner verstorbenen Mutter, aber auch gleichzeitig sich selbst je ein Epitaphium für den Platz über ihren Grabstätten unter dem Kirchenboden anfertigen. Das Epitaph der Herzogin Anna ist in einiger Höhe an der Wand befestigt. Dieses Kunstwerk besteht in seinen architektonischen Teilen aus schwarzem, in den figürlichen und ornamentalen Teilen aus weißem Marmor. Oben ist die Herzogin auf einem Stuhl sitzend dargestellt. Sie hält in der linken Hand ein Buch, die rechte gibt Geld als Zeichen der Mildtätigkeit gegen die Armen. Sie stellt also die Liebe dar, während rechts von ihr der Glaube, links die Hoffnung sitzt. Gemälde rechts und links zeigen das Herzogpaar. Am unteren Ende der recht großen Tafel ist das plastische Bild der verstorbenen Herzogin angebracht. Aus: Stolp in Pommern, Führer durch Stadt und Umgebung, von 1926 (BS)



(Wikipedia)

Namhafter Künstler mit Refugium auf Hiddensee

Auch gefragter Porträtist – er malte in schönsten Bildern die moderne Frau

Willy Jaeckel stammte aus Breslau, hatte seine Hauptwirkungsstätte in Berlin und zog sich angesichts der Ausgrenzung durch die Nazis auf die Insel Hiddensee zurück. Er entwickelte sich während seiner Malerkarriere vom moderaten Expressionisten zu einem herausragenden Vertreter der Neuen Sachlichkeit, vertrat konsequent eine christlich-ethische Grundhaltung und wies der bildenden Kunst in der Gesellschaft die Aufgabe zu, eine humanistische Orientierung zu geben. Sein vielgestaltiges Lebenswerk umfasste Porträts, Stilleben, Landschaften, Akte und viele Druckzyklen. Die erhaltenen Arbeiten von seiner Hand finden sich heute in zahlreichen privaten und öffentlichen Sammlungen in Berlin, Chemnitz, Nürnberg, Regensburg und Wuppertal. Aber auch auf Hiddensee sind in Kooperation von „Gerhart-Hauptmann-Haus“ und „Heimatismuseum“ Arbeiten von Jaeckel zu sehen. Damit erreichte er über seinen Tod vor 75 Jahren hinaus auch auf der Insel eine anhaltende Nachwirkung.

Willy Jaeckel wurde am 10. Februar 1888 in Breslau geboren. Er offenbarte schon als Kind sein zeichnerisches Talent. Nach dem heimischen Schulabschluss begann er 1906 bei Eduard Kaempfer an der Kunstgewerbeschule in Breslau ein Studium. 1907 unternahm er seinen ersten Ausflug auf die Insel Hiddensee, die

ihn fortan magisch anzog. 1909 wechselte der junge Mann dann nach Dresden, wo er sich an der Akademie der Bildenden Künste vervollkommnete und unter Otto Gußmann die neuen Stilströmungen bis hin zum Expressionismus der Brücke-Künstler aufnahm. Mit diesem Kapital kehrte Jaeckel 1910 voller Enthusiasmus nach Breslau zurück. Er richtete sich ein eigenes Atelier ein, malte im Stil des Expressionismus und hatte 1913 in Berlin seine erste Ausstellung. Da ihm die Reichshauptstadt die bessere Plattform für seine Künstler-Karriere bot, blieb er in Berlin. Seinen Lebensunterhalt erwarb er zunächst als Dekorationsmaler. Doch seine monumentalen Wandmalereien in einem gemäßigten Expressionismus fanden Zuspruch und trugen ihm auch finanzielle Anerkennung und Unabhängigkeit ein.

Dann kam der I. Weltkrieg.

Jaeckel erlebte als Soldat das vielschichtige Grauen, spiegelte



Willy Jaeckel – Dünen auf Hiddensee

in graphischen Zyklen den Krieg als sprichwörtliche Apokalypse und erregte damit großes öffentliches Aufsehen. Geradezu berühmt wurde seine Mappe „Memento 1914/15“, die 1916 erschien und auch den Steindruck „Sterbender Soldat im Schützengraben“ enthält. Das Thema Gewalt und Leid nahm fortan breiten Raum in seinem Schaffen ein. Daraus entwickelte Jaeckel eine Verantwortung für jeden Künstler. Der Maler, der

inzwischen Mitglied der Berliner Secession war und ab 1916 dem

Vorstand angehörte, wurde zu Beginn der Weimarer Republik auch Mitglied der Preußischen Akademie der Künste. Sein graphischer Zyklus „Menschgott-Gottgottmenschen“, der zwischen 1920 und 1923 entstand, beinhaltet mit den Mitteln der Kunst Weisheiten des Alten Testaments und gilt als seine persönliche Antwort auf den politischen Umbruch in Deutschland. Jaeckel wurde Mitte der Zwanziger dann besonders

durch seine Bildnismalerei mit der „malerischen Entdeckung des Individuums“ und „delikatsten Stilisierungen von Frauengesichtern“ recht populär. Er zwang nach Aussage prominenter Kritiker den „Charakter auf die Leinwand“. Das trug ihm ein Lehramt an der Staatlichen Kunsthochschule ein.

Dazu kamen ab 1925 regelmäßige Sommeraufenthalte auf Hiddensee, wo er zunächst in Kloster ein festes Privatquartier und dann ein eigenes Haus hatte. Das führte zur

Nachbarschaft mit Gerhart Hauptmann. Man fachsimpelte über die Kunst, hatte in vielen Fragen die gleiche Meinung und liebte gemeinsam den Wein aus Hauptmanns Vorräten. Jaeckel war auch sonst kein Kind von Traurigkeit. Er genoss nicht nur als Maler und herausragender Porträtist einen besonderen Ruf, sondern auch wegen seiner „rauschenden Künstlerfeste“, die er veranstaltete. Auf der Ostseeinsel entstanden

neben vielen Landschaften mit der Darstellung der Dünen sowie der Steilküste auch Akte. Dazu gesellten sich druckgraphische Zyklen zu zeitgeschichtlichen Themen. Gerade diese zeitkritische Seite und sein Pazifismus machten Jaeckel bei den Nazis unbeliebt, die ihn nach der Machtübernahme 1933 aus allen öffentlichen Museen entfernen ließen und dann auch gegen den Protest seiner Studenten aus dem Berliner Lehramt drängten. Nun zog sich der Künstler gänzlich auf die Insel Hiddensee zurück. Er lebte wie Gerhart Hauptmann eine Art „innerer Emigration“. Auch viele seiner Arbeiten aus seinem Atelier am Kurfürstendamm evakuierte er nach Kloster. Das war sein Refugium.

Doch bei einem kurzen Berlin-Aufenthalt am 30. Januar 1944 holte ihn der Krieg ein. Jaeckel starb bei einem Luftangriff. Sein Atelier mit den verbliebenen Arbeiten wurde gänzlich zerstört. Fast parallel wurde auch sein berühmtes Wandgemälde für die Keksfabrik „Bahlsen“ in Hannover ein Opfer der Bomben. Seine letzte Ruhe fand der Künstler auf dem Berlin-Stahnsdorfer Waldfriedhof. Die Grabstätte wird als Ehrengrab der Stadt Berlin erhalten. Von seinen Schülern erlangten Ricarda Jacobi und Hans Olde d. J. eigene Bekanntheit. Sein Sohn Peter wirkte bis zu seinem Tod 1996 als Archäologe.

Martin Stolzenau

Keiner mag sie

Zu: Weg vom Besserwessi-Image (Nr. 3) und: Scholz will Kanzler (Nr. 3)

Die Grünen, welche die Pädophilie legalisieren wollten, die das Versprühen von Glyphosat zulassen, ein Robert Habeck, der hochgiftigen Elbschlick in der Nordsee verklappen ließ, die Grünen, welche nichts für die Verbesserung der Lebensbedingungen des Nutztviehs tun – wer will diese Partei wählen?

Und als Hamburger Bürgermeister redete Olaf Scholz die Witwe von Henning Voscherau bei der Trauerfeier im Michel im Jahr 2016 mit dem falschen Vornamen an und sagte, Henning Voscherau sei als Hamburger Bürgermeister zurückgetreten, als er nicht mehr die absolute Mehrheit hatte, weil er nicht mit den „Rechten“ regieren wollte.

Das ist gelogen, ich kannte Henning Voscherau sehr gut, er wollte nicht mit den Grünen regieren. Beim G20-Gipfel hat Scholz Hamburg mehr als im Stich gelassen.

Wer mag solche Politiker wie Habeck und Scholz?

Jürgen Wieger,
Hamburg

Rentenrechnung

Zu: „Eine Geschichte von Lug und Trug“ (Nr. 1)

In dem Interview zur Rente hat sich der Rentenexperte Otto Teufel doch wohl etwas zu weit aus dem Fenster gelehnt. Wenn Leistungen für die Versicherten des Beitrittsgebiets durch die Rentenversicherung erbracht worden sind, dann doch deshalb, weil es sich nahezu ausnahmslos um Arbeitnehmer gehandelt hat, die dann Leistungen erhalten. Das sollte nun redlicherweise nicht übersehen werden.

Andere im Artikel angesprochene Inanspruchnahmen wären mitunter vom Steuerzahler zu begleichen gewesen. Ob dies jedoch keine Milchmädchenrechnung ist, mag dahingestellt bleiben.

Mathias Wagener,
Mannheim

Abschaffung des Konservatismus ist das Ziel

Zu: Nichts dazugelernt (Nr. 1)

Der sich in den letzten Jahren vermehrt artikulierte Bürgerprotest scheint bei den sogenannten etablierten Parteien angekommen zu sein und zeigt bereits eine erste Wirkung. Allerdings nicht in der durch den Protest gewünschten Kurskorrektur, sondern in repressiver Weise.

Blicken wir zurück: Die Energiewende und eine unkontrollierte Masseneinwanderung wurden im Stile einer absolutistischen Monarchin von der Bundeskanzlerin durchgeboxt, das Parlament wurde gar nicht erst gefragt, die Staatsbürger und Wähler erst recht nicht.

Nach der damals so bezeichneten Merkelschen Schneise, die den Rauswurf des Abgeordneten Hohmann aus der CDU zur Folge hatte und eigentlich gegen jeden der damals noch vorhandenen konservativen Parlamentarier gerichtet war, orientierte sich die Partei zunehmend nach links. Inzwischen sind selbst die Übergänge zur Linkspartei fließend.

Da sich die CDU zudem alle Forderungen der Grünen fortan zu eigen machte, sind kaum noch Unterschiede zwischen den „Alt“-Parteien auszumachen, sie wirken wie ein homogener Block.

Eine Debattekkultur wie zu Zeiten von Wehner und Strauß? Heute absolut nicht mehr denkbar. War es dann ein Wunder, dass die Wahlbeteiligung unter dem Stichwort „Politikverdrossenheit“ immer weiter zurückging?



Bye bye, EU: Viele Briten, wie diese EU-Patriotin vor dem Westminster Palace, werden sich daran gewöhnen müssen, dass ihr Land bald nicht mehr der Europäischen Union angehört

Bild: Imago

Wenn es so weitergeht, gehört Deutschland zum Islam

Zu: Hasspredigten ohne Konsequenzen (Nr. 48)

Hasspredigten hat es bereits lange vor der Flüchtlingswelle gegeben. Dass es damals kaum jemanden sonderlich interessiert hat, war bedenklich. Aber dass

die Ignoranz des Staats und bei den Bürger zugenommen hat, ist gefährlich. Der Islam gehört zu Deutschland: Diese Aussage ist falsch. Das Leben mit dem Islam ist dann akzeptabel, wenn er den deutschen Staat und das Christentum akzeptiert. Das ist jedoch

nicht der Fall. Bewegen wir uns nicht eher auf ein „Deutschland gehört zum Islam“ zu?

Mit Beginn der Flüchtlingswelle sind zum Teil äußerst gefährliche Menschen nach Deutschland gekommen. Merkel und Co. sowie eine riesige Zahl von Gutmen-

schen haben auch diese Tatsache ignoriert. Es wird kein Unterschied gemacht zwischen denen, die wirklich aufgrund von Krieg und Terror fliehen, und Schwerkriminellen. Jene Schwerkriminellen machen in Deutschland und Europa da weiter, wo sie in ihrem

Heimatland aufgehört haben. Es ist nur gut, dass viele in Deutschland lebende Muslime auch nicht die Einstellung Deutschlands verstehen. Oder sollten das etwa die schlechteren Muslime sein?

Heinz-Peter Kröske,
Hamburg

Aus dem Takt geratene CDU

Zu: Bis es knallt (Nr. 50)

„Die CDU, die stolzeste Volkspartei in Europa“, rief der von Annegret Kramp-Karrenbauer (AKK) als neuer CDU-Generalsekretär vorgeschlagene Paul Ziemiak stolz in die Runde. Als einziger Kandidat wurde er beim Bundesparteitag der CDU im Dezember mit mageren 62,8 Prozent der Stimmen gewählt. Für viele Delegierte steht fest, dass AKK ihm diesen Posten schon vor ihrer Wahl zur Parteivorsitzenden angeboten hat, um die Stimmen der Jungen Union von Merz abzuziehen und an sich zu binden.

Doch der Reihe nach. In der Kampfabstimmung über den Posten des CDU-Parteivorsitzenden schwang AKK in der Stichwahl knapp oben aus: 17 Stimmen über dem absoluten Mehr von 500 Stimmen. Nach meiner Sicht hat der Verrat von Armin Schuster, Obmann im Innenausschuss des deutschen Bundestages, an seinem langjährigen Freund Friedrich Merz zu dem knappen Vorsprung von 35 Stimmen der AKK vor Merz beigetragen.

Kurz vor der Rede von Merz bediente sich Schuster der Trumpschen Waffe und twitterte: „Bin seit vielen Jahren Merz-Anhänger, aber ich werde AKK wählen“. Es wird interessant sein zu sehen, wie sich die Karriere von Herrn Schuster entwickeln wird.

Wie auch immer. Dieser CDU-Parteitag macht es allen in Deutschland, in der EU, in Europa und darüber hinaus mehr als

deutlich: Die CDU ist tief gespalten, da mögen Medien schreiben und reden, wie und was sie wollen. Das ist das Resultat von Frau Merkels 18-jähriger Tätigkeit als Parteivorsitzender und ihren 13 Jahren als Bundeskanzlerin. Die CDU steht ähnlich da wie die SPD, die sich eines feinen Lächelns kaum erwehren kann – was durchaus verständlich ist.

Die große Frage, die sich jetzt stellt: Fällt die CDU nun auch in den Orkus, wo sich zurzeit die SPD befindet? AKK spricht von der CDU als „letztem Einhorn in Europa“. Nun, wir alle wissen, Einhörner gibt es nur im Märchen und auf Bildern. Das spricht für sich. Ich meine, das voraussehbare schlechte Abschneiden der CDU bei den Landtagswahlen 2019 wird den abrupten Rücktritt von Frau Merkel als Bundeskanzlerin zur Folge haben.

Aus meiner Sicht typisch für die Merkelsche Götterdämmerung ist der Taktstock, mit dem Kent Nagano während des G20-Gipfels in Hamburg im Sommer 2017 für die Staatsgäste Beethovens Neunte dirigiert hatte. Volker Bouffier überreichte ihn der scheidenden CDU-Parteivorsitzenden Merkel als Abschiedsgeschenk. In einer Widmung bezeichnet Nagano Merkel als „die wichtigste Dirigentin der Weltpolitik“. Aber – wie „Bild“-Chefredakteur Julian Reichelt twitterte – dieses Geschenk hat es in seinem Bezug auf die G20-Tagung in Hamburg in sich: „Ein komplett instinktloses Abschiedsgeschenk,

Die Don Quichotte Englands

Zu: EU gleitet in den Niedergang (Nr. 3)

England wird schmerzlich von seiner Geschichte eingeholt, es ist tief gespalten. Die einen wollen nicht begreifen, dass die Zeit des Commonwealth mit dem Reichtum aus Kolonien und des „Rule Britannia“ der Vergangenheit angehört. Die anderen haben hingegen gelernt, dass das Mantra der „splendid isolation“ doch nicht so „splendid“ ist, wie die Apologeten der Vorteilsnahmen Englands einfach nicht wahrhaben wollen.

Im Gegensatz zu den Zeiten der daraus resultierenden wirtschaftlichen Blüte wird eine Isolation in denen weitgehender wirtschaftlicher Verflechtungen zum Widerspruch. Dieser Nachteil hat sich offenbar noch nicht hinreichend herumgesprochen. Das Problem des Landes ist, dass beide Seiten etwa gleich stark sind, und das macht dessen Zerrissenheit aus.

Obwohl wir bei dem Geschehen in Britannien nur Zaungäste sind, sollten wir doch ein gewisses Interesse am Fortgang dieses Desasters haben: Einerseits führt das Beharren auf dem Brexit anderen Austrittskandidaten die Irreversibilität einer solchen Absicht vor.

Andererseits führt ein Verbleibenlassen in der EU den Erkenntnisgewinn der Vorteile in der EU vor. In dieser Situation sollte wegen der gravierenden finanziellen Folgen für alle – deshalb auch für uns – die EU trotz der vergeblichen Verhandlungen nicht auf dem Brexit bestehen und mit einem erneuten Referendum einverstanden sein, obwohl nach neueren Bekundungen eine Änderung nicht zu erwarten ist.

Aufgrund ihrer Geschichte sollten die Engländer aber ein Recht

haben, lernen zu dürfen, dass sich etwas verändert hat und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind. Theresa Mays Tragik in dieser Situation ist es, sich zum Don Quichotte einer überkommenen britischen Politik zu machen.

In die gleiche Richtung zielt Macrons Absicht, Arbeitslosenversicherung und Sozialsysteme in der EU zu vereinheitlichen. Die Fleißigen sollen für die zahlen, die die Arbeit nicht erfunden haben. Und Norwegen denkt im Traum nicht daran, der EU beizutreten, weil dann seine üppige Altersversorgung aus den Öl- und Gasmilliarden gar nicht schnell genug verteilt werden kann.

Das Problem unseres Landes ist es übrigens, dass es aus Gründen historischer Schuld eine Europäische Union zu wollen hat, diese aber längst zu einem Parasitenclub der Südstaaten zulasten der Nordstaaten verkommen ist, und obendrein erstere die Mehrheit haben, die Umverteilungen zu ihren Gunsten durchsetzen zu können. Beispielsweise wird unsere Altersvorsorge weitgehend liquidiert, um Südstaaten ein Lotterleben finanzieren zu können (auch der das ermöglichende Mafioso spielt da eine wenig schmeichelhafte Rolle).

Deutschland bleibt nichts anderes übrig, als mit den Wölfen zu heulen. Die Spielregel „one country, one vote“ führt dazu, dass Zwergstaaten unser Land überstimmen und damit uns alles aufzwingen können. Eine ähnliche, vorgeblich demokratische, Spielregel führt dazu, dass die Habenichtse über die Leistungsträger verfügen können; das wird dann als „Solidarität“ verkauft.

Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski,
Mühlheim

Heimatland aufgehört haben. Es ist nur gut, dass viele in Deutschland lebende Muslime auch nicht die Einstellung Deutschlands verstehen. Oder sollten das etwa die schlechteren Muslime sein?

Heinz-Peter Kröske,
Hamburg

das symbolisch für die Entkopplung von Politik und Wählern steht: Merkel mag den Abend [in der Elbphilharmonie] als schönes Konzert erinnern. Die meisten Deutschen denken an den tobenden Mob, den Zusammenbruch der inneren Sicherheit und Rauch über Hamburg.“

Aus meiner Sicht wäre die Marginalisierung von SPD und CDU für Deutschland, die EU und Europa kein Schaden, im Gegenteil: Deutschland erhielte so die große Chance für einen echten Ausbruch aus dem verkrusteten System der zwei „Volks“parteien.

Nun, „der erste Griff ins Klo der AKK“ spricht kaum dafür. So beurteilt Hermann Hesse, Schatzmeister der CDU-Mittelstandsvereinigung MIT, die Wahl Ziemiaks zum neuen CDU-Generalsekretär. Hesse kann dieses scharfe Urteil auch überzeugend begründen. Ziemiak steht mit seinem Anspruch, dass „die CDU die stolzeste Volkspartei in Europa“ sei, ziemlich blöd da.

Signale größter Dissonanz sendet dieser CDU-Parteitag in die EU-Staaten, nach Europa und darüber hinaus. Das ist die Konsequenz der vergangenen 18 Jahre.

Jürg Walter Meyer,
Leimen

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Eroberungen im Perserreich

Der Iran öffnet sich den Touristen aus dem Westen – Archäologische Stätten wie Persepolis als Lockmittel für Reisende

Dass der Iran ganz entspannt zu bereisen ist, widerspricht dem weithin verbreiteten Bild. Obwohl sich das weltoffene und freundliche Wesen der Iraner inzwischen herumgesprochen haben sollte.

Der Iran ist ein überwältigendes Reiseland: sehr groß, sehr alt, sehr bedeutend, aber bis auf die Wintermonate auch sehr heiß. Anstrengend ist in erster Linie daher nicht die Kleiderordnung mit obligatorischer Kopfbedeckung für Frauen, sondern die lang anhaltende Sommerhitze. Die Folge sind Klimaanlage allerorten.

Im Freien allerdings kann man der Wärme nicht entfliehen. Noch Mitte September steigt das Thermometer in Teheran, Hamadan, Bisotun, Khorramabad, Izeh, Isfahan, Persepolis oder Shiraz auf 30 bis 35 Grad. In Shushtar klettert es sogar auf 46 Grad (Stand 2018). Wer hitzeempfindlich ist, sollte November bis Februar zur Reisezeit wählen.

Knapp fünfmal so groß wie Deutschland zählt die Islamische Republik Iran mit mehr als 82 Millionen Einwohnern zu den 20 bevölkerungsreichsten Ländern der Erde. 1976, noch zu Schah-Zeiten, sollen es 33,7 Millionen Menschen gewesen sein, die in dem Vielvölkerstaat lebten.

Um die kulturelle Vielfalt einordnen zu können, ist eine gewisse Vorbereitung unerlässlich. Denn unsere Epochen- und Stil-Begriffe sind im mittleren Osten kaum anwendbar. Was man hier zur Orientierung braucht, sind die Namen von Völkern, Herrschern und Dynastien: von den Elamern, der ersten Hochkultur im Iran mit eigener Schrift ab der zweiten Hälfte des 4. Jahrtausends v. Chr., bis zur letzten Pahlavi-Dynastie mit Schah Mohammad Reza, der sich als König der Könige in der Nachfolge der Achämeniden sah und mit Kaiserin Farah 1979 das Land verlassen

musste, um der Islamischen Republik Iran Platz zu machen.

„Welcome to Iran! Where do you come from? Photo?“ – „Willkommen im Iran! Woher kommen Sie? Foto?“, begrüßen einen freundlich die Einheimischen. Die eifrigsten Touristen sind die Iraner selbst, und die kontaktfreu-

vinzstadt auf zweiter Etage eine Straße auf Stelzen entsteht.

Wie alle Touristen fahren auch die Iraner von einem UNESCO-Welterbe zum nächsten. Aus Europa kommen vor allem Deutsche. Nach dem iranischen Kalender waren es im Jahr 2016/17 genau 61 541 (Quelle: Iran Cultu-

liert. In Choga Zanbil, der um 1250 v. Chr. gegründeten heiligen Stadt des Königreichs Elam, steht man zirka 40 Kilometer südöstlich von Shuchta, dem alten Susa, plötzlich staunend vor einer großartig erhaltenen Zikkurat, einem Tempelturm wie man ihn vor allem aus Babylonien kennt.

sich allein auf weiter Flur vor dem bedeutendsten aller Felsreliefs wieder, mit dem der achämenidische Großkönig Dareios der Große seine Herrschaft (521 bis 486 v. Chr.) legitimierte. Die Inschrift in Altpersisch, Elamisch und Babylonisch hat die gleiche Bedeutung für die Entzifferung

gangen, Alexander der Große beendete die Herrschaft 330 v. Chr. Sein Glanzlicht ist bis heute die mit rund 125 000 Quadratmetern größtenwahnsinnige und in ihrer Art einzigartige Palastanlage Persepolis 57 Kilometer nördlich von Shiraz. Von Dareios dem Großen begonnen, brannten sie die Truppen Alexanders des Großen nieder. Doch selbst ihre Ruinen mit ihren zahllosen Reliefs – man spricht von 3000 – machen noch heute demütig angesichts der einstigen Pracht und Macht.

Persepolis war der Ort, an dem die rund 30 Völker des Weltreiches zu Nouruz, dem noch immer um den 20. März gefeierten Neujahrsfest, ihren Tribut ablieferten. Jedes einzelne Volk ist am Treppenaufgang zum Apadana, der prachtvollen Empfangshalle, kunstvoll verewigt. Systematisch wieder zum Leben erweckt hat Persepolis der deutsche Archäologe Ernst Herzfeld, der von 1931 bis 1934 für das Oriental Institute der Universität von Chicago die Ausgrabungen leitete.

Der Schah ließ Persepolis großzügig restaurieren, um dort 1971 mit der „größten Party auf Erden“, wie der „Spiegel“ später einmal titelte, das Todesjahr von Kyrus dem Großen zu feiern, jenem Achämeniden, der das altpersische Königreich zum Weltreich machte. Der Dokumentarfilm von diesem Ereignis wurde zur Legende. Selbst junge Iraner, die damals noch gar nicht geboren waren, sprechen einen darauf an. Die Sehnsucht nach der Rückkehr in die Weltgemeinschaft ist unüberhörbar. *Helga Schnehagen*

Reiseveranstalter wie Studiosus oder Gebeco bieten gut organisierte Studienreisen an. So kostet eine neuntägige Dr. Tigges Studienreise inklusive Flug und Hotel ab 1800 Euro (buchbar über Gebeco). Offizielle Touristeninformationen (auf Englisch): www.visitiran.ir



Bild: Colourbox

Perfekt ausgeleuchtete jahrtausendalte Kultur im Iran: Abendstimmung in Persepolis

digsten Mädchen und Frauen. Das Handyfoto mit dem Fremden fürs soziale Netz ist offensichtlich ein Muss. Mit Großfamilie, Teppich, Wasserkocher, Teekanne und Zelt durchqueren sie ihre Republik von Nord nach Süd und West nach Ost, von Sehenswürdigkeit zu Sehenswürdigkeit.

Die Verkehrsdichte ist nicht nur in Teheran und Isfahan im wahren Sinne atemberaubend. Sie führt auch bereits dazu, dass schon mindestens in einer Pro-

ral Heritage, Handicrafts and Tourism Organization). Die Fremden erobern im Reisebus, die Einheimischen im Auto die 23 Kultur- und Naturstätten, die bis jetzt auf der internationalen Liste stehen.

Jede Reise durch das große Land bietet trotz guter Straßen naturgemäß nur einen flüchtigen Einblick und eine geografisch verbindbare Auswahl. Dabei muss man aufpassen, dass man beim schnellen Ritt durch die Jahrtausende die Steigbügel nicht ver-

Nahe Izeh im Südwesten des Landes beeindruckten in Kul-e-Farah sechs elamische Felsreliefs, die vielleicht um 700 v. Chr. in den Fels geschlagen wurden. Fünf Kilometer nordöstlich der Stadt Kermanschah im West-Iran ziehen inmitten des Zagros-Gebirges große Felsreliefs aus der Ära des Sassanidenreichs (226 bis 650 n. Chr.) die Kurden der Region in ihren Bann.

In Bisotun, 30 Kilometer östlich von Kermanschah, findet man

der Keilschrift wie der Stein von Rosetta für ägyptische Hieroglyphen. Nur lesen kann man die in einer Felsspalte in 66 Meter Höhe angebrachten Schriftzeichen von unten nicht. Möglicherweise war das vor 2500 Jahren anders.

Damit ist man unweigerlich bei den Achämeniden angekommen, die im Iran nicht nur das erste persische Großreich, sondern auch das erste Weltreich der Geschichte schufen. Elam war im 6. Jahrhundert v. Chr. darin aufge-

Watteweiches Winterreck

Biospährenpark Lungau – Wo man Touren geht und sich durchboxt

Des Dauerschneefalls im Januar hätte es eigentlich gar nicht bedurft. Der Lungau ist ohnehin die schneesichere Region im Bundesland Salzburg. Für ein Chaos haben die Schneemassen in diesem „Drei-Bundesländereck“ mit Kärnten

Topskiregion Katschberg-Aineck. Die ursprünglichen Landschaften im UNESCO-Biosphärenpark Lungau zwischen Tauern und Nockbergen und die hohe Schneesicherheit locken Tourengeher ebenso an wie Schneeschuhwanderer und Langläufer.



Bild: MK Salzburg

Schneesicheres Lungau: Ausblick von der Skipiste ins Murtal

und der Steiermark aber auch nicht gesorgt. Im Gegenteil: Sie haben eine watteweiche Winterlandschaft hinterlassen mit gegenwärtig bis zu 80 Zentimetern Schnee in den Talorten und zwei Metern auf den Bergpisten.

Wer sich vom Winterurlaub viel Schnee, Sonne und idyllische Natur erwartet, wird den Lungau lieben. Ski-Enthusiasten und Ski-Abstinenzler zieht es dabei nach St. Margarethen, dem Talort der

Auf der gut 30 Kilometer langen Murtallope sind dank bester Schneebedingungen in diesen Tagen entlang des Flusses viele Langläufer unterwegs. Loipen-Wochenkarten, die außer für die Murtallope auch für alle 200 Loipenkilometer im Lungau gültig sind, gibt es für um die zehn Euro. Der Winterwanderweg am Leisnitzbach bringt große sowie kleine Füße in die Gänge und der Schlögelbergerweg all jene, die

wie zu Großvaters Zeiten mit Schneeschuhen durch unberührte Landschaften stapfen möchten. Zur gemütlichen Einkehr empfiehlt sich der Gasthof Schlögelberger. Leih-Schneeschuhe gibt es im Infobüro St. Margarethen und in den Sportgeschäften.

Das Leisnitztal ist außerdem das ideale Revier für Skitouren-Anfänger: Zu den bewirtschafteten Hütten Kößlbacher und Brantntweiner führen gut eingegangene Routen. Talwärts kann man die Skipiste am Aineck nehmen. Weitere Möglichkeiten für Urlaubstage voller besonderer Momente tun sich mit Rodeln, Eislaufen, Eisstockschießen, Winterreiten und Pferdeschlitten fahren auf.

Der Katschberg, den man von St. Margarethen aus mit der neuen Gondelbahn Silverjet 1 erreichen kann, zählt außerdem zu den bestbewerteten familien- und kinderfreundlichen Skigebieten Kärntens. Dank der Höhenlage zwischen 1100 und 2200 Metern reicht die Skisaison hier bis Anfang April.

Wer neben der herrlichen Natur auch ein Stück Lungauer Kultur „inhalieren“ möchte, sollte sich den Schwank „Der Meisterboxer“ von der Theatergruppe St. Margarethen ansehen, der bis Mitte März aufgeführt wird. *tws*

Internet: www.stmargarethen.at

Münzhagel unter Pfiffen

Was geschieht mit den Millionen aus dem Trevi-Brunnen in Rom?

Alle paar Sekunden ertönt der schrille Pfiff eines Carabinieri. Wieder einmal hat sich ein Tourist für ein Selfie auf die marmorne Brunnenumrandung gestellt oder ins Wasser gegriffen. Beides ist verboten, und weil Tausende von Touristen täglich den Trevi-Brunnen in Rom bevölkern und jeder von sich ein originelles Selfie-Bild mit Brunnen machen will, sind die Trillerpfeifen im Dauereinsatz.

Wer aber auf die Idee kommen sollte, auch nur eine Münze aus dem Wasser zu fischen, wird abgeführt. Täglich regnet ein ganzer Geldhagel in den Brunnen, der durch Fellinis Film „La Dolce Vita“ weltberühmt wurde, weil darin die leicht bekleidete schwedische Schauspielerin Anita Ekberg baden ging. Um die 4000 Euro sind es pro Tag in allen möglichen Währungen der Welt. Rund 1,5 Millionen Euro kommen so pro Jahr zusammen. Wahrlich eine Goldgrube, die im Übrigen der in Rom tätige deutsche Archäologe Wolfgang Hilbig vor etwa 100 Jahren aufgetan haben soll.

Um seine traurigen Studenten zu trösten, die Rom verlassen mussten, riet er ihnen, mit verschlossenen Augen rückwärts über die Schulter eine Münze in das Wasser zu werfen. Dann würden sie Rom eines Tages wiedersehen. Seitdem macht das jeder. Und seit dem Jahr 2001 freute sich

besonders die Caritas über den Geldsegen. Der damalige Bürgermeister der Ewigen Stadt hatte beschlossen, die Millionen aus dem Trevi-Brunnen der Wohltätigkeitsorganisation zu überlassen. Damit sollte es nach der 2016 gewählten neuen Bürgermeisterin

– mit einer kleinen Änderung: Die städtischen Münzsammler, die den Trevi-Brunnen jeden Morgen mit speziellen Saugern säubern, geben das Geld nach wie vor bei der Stadt ab, die dann zumindest einen Teil davon der Caritas spenden wird.



Wie auf einer Dauerparty: Touristen am Trevi-Brunnen

Bild: tws

Virginia Raggi von der Fünf-Sterne-Bewegung bald vorbei sein. Im finanziell klammen Rom sei das Geld besser für die Müllentsorgung oder das Stopfen der vielen Straßenlöcher aufgehoben.

Leider hatte Raggi ihre Rechnung ohne die Römer gemacht, die daraufhin eine wahre Protestwelle lostraten. Nachdem die neue Verordnung bereits zu Jahresbeginn greifen sollte, wurde sie nun auf den 1. April verschoben

Den ständig steigenden Massen an Touristen, die sich täglich um den Trevi-Brunnen drängeln, wird es egal sein, was mit ihrem Geld geschieht. Sie werden weiterhin ihre Euros, Dollars, Pfund, Rubel, Pesos, Yuans oder Yens gedankenlos in das Wasser werfen und ebenso rücksichtslos den Platz vorm Brunnen in eine Dauerparty verwandeln. Die Carabinieri werden immer häufiger zur Ordnung pfeifen müssen. *Harald Tews*

Angriff des Kapitalmarkts auf die Gesundheit

Einer, der den vielfältigen Anforderungen unserer Leistungsgesellschaft nicht gerecht wird, bekommt Probleme, sei es durch Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit, Krankheit und/oder Suchtverhalten. Dann ist oft die Gesundheitsversorgung lebenswichtig. Diese aber wird nicht jedem Behandlungsbedürftigen gerecht, unter anderem weil die Gesundheitsleistungen immer teurer werden.

In seinem Buch „Unsere Gesellschaft macht krank. Das Leiden der Zivilisation und das Geschäft mit der Gesundheit“ beschäftigt sich Suitbert Cechura umfassend mit der Ausrichtung unseres gesellschaftspolitischen Systems und dessen Verquickung mit der globalen kapitalistischen Marktwirtschaft. Letztere werde von einer Politik, die sich dem Wachstumsgedanken verschrieben habe, nicht hinreichend in die Schranken gewiesen.

Cechura prangert die auf Profitmaximierung ausgerichtete Produktionsweise an, insbesondere die unzureichende staatliche Regelung des Gesundheitsmarktes. Dieses System sei zwangsläufig mit zahllosen Risiken und Schäden für Mensch und Umwelt verbunden. Die seien zwar teilweise hinreichend bekannt, würden aber meist widerspruchslos hingenommen, da der Einzelne über keinerlei Einfluss verfüge, um Änderungen herbeizuführen. Betroffenen seien alle Individuen, als Ar-

beitnehmer, Verbraucher, Eltern und Pflegebedürftige, lautet die Fundamentalkritik des Autors.

Cechura ist promovierter Rehabilitationswissenschaftler und war als Psychotherapeut viele Jahre mit psychischen und physischen Beeinträchtigungen seiner Patienten konfrontiert. Sein weit ausgreifender Report ist mit einer Fülle von aktuellen Pressemeldungen unterlegt und deckt ein breites Spektrum an Themen ab.

Von Arbeitssuchenden erwartet die Privatwirtschaft „Flexibilität“

Gut informierter
Leser bekommt
mülmiges Gefühl

und „Belastbarkeit“, der Staat von sämtlichen Bürgern und Verbrauchern Eigenverantwortung in Sachen Gesundheit zur Vermeidung von „Zivilisationskrankheiten“, moniert Cechura. Wir seien aber konfrontiert mit „Billigware von bedenklicher Qualität“: „Dass Lebensmittel, Atemluft und viele Dinge des täglichen Lebens mit Schadstoffen belastet sind, ist bekannt, wird aber nur dann zum öffentlichen Thema, wenn der Grad der Vergiftung oder Schädigung das erlaubte Maß überschreitet ...“.

Hier seien als Beispiele die zunehmende Verwendung von Nanoteilchen in Kleidung und Kos-

metika genannt, obwohl deren Ausbringung in die Umwelt möglicherweise gesundheitliche Schäden bewirkt, sowie das in Lebensmitteln nachgewiesene Pflanzengift Glyphosat, das von der Politik dennoch nicht verboten wird. Dabei gäbe es eine Alternative: „Eine Produktion, die auf die Versorgung der Menschen ausgerichtet ist, würde weder Schadstoffe in der Produktion akzeptieren noch mit dem Verschleiß der Produzenten kalkulieren.“

Doch die sozialstaatliche Kalkulation mit der Gesundheit und den Todesfällen wache lediglich darüber, dass die unternehmerischen Maßnahmen nicht zum völligen Ruin von Mensch und Natur führen, so lautet die Quintessenz von Cechuras denkbar schlechter Bewertung der staatlichen Aufgabenerfüllung.

Im Zentrum der Abrechnung des Autors mit unserer Gesellschaftsordnung steht das ökonomisierte Gesundheitssystem. Chronische Leiden wie Diabetes und Krankheiten des Stütz- und Bewegungsapparates seien auf dem Vormarsch,

desgleichen multiresistente Erreger („Krankenhauskeime“) sowie psychische Krankheiten wie auch Krebs und Herz-Kreislaufkrankheiten, deren Ursachen aber nicht ohne Weiteres auf Umweltbelastungen zurückzuführen sind.

Cechura nimmt alles unter die Lupe, den Hausarztbesuch, die Krankenhausbehandlung, die Apotheken, den Gesundheitsmarkt, welcher wie alle anderen Sektoren dem Wachstum von Geldvermögen unterworfen ist.

Letztendlich bleibt der gut informierte Leser mit einem mülmigen Gefühl zurück, denn es gibt keinen Ausweg aus der Misere. Des Autors Vorschlag „einer umfassenden Änderung unserer Gesellschaft mit dem Ziel, die Produktionsverhältnisse an den Bedürfnissen ihrer Bewohner auszurichten“ klingt nach gescheitertem Konzept des Sozialismus.

D. Jestrzowski



Suitbert Cechura:
„Unsere Gesellschaft macht krank. Das Leiden der Zivilisation und das Geschäft mit der Gesundheit“, Tectum Verlag, Baden-Baden 2018, broschiert, 336 Seiten, 21,95 Euro

Banale Untergangsprophetie

Seit Jahrzehnten versuchen uns diverse Welterklärer die Augen dafür zu öffnen, was denn nun im Nahen Osten „tatsächlich“ passiere. In diese Tradition reiht sich auch der Islam- und Politikwissenschaftler sowie frühere „Zeit“-Redakteur Michael Lüders ein, dessen neuestes Buch den etwas reißerischen Titel „Armageddon im Orient“ trägt.

In dem Sachbuch analysiert er den Machtkampf zwischen Saudi-Arabien, Israel und dem Iran sowie die Haltung der europäischen Staaten und der USA hierzu. Seine Kernthese lautet dabei, dass Washington einseitig Partei gegen den Iran ergreife und somit Öl ins Feuer gieße, während Europa mehr oder weniger passiv zuschauen oder sich über irrelevante Aspekte der Problematik den Kopf zerbrechen.

Und auch sonst erscheint der Westen als das eigentliche Problem und nicht etwa der religiöse Konflikt zwischen den iranischen Schiiten und den saudischen Gralskünstlern des sunnitisch-wahhabitischen Islam. Ganz besonders gut

kommt bei Lüders der Iran weg, obwohl der Autor immer wieder auf seine angeblich unparteiische Haltung verweist. Angesichts dessen kann nicht verwundern, dass es Kritiker gibt, die ihn als „Teheran-Versteher“ bezeichnen. Auf jeden Fall hat sich Lüders sehr viel mehr auf den US-Präsidenten Donald Trump und das saudische Königshaus eingeschossen als auf die scharfmacherischen und extrem israelfeindlich auftretenden Mullahs.

Ansonsten liegt der umstrittene Nahostexperte natürlich richtig, wenn er prophezeit, ein Krieg gegen den Iran werde katastrophale Folgen für die Region und auch für Europa haben. Aber um ein solches sprichwörtlich biblisches „Armageddon“ vorherzusagen, braucht es nun wahrlich keine große analytische Brillanz.

Wolfgang Kaufmann



Michael Lüders:
„Armageddon im Orient. Wie die Saudi-Connection den Iran ins Visier nimmt“, Verlag C. H. Beck, München 2018, broschiert, 265 Seiten, 14,95 Euro

Anti-Terrorgesetze im Visier

Der gesetzgeberische Aktivismus, der fast nach jedem terroristischem Vorfall erneut einsetzt, hat Einschränkungen der Grund- und Menschenrechte bewirkt, die den freiheitlichen Charakter der westlich-liberalen Demokratie gefährden.“ Das ist die Kernthese des Buchs „Trügerische Sicherheit“, das eine deutliche Kritik der, wie der Autor meint, allzu eilfertigen Gesetzgebungsmaschinerie in punkto Sicherheit und Abwehr des Terrorismus darstellt.

Es ist angesichts der anhaltenden terroristischen Bedrohung ein brandaktuelles Buch. Der Autor Peter Schaar war in der Zeit von 2003 bis 2013 Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit. Alle gesetzgeberischen Maßnahmen in diesen Jahren, insbesondere in Reaktion auf den Terroranschlag auf das World Trade Center, hat er hautnah mitverfolgt.

Durch den Anschlag in New York hatten sich fast alle westlichen Staaten herausgefordert gefühlt und mit verschärften Sicherheitsmaßnahmen reagiert. Bestehende Sicherheitsgesetze wurden verändert oder erweitert.

Allein für Deutschland zählt Schaar 37 Gesetze und Verordnungen auf, die zwischen September 2001 bis Mitte 2017 neu erlassen wurden, darunter zur Strafprozessordnung, zur Telefon- und Videoüberwachung, zur Errichtung gemeinsamer Dienststellen von Bund und Ländern, zur besseren Datenabgleichung, nicht zuletzt die Errichtung eines „Nationalen Cyber-Abwehrzentrums“.

Es sei, so sagt Schaar, der fast verständliche Reflex der Politik, auf jedes Attentat mit verschärften Gesetzen zu reagieren. Aber, so fährt er fort, das sei der falsche

Weg. Verschärfte Gesetzgebung habe bewiesenermaßen noch nirgendwo zu einer Verringerung des Terrors geführt. Generell zum Thema Sicherheit sei zu sagen, dass entgegen dem allgemeinen Gefühl Kapitalverbrechen in der Bundesrepublik seit Jahren rückläufig seien.

Wenn dennoch Unsicherheit und Angst in der Bevölkerung ständig wüchsen, so liege das nicht zuletzt an der immer dramatischer sich gebärdenden Berichterstattung in vielen Medien. Die Demokratie sollte, so Schaars Plädoyer, aber besonnen bleiben, die bestehenden Dienste auf nationaler und europäischer Ebene besser vernetzen und nicht zuletzt Ursachenbekämpfung betreiben, also die „andauernd ungleiche Wohlstandsverteilung im globalen Maßstab“ beenden.

Das Buch fordert den Leser zu ständigen Reaktionen heraus. Kann wirklich so rigoros geurteilt werden, wenn die Besorgnis vieler Menschen einfach eine Realität ist? Muss man nicht einem zu allem entschlossenen Gegner, der erklärtermaßen möglichst viele „Ungläubige“ ermorden will, mit annähernd gleichen Mitteln entgegenzutreten? Mit seiner Kritik an der schwerfälligen deutschen Bürokratie und dem skandalösen Nebeneinander von Landes- und Bundesbehörden rennt Schaar offene Türen ein. Ob verschärfte Gesetze die Bundesrepublik nicht lange Zeit vor schweren Anschlägen bewahrt haben, bleibt zumindest zu fragen.

Dirk Klose



Peter Schaar:
„Trügerische Sicherheit. Wie die Terrorangst uns in den Ausnahmezustand treibt“, edition Körber, Hamburg 2017, Taschenbuch, 288 Seiten, 17 Euro

Eiskalter Hörgenuss mit Doctor Who

Düdüdü-düdüdü – wer jetzt eine Melodie im Kopf hat, der kennt den britischen Straßenfeger „Doctor Who“. Die Geschichte ist schnell erzählt: Ein Time-Lord reist mit Kumpanen durch Raum und Zeit und rettet Menschen sowie andere Lebensformen, Planeten und sogar die Zeit selbst. Schon seit 1963 begeistert diese britische Science-Fiction-Serie die Fernsehzuschauer nicht nur im Vereinigten Königreich. Seit 2005 wird die Serie fortgesetzt. Das ist möglich, weil die Schauspieler wechseln – der Doktor ist ein Außerirdischer und kann sich regenerieren. So ist es auch möglich, dass er in der aktuellen Staffel von einer Frau (Jodie Whittaker) dargestellt wird.

Der Lübbe Audio Verlag hat Geschichten, die nicht verfilmt wurden, als Hörbücher und Hörspiele herausgegeben wie zuletzt „Doctor Who und stumme Sterne“

sich eine „Doctor Who“-Folge wünscht. Das Hörbuch besteht aus vier CDs, die am Ende mit einer Spannungsmusik abgeschlossen werden und damit auf einen CD-Wechsel hinweisen.

Der Rechtschreibfehler im Titel „ziehn“ statt „ziehen“ stört, und manchmal sind die Hintergrundgeräusche zu laut, aber das sind auch die einzigen Kritikpunkte an dieser Produktion.

Mit einer Spielzeit von 285 Minuten ist diese Geschichte viel länger als eine Folge der Fernsehserie, aber das ist überhaupt nicht schlimm, denn am Ende

freut sich der Hörer schon, wenn er das nächste „Doctor Who“-Abenteuer in den CD-Spieler legen kann. Mittlerweile gibt es bei Lübbe Audio 13 deutschsprachige „Doctor Who“-Hörbücher beziehungsweise Hörspiele, in englischer Sprache gibt es noch weit mehr.

Christiane Rinser-Schut



Dan Abnett:
„Doctor Who und stumme Sterne ziehn vorüber“, Lübbe Audio, Bastei Lübbe AG, Köln 2018, ausklappbare Papphülle, 4 CD, 285 Minuten Spielzeit, 12 Euro

Seelenmedizin des Waldes wissenschaftlich erläutert

Die meisten von uns ahnten es schon immer oder nehmen es als ganz selbstverständlich hin: Im Wald zu sein, tut unendlich gut und macht uns gesund. Die Juristin, Verlegerin und Autorin Melanie H. Adamek hat diese Tatsache in ihrem Buch „Im Wald Sein“ jetzt auch wissenschaftlich festgehalten.

Sicher haben noch nicht viele vom Begriff „Shinrin Yoku“ gehört, was „Baden in der Waldluft“ bedeutet. Gemeint ist damit das Eintauchen in die Stille des Waldes. Geprägt wurde der Begriff 1982 vom japanischen Ministerium für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei. Professor Qing Li von der Tokio Medical School gilt als Begründer und Urvater der Waldtherapie. Sein Forschungsgebiet der Waldmedizin liefert reichhaltige Studien zur immunologischen Wirkung des Shinrin Yoku.

Schon durch ihre Großeltern wurde die Autorin an den Wald herangeführt, was für sie unvergesslich blieb. Nachdem sie sich

mit Studien befasste, die eindeutig die heilsame Wirkung des Aufenthaltes in Wäldern belegten, berichtete sie davon begeistert Freunden und Bekannten.

So bildete sich eine Gruppe von zwölf Neugierigen heraus, die gemeinsam einen Praxistest durchführen wollten. „Faszination und Entdeckergeist führten uns im September 2017 während eines fünftägigen Kurzurlaubs für drei Tage in den Wald auf der Suche nach Entspannung, Wohlbefinden und besseren Blutwerten“, sagt Adamek. Das Konzept, wie der Praxistext auszusehen habe, entwickelte die Gruppe selbst mit Unterstützung durch Angela Schuh und Gisela Immich vom Lehrstuhl für Public Health und Versorgungsforschung an der LMU München. Die Ergebnisse der Auswertung nach dem Test sind im Buch nachzulesen.

Was der Mensch vielleicht intuitiv spürt, wenn er sich endlich mal wieder aus den Häuser-schluchten und dem Lärm der Großstädte löst, ist längst wissen-

schaftlich belegt. Waldbilder wirken wie Meditation, im Wald Sein ist die natürliche Antwort auf Psychostress und Zivilisationskrankheiten. Der Professor für Klinische Naturheilkunde und Chefarzt am Immanuel Krankenhaus in Berlin, Andreas Michalassen, lässt im Vorwort wissen, dass der moderne Mensch durch künstliche Umgebungen, Eile und Beschleunigung in seinem stressfördernden Alltag völlig vergessen

hat, dass wir aus der Natur kommen. Diese natürliche Umgebung und Lebensbedingungen seien seit etwa 200 Jahren durch die technische und industrielle Revolution dramatisch verändert worden.

Im Buch kommen Mediziner und andere Wissenschaftler aus Japan und den USA zu Wort, die sich schon lange mit der Heilkraft eines Aufenthaltes im Wald befassen. Naturbetrachtung rufe positive körperliche und geistige Reaktionen hervor, so die Autorin. Reich bebildert lädt dieses Werk ein, unsere Natur neu zu entdecken und vielleicht selbst des Öfteren einen Praxistest durchzuführen.

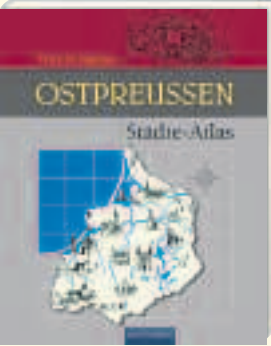
Silvia Friedrich



Melanie H. Adamek:
„Im Wald Sein. Die natürliche Antwort auf Psychostress und Zivilisationskrankheiten. Entdeckung eines Präventionskonzepts“, Optimum Medien und Service Verlag, 2018, gebunden, 382 Seiten, 34,90 Euro

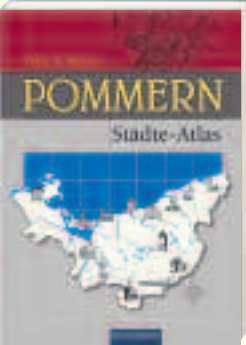


Historische Karte: Provinz Ostpreussen 1910 (Gefaltet)
Reprint Karte Provinz Ostpreussen. Grenz- und flächenkolorierte Karte. Carl Flemmings Generalkarten No. 3. Carl Flemming Verlag Glogau, Buch- u. Kunstdruckerei, ohne Jahr (ca. 1910). Maßstab 1:475 000. Außenformat (Breite x Höhe) 65 cm x 95 cm – Darstellungsgröße (Breite x Höhe) 63,7 x 87,7 cm. Farbenprächtiger Nachdruck der Originalkarte. Mit statistischer Übersicht aller Regierungsbezirke der Provinz Ostpreussen im oberen, linken Bereich und einer Extra-Karte von Königsberg und seiner Umgebung im oberen, rechten Bereich, im Maßstab 1:150 000.
Nr. P A1105 Gebunden 19,80 €



Fritz R. Baran
Ostpreußen Städte-Atlas
Historische Karten und Stadt-pläne ostpreußischer Städte von Allenburg bis Zinten 224 Seiten/Gebunden
Nr. P 1050 24,95 €

Fritz Barran hat mit großer Akribie diesen Städteatlas zusammenge- stellt, der statistische Angaben über die Provinz Ostpreußen, deren Regierungsbezirke, Kreise und Städte und vor allem die Stadt-pläne beinhaltet. Damit hat er ein einmaliges heimatkundliches Werk geschaffen, das dazu beitragen kann, die geistigen, kulturellen und emotionalen Bindungen der Deutschen zu Ostpreußen neu zu knüpfen. In diesem Städteatlas werden sämtliche Städte und Krei- se der Provinz Ostpreußen nach dem Stande von 1937 beschrieben, also auch mit den fünf Kreisen des Regierungsbezirks Westpreußen. Die Stadtpläne laden ein zu einem Spaziergang durch historische Gassen und Straßen.



Fritz R. Barran
Pommern Städte-Atlas
Historische Karten und Stadt-pläne pommerscher Städte von Altdamm bis Zanow 224 Seiten/Gebunden
Nr. P 3019 24,95 €

Fritz Barran hat mit großer Akribie diesen Städteatlas zusammenge- stellt, der statistische Angaben über die Provinz Pommern, deren Regie- rungsbezirke, Kreise und Städte und vor allem die Stadtpläne der heute zu Polen gehörenden Städte bein- haltet. Damit hat er ein einmaliges heimatkundliches Werk geschaffen, das dazu beitragen kann, die geis- tigen, kulturellen und emotionalen Bindungen der Deutschen und ihrer Bewohner zu Pommern neu zu knüpfen. In diesem Städteatlas werden sämtliche Kreise der Provinz Pommern nach dem Stande vor 1945 beschrieben. Die historischen Stadtpläne laden ein zu einem Spaziergang durch die historischen Straßen und Gassen, der heute zu Polen gehörenden Städte.



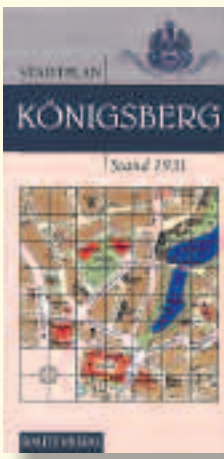
Fritz R. Barran
Ostbrandenburg Städte-Atlas
Historische Karten und Stadtplä- ne ostbrandenburgischer Städte von Arnsvalde bis Züllichau 144 Seiten/Gebunden
Nr. P 3022 19,95 €

Fritz Barran hat mit großer Akribie diesen Städteatlas zusammenge- stellt, der statistische Angaben über die Provinz Ostbrandenburg, deren Regierungsbezirke, Kreise und Städte und vor allem die Stadtpläne beinhaltet. Damit hat er ein einmaliges heimatkundli- ches Werk geschaffen, das dazu beitragen kann, die geistigen, kulturellen und emotionalen Bindungen zu den gerade auch östlich der Oder gelegenen Städte und Gemeinden neu zu knüpfen. In diesem Städteatlas werden sämtliche Städte und Kreise der Provinz Ostbrandenburg nach dem Stande vor 1945 beschrieben. Die historischen Stadtpläne laden ein zu einem Spaziergang durch die historischen Straßen und Gassen.

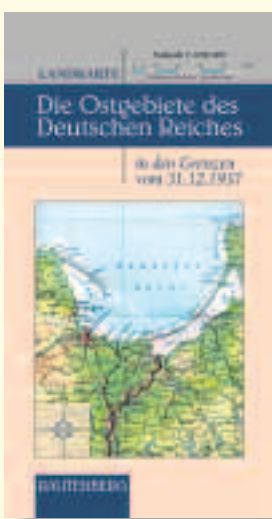


Fritz R. Baran
Schlesien Städte-Atlas
Historische Karten und Stadt- pläne schlesischer Städte von Auras bis Zülz 360 Seiten/Gebunden
Nr. P 4021 29,95 €

Fritz Barran hat mit großer Akribie diesen Städteatlas zusammenge- stellt, der statistische Angaben über die Provinz Schlesien, deren Regierungsbezirke, Kreise und Städte und vor allem die Stadt- pläne beinhaltet. Damit hat er ein einmaliges heimatkundliches Werk geschaffen, das dazu beitragen kann, die geistigen, kulturellen und emotionalen Bindungen der Deutschen zu Schlesien neu zu knüpfen. In diesem Städteatlas werden sämtliche östlich der Oder gelegene Städte und Kreise der Provinz Schlesien vor 1945 beschrieben. Die historischen Stadtpläne laden ein zu einem Spa- ziergang durch die heute zu Polen und der Tschechischen Republik gehörenden Städte.



Stadtplan Königsberg 1931
Historischer Stadplan von 1931. Maßstab 1: 15.000
Nr. P 5508 Historischer Stadtplan 7,95 €



Landkarte
Die Ostgebiete des deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937
Diese farbige Landkarte zeigt die Ostgebiete des deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937. Von der Küste der Ostsee bis zum Riesengebirge im Süden kann man sich auf Spurensuche begeben nach den Ortschaften der ehemaligen deutschen Provinzen Pom- mern, Ostpreußen, Schlesien und im Sudetenland. Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5408 9,95 €



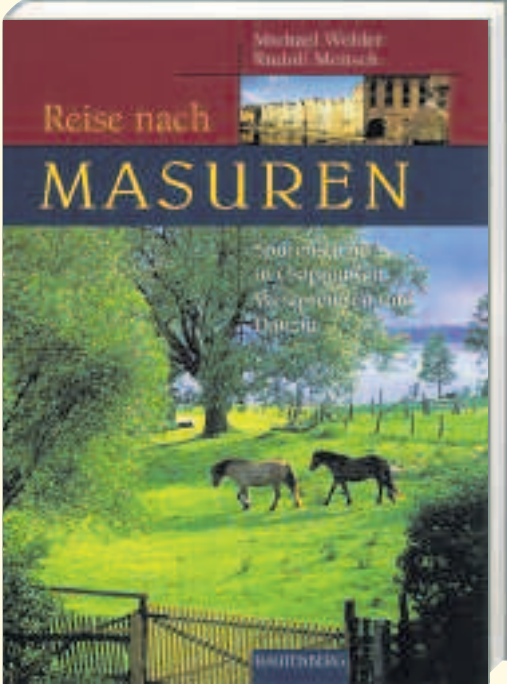
Stadtplan Königsberg/Kaliningrad
Russ.–Dt./Dt.–Russisch; Maßstab 1: 15.000
Nr. P 533099 Stadplan 9,95 €



Michael Welder
Reise nach Königsberg
Spurensuche von Litauen in das nördliche Ostpreußen
Diese „Reise nach Königsberg“ führt in eine Stadt mit einzigartiger Kultur, zahlreichen Kirchen und Kunstdenkmälern. Die alte Hauptstadt Ostpreußens ist wieder zu einem erreichbaren Reiseziel geworden. Eine Spurensuche nach dem reichen Erbe an Architektur und anderen Werken zeigt Bekanntes und Neuzeitdeckendes. Die steinernen Zeugnisse wurden zum Teil wieder aufgebaut, enge Gassen und histo- rische Speicher laden in diese bedeutende Stadt am Pregel an der alten Bernsteinstraße ein. Die Farbaufnahmen entstanden zwischen 1985 und 1995. 297 Abbildungen. 224 Seiten
Nr. P 1072 Gebunden mit Schutzumschlag 39,95 €



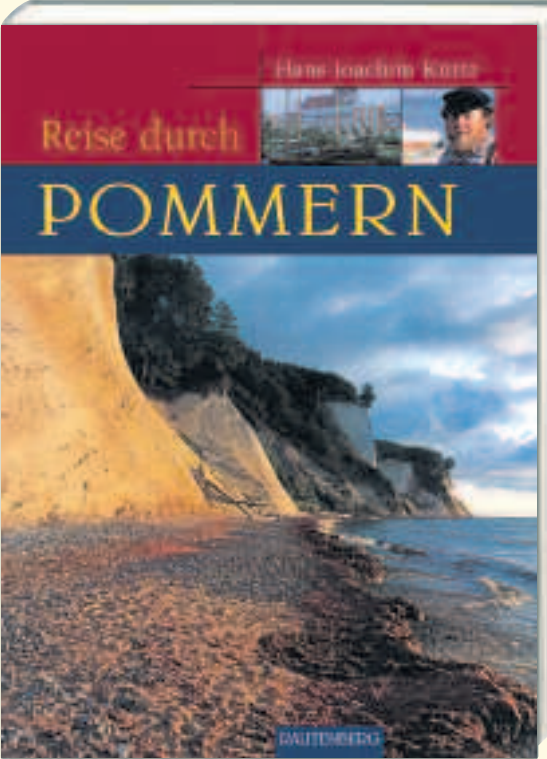
Michael Welder
Reise nach Ostpreußen
Spurensuche zwischen Weichsel und Memel
Diese „Reise nach Ostpreußen“ führt in ein Land der dunklen Wälder, kristallinen Seen und der weiten Küste. Die faszinierende Region mit der geheimnisvollen Schönheit der masurischen Seen, der Kurischen und Fri- schen Nehrung ist wieder zu einem erreichbaren und einzigartigen Rei- seziel geworden. Die Städte und Dörfer, deren Kirchen, Burgen, Schlösser und Herrenhäuser erzählen von der wechselvollen Geschichte. Nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg haben viele Orte und Bauwerke ihr altes Gesicht wiedererhalten, eine Spurensuche zeigt Bekanntes und Neuzeitdeckendes. Die Farbaufnahmen entstanden zwischen 1985 und 1995. 278 Abbildungen. 224 Seiten
Nr. P 1082 Gebunden mit Schutzumschlag 39,95 €



Michael Welder und Rudolf Meitsch
Reise nach Masuren
Spurensuche in Ostpreußen, Westpreußen und Danzig
Diese „Reise nach Masuren“ führt in eine Region mit einzigartiger Kultur, aber auch in herrliche Naturlandschaften. Die Spurensuche nach dem reichen Erbe an Architektur und anderen Kunstwerken, nach Bekanntem und Neuzeitdeckendem, findet in Ostpreußen, Westpre-ußen und in Danzig, statt. Für die einen ist der Bildband Erinnerung an die Heimat, den anderen eröffnet er ein neues, noch zu entdeckendes Reiseziel. Die zahlreichen Farbaufnahmen von Michael Welder zeigen Masuren mit seiner reichen, alten Kultur und seiner einzigartigen Naturschönheiten. Der kompetente Text von Rudolf Meitsch und Michael Welder informiert ausführlich über die wechselvolle Geschichte Masurens. Die Farbaufnahmen entstanden zwischen 1985 und 1995. 153 Abbildungen. 192 Seiten
Nr. P 1037 Gebunden mit Schutzumschlag 39,95 €



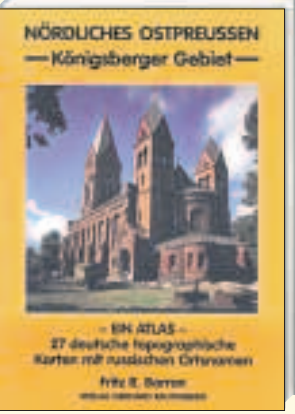
Michael Welder
Reise nach Schlesien
Spurensuche zwischen Annaberg und Zobten
Diese „Reise nach Schlesien“ führt in ein Land mit einzigartiger Kultur, mit Kirchen, Burgen und Klöstern, aber auch in herrliche Naturlandschaf- ten. Die Spurensuche nach dem reichen Erbe an Architektur und anderen Kunstwerken, nach Bekanntem und Neuzeitdeckendem findet zwischen Annaberg und Zobten, in der sagenumwobenen Bergwelt des Riesen- gebirges und den lieblichen Ebenen der Oberriederungen statt. Für die einen ist der Bildband Erinnerung an die Heimat, den anderen eröffnet er ein neues, noch zu entdeckendes Reiseziel. Die Farbaufnahmen entstan- den zwischen 1985 und 1995. 278 Abbildungen. 224 Seiten
Nr. P 4018 Gebunden mit Schutzumschlag 39,95 €



Hans Joachim Kürtz (224 Seiten)
Reise durch Pommern
Diese „Reise durch Pommern“ führt in ein Land mit einzigartiger Kultur, mit Kirchen, Burgen und Klöstern, aber auch in herrliche Natur- landschaften. Die Spurensuche nach dem reichen Erbe an Architek- tur und anderen Kunstwerken, nach Bekanntem und Neuzeitdeckendem findet in dem Land zwischen dem Darß und der Lonskedüne statt. Für die einen ist der Bildband Erinnerung an die Heimat, den anderen eröffnet er ein neues, noch zu entdeckendes Reiseziel. 250 Abbil- dungen. Der Bildband erschien im Jahr 1993 das erste Mal und zeigt Pommern, wie es zu dieser Zeit war. Auf vielfachen Leserwunsch wurde der Band wieder in das Programm aufgenommen und nachgedruckt.
Nr. P 3027 Gebunden mit Schutzumschlag 39,95 €



Ortsnamensverzeichnis und Karte
Nördliches Ostpreußen Königsberger Gebiet und Memelland
Deutsch – Russisch u. Deutsch – Litauisch. 136 Seiten
Nr. P 5011 Kartoniert 8,95 €



Atlas
Nördliches Ostpreußen Königsberger Gebiet
27 deutsche topografische Karten mit russ. Ortsnamen im Maßstab 1:100.000. 70 Seiten
Nr. P 1092 Kartoniert 12,95 €



Das nördliche Ostpreußen – Kaliningrader Gebiet
Übersichtskarte nördliches Ostpreußen im Maßstab 1: 230.000 (Stand 1987). Alle Orte zweisprachig (dt.–russ./russ.–dt.) mit Sonderkarte Kaliningrad Stand von 1977.
Nr. P 4509 Karte nördliches Ostpreußen 7,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname	Name
Straße/Nr.	Telefon
PLZ/Ort	
Datum	Unterschrift

MELDUNGEN

Anschlag auf AfD ist »rechts«

Dresden/Magdeburg – Der Anschlag auf das Büro eines AfD-Landtagsabgeordneten in Sachsen-Anhalt wurde in der Polizeistatistik als „rechtsmotiviert“ verbucht, weil die Täter ein Hakenkreuz auf das Gebäude geschmiert hatten. Dies ergab eine Untersuchung der Enquete-Kommission Linksextremismus im benachbarten Sachsen. Laut der Polizei von Sachsen-Anhalt entspricht diese Zuordnung der bundesweit gängigen Praxis. *H.H.*

Preis für Sänger Gabalier

München – Die Münchener Fashingsgesellschaft Narrhalla will dem „Volks-Rock’n’Roller“ Andreas Gabalier den diesjährigen Karl-Valentin-Preis verleihen. Begründung: Der Steirer streite wie Valentin für Meinungsfreiheit, etwa mit seinem Lied „A Meinung haben“. Vom linken Lager hagelt es massive Kritik an der geplanten Verleihung am 2. Februar. Gabalier gilt hier als rechts. *H.H.*

ZUR PERSON

Sprachpanser von der Leine

Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ hat einmal nachgezählt: Von 8612 Geburten waren in der Leine-Stadt im vergangenen Jahr drei Säuglinge unbestimmten Geschlechts. Rechnet man diese 0,035 Prozent auf die halbe Million Hannoveraner hoch, so leben dort etwa 175 Transgender-Menschen.

Für diese Minderheit betreibt Hannovers Oberbürgermeister **Stefan Schostok** (SPD) jetzt viel sprachlichen Aufwand. So hat er – natürlich mit Unterstützung des offenbar wenig ausgelasteten Referats für Frauen und Gleichstellung sowie des Beauftragten für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt – eine „Empfehlung für eine geschlechtergerechte Verwaltungssprache“ herausgebracht. Das „Rednerpult“ ist zukünftig das „Redenpult“, die „Teilnehmerliste“ wird – völlig unlogisch – zur „Teilnahmeliste“ und der „Lehrer“ zum „Lehrenden“.

Schostok könnte damit zum Vorreiter des Gendersprechs in Deutschland werden. Seit zum 1. Januar das dritte Geschlecht im Personenstandsregister eingeführt wurde, haben andere Kommunen bereits angekündigt, Hannovers Beispiel zu folgen. Mit seinem sprachpolitischen Vorstoß macht sich Schostok bereits für die nächsten OB-Wahlen im Jahr 2021 bei den Feministinnen und in der Transgender-Gemeinde lieb Kind. Der 54-jährige Sozialdemokrat ist seit 2013 im Amt, als er den zum niedersächsischen Ministerpräsidenten gewählten Stephan Weil ablöste. Zuvor war der aus Hildesheim stammende Diplom-Sozialpädagoge Fraktionschef der SPD-Opposition im Landtag. Auch für ihn wird sich sprachlich einiges verkomplizieren. Strenggenommen darf er seine „Wählenden“ nicht mehr als „Hannoveraner“ ansprechen, es handelt sich ja um ein maskulines Wortgeschlecht im Plural. Vielleicht werden sie geschlechtsneutral zu „Hannoveranenden“. *H. Tews*



Bild: Bernd Schwabe



Aktuelle Störenfriede

Gretas Rache

Warum Savonarola so sauer ist, weshalb die Kleinen besser das Urmel gucken, und wieso wir die »Tagesthemen« aushalten sollen / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Im Jenseits hören wir Savonarola wütend mit den Füßen stampfen. Der florentinische Religionsfanatiker ist außer sich vor Gram, wenn er die begeisterten Huldigungen für Greta Thunberg liest: „Mit diesem Schweden-Mädel an meiner Seite wäre ich niemals im Feuer gelandet. Aber zu spät, 500 Jahre zu spät, Teufel auch!“

Der Kleriker riss im blühenden Florenz des frühen 16. Jahrhunderts kurzzeitig die Macht an sich und errichtete ein Tugendterror-Regime. Seine Waffe: Panatisierte Kinder, die seiner Lehre blind ergeben waren und die die Bürger der Stadt in seinem Auftrag malträtierten, bedrohten, ausplünderten und in helle Panik versetzten. Alles im Namen unwiderlegbarer, weil angeblich göttlicher Moral. Es galt, die ewige Verdammnis abzuwenden, da war jedes Mittel recht.

Warum Kinder? Weil sie sich in ihrem Ringen um Anerkennung leichter vor den Karren spannen lassen als Ältere. Und weil sie in ihrem Hang zum unüberlegten Revoluzzertum viel besser aufzuwiegeln sind. Unbedingte Gefolgschaft zur „Sache“ und zu ihrem Führer einerseits und totale Ablehnung des „Feindes“ andererseits kann man bei keiner Altersgruppe in solcher Reinheit herbeizüchten wie bei den Gören. Und zu guter Letzt macht der Heiligenschein ihrer kindlichen Unschuld so ziemlich jede Anmaßung unangreifbar.

Am Ende ging's dann doch schief für den Mann. Der Papst und andere Mächtige machten solchen Druck, dass die Florentiner den Savonarola erhängten und verbrannten.

Heute stehen die Eliten zum Glück auf der anderen Seite. Greta kann sich ihrer Unterstützung sicher sein. Sie ist zwar schon 16, ginge mit ihrem starren Puppengesicht aber auch gut als 13-Jährige durch. Bei der Klimakonferenz in Kattowitz und auf dem Wirtschaftsgipfel von Davos hielt sie den Erwachsenen der ganzen Welt eine flammende Bußpredigt. Ihr Fegefeuer heißt zwar „Klimakatastrophe“, ihre Botschaft aber ist ganz nach Savonarolas Melodie: Fürchtet euch, das Ende ist nah, eure Sündhaftigkeit wird

schrecklich bestraft werden, denn die Strafe der höchsten Macht, des Klimas, wird auf euch niederfahren, oh ihr Verderbten!

„Klimaaktivistin Greta Thunberg sieht unsere Welt brennen“ titelt der Deutschlandfunk gierig gruselnd und zitiert aus der Davoser Predigt der jungen Schwedin: „Die Erwachsenen sagen immer, wir müssen den jungen Menschen Hoffnung machen, aber ich will eure Hoffnung nicht. Ich möchte nicht, dass ihr hoffnungsvoll seid. Ich möchte, dass ihr in Panik geratet. Ihr sollt die Angst spüren, die ich jeden Tag spüre.“

Woher hat sie diese Angst? Das ging früh los. Als sie noch ein wirklich kleines Mädchen war,

schlecht wird, doch der blöde Brand vom Vorabend geht einfach nicht weg.

Mit Greta werden wir es also noch länger zu tun haben. Sie leidet unter diesem nie verlöschenden Rachedurst wie wir Westdeutsche, die wir bis heute von grimmiger Rachsucht erfüllt sind gegen unsere Landsleute, die uns vor fast 30 Jahren die DDR weggenommen haben mit ihrer „friedlichen Revolution“. Der jüngste Rache-Ausbruch schoss den Ossis am Montag aus der „Welt“ entgegen.

Auslöser der Attacke: In einer Allensbach-Umfrage haben nur 40 Prozent der Neufünfländer der Aussage zugestimmt, dass die Demokratie, „wie wir sie in Deutschland haben“, die „beste Staatsform“ sei. Nur die Hälfte von ihnen halte zudem die Meinungsfreiheit in unserem Staat für wirksam geschützt.

Was die denn sonst wollen, will die „Welt“-Kolegin wissen und kann sich nur zwei Alternativen vorstellen zur „Demokratie, wie wir sie in Deutschland haben“, nämlich die rote Räterepublik oder eine Art Fascho-Diktatur. Die Meinungsfreiheit sei nämlich sehr wohl wirksam geschützt, auch wenn der politische Standpunkt von Sendungen wie den „Tagesthemen“ immer der gleiche sei. Aber das sei eben Pluralismus, das müsse man aushalten.

Nun ja, Meinungsfreiheit. Meint sie damit etwa, dass fast jede regierungskritische Demo in Windeseile von gewaltgierigen Antifa-Horden umstellt ist, Demonstranten ins Krankenhaus geprügelt werden? Dass Politiker und Einrichtungen einer gewissen Partei ständigen Übergriffen ausgesetzt sind? Genau: Das muss man entweder hinnehmen als Ausdrücke der besten Staatsform, oder man ist irgendwie Nazi oder Kommunist.

Der Hinweis mit den „Tagesthemen“ ist übrigens aufschlussreich. Der „Pluralismus“, den die „Welt“-Kommentatorin da hochleben lässt, ist offenbar so ein Oben-Unten-Pluralismus. Die unten können reden und ins Internet setzen,

was sie wollen. Sie sollen aber nicht glauben, dass sie damit jemals nach „oben“, also etwa in die zwangsfinanzierten Staatssender, vordringen – außer als abschreckendes Beispiel. Wenn ihnen das so nicht gefällt, sind sie vermutlich keine Demokraten.

Dieser Pluralismus, mit dem viele Ossis ihre Probleme haben, ist der eines aufgeklärten, aber absolut herrschenden Barockfürsten. Bei dem durften auch alle sagen, was sie wollten. Nur sollten sie das nicht mit politischem Einfluss verwechseln. Der stand selbstverständlich nur einer kleinen Clique um den Thron herum zu, welche die „Themen“ des „Tages“ ganz allein bestimmte.

Darf man das so offen sagen? Eigentlich nicht, lieber üben wir uns darin, diesen Zustand kunstvoll zu verhängen. Also tun wir besser so, als sei das Volk sowieso auf der Seite der Hofclique, dann sieht es demokratischer aus. So behauptet die „Süddeutsche Zeitung“ tapfer: „Die meisten Deutschen wollen eine Willkommenskultur.“ Das gehe aus einer Studie hervor.

Laut der Publikation, auf welche sich die „Süddeutsche“ stützt, sagten 37,2 Prozent der Befragten, dass sie sich über eine „stärkere Willkommenskultur für Migranten in Deutschland“ freuen würden, gut ein Drittel also. 31 Prozent würde eine „stärkere Willkommenskultur“ nicht freuen, weitere 30 blieben neutral.

Gut ein Drittel sind also „die meisten“? Rein mathematisch mag das sogar hinhauen. Doch Medienmacher wissen, dass der Normalleser unter „die meisten“ spontan „die absolute Mehrheit“ versteht. Und genau das ist sicherlich auch gewollt.

Nein, die „meisten“ Ossis wollen gewiss nicht in die DDR-Zeit zurück. Es könnte aber sein, dass sich der eine oder andere ein ganz klein bisschen in jene graue Epoche zurückversetzt fühlt, wenn er solche Überschriften liest wie die erwähnte. Schon zu Erichs Zeiten war den Herrschenden sehr daran gelegen, aller Welt zu zeigen, wie unverbrüchlich die „Einheit zwischen der Partei und den werktätigen Massen“ geschmiedet sei. Das Ende dieser Legende ist Geschichte.

MEINUNGEN

Auf seinem Blog „Unbesorgt“ (22. Januar) knöpft sich **Roger Letsch** den **Regulierungswahn** der deutschen Politik vor:

„Die Liste der gefühlten Gerechtigkeitslücken, die nach staatlicher Regulierung, Verboten und Verhaltensgeboten verlangen, wird immer länger und teilweise auch immer absurder. Es vergeht kein Tag, an dem nicht irgendeine neue Ungerechtigkeit entdeckt würde, die es dringend abzustellen gälte. Der Blick für das große Ganze geht immer mehr verloren, weil sich die Politik heillos in Identitätspolitik verfangen hat und uns alle in den Wahnsinn reguliert.“

Holger Douglas erklärt in der „Jungen Freiheit“ (25. Januar), was hinter dem **Feldzug** gegen die **Dieselaautos** lauert:

„Es geht nicht nur gegen den Diesel. Wenn der weg ist, kommt der Benziner dran. Es geht um den Umbau der Gesellschaft, um die ‚große Transformation‘. Dabei soll die individuelle Mobilität auf der Strecke bleiben, jene großartige Errungenschaft der Moderne.“

Auch der Kabarettist **Dieter Nuhr** blickt in der „Welt“ (28. Januar) kritisch auf die **Anti-Diesel-Kampagne** und zudem auf die **Ausschreitungen im Hambacher Forst**:

„Als nächstes kommt der Benziner ran. Die wollen aus unseren Städten Luftkurorte machen mit einer Atemluft wie in der Zeit, bevor der Mensch das Feuer erfand ... Der deutsche Wald wächst übrigens jedes Jahr um zirka 5000 Hektar. Im Hambacher Forst sollten 101 Hektar abgeholzt werden. Der Forst wäre also innerhalb von einer Woche wieder woanders dazugekommen.“

Arnold Vaatz, Vizechef der **CDU/CSU-Bundestagsfraktion** und **Sprecher der CDU-Abgeordneten aus den östlichen Bundesländern**, hat der **evangelischen Nachrichtenagentur „Idea“** (23. Januar) verraten, warum er **lieber tschechische oder polnische Medien konsumiert als ARD oder ZDF**:

„Da (in Polen und Tschechien) ist die Genderdebatte ein Randthema. Es dominieren nicht die Interessen von Randgruppen oder der volkspädagogische Eifer der Redaktion beim Anpreisen der Vorteile von Migration und erwünschten Verhaltensweisen. Dort geht es mehr um die Belange der Mehrheitsbevölkerung, ihre Erfahrungen und Wünsche ohne einen redaktionellen Filter. Meinungen werden von unten nach oben transportiert.“

Der Rapper Patrick Losenský, Künstlername **„Fler“**, meint in der „FAZ“ (28. Januar) zur **Offensive des Berliner Senats gegen kriminelle Araber-Clans**:

„Der Rechtsstaat kann dir in Berlin oft nicht helfen. Bei mir stehen seit 20 Jahren immer wieder Leute vor der Tür, die mich bedrohen wollen. Das hat aber nie jemanden interessiert. Es gibt diese Parallelgesellschaften schon lange. Ich lache mich tot, wenn der Berliner Senat so tut, als sei das ein neues Problem, das er jetzt entschlossen angeht. Ich hatte mit sechs, sieben Jahren schon solche Probleme, weil ich Deutscher bin. Wenn ich später darüber gerappelt habe, wurde ich als Nazi hingestellt.“